

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
 zelle oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Centrum und Wahlrecht.

Keine bürgerliche Partei ist zuverlässig in der Frage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Nur aus Opportunismus bekennen sie sich noch nicht alle zur offenen Feindschaft. Die freisinnige Volkspartei verleugnet das Princip des Reichstags-Wahlrechts dort, wo sie die Macht hat: in den Gemeinden. Sie hat an manchen Orten das kommunale Wahlrecht verschlechtert, lehnt aber durchweg die Einführung des demokratischen Wahlrechts ab. Der Berliner Freisinn hat sich beispielweise in Berlin für ein Censurwahlrecht gegen ein allgemeines Wahlrecht ausgesprochen.

Die Nationalliberalen haben oft erklärt, daß sie keinen Enthusiasmus mehr für das Reichstags-Wahlrecht hätten. Im preussischen Landtag haben sie sich sogar gegen die Einführung der geheimen Stimmabgabe ausgesprochen. Konservativ und Freikonservativ machen aus ihrer Gegnerschaft kaum ein Hehl.

Es möchte scheinen, daß wenigstens das Centrum, die „Demokratie“ der Kirche, in dieser Frage zuverlässig ist. Aber solcher Glaube wäre ein verhängnisvoller Optimismus. Das Centrum ist nichts anderes wie der katholische Konservatismus, und die ihm durch den Kulturkampf aufgezwungene Opposition war nur ein fremder Tropfen in ihrem Blut. Das Centrum, heute das Rückgrat aller Reaktion, hat sich nur zu dem gewandelt, was es in Wirklichkeit immer gewesen ist.

So hat auch das Centrum principiell die gleichen Anschauungen vom Wahlrecht wie die Konservativen. Die Ultramontanen sind grundsätzliche Gegner des Reichstags-Wahlrechts und Anhänger eines ständischen Systems. Wir haben das kürzlich — in Nr. 30 und 32 des „Vorwärts“ — z. B. an Reuehrungen dieses nachgewiesen, und die liberale Presse schwieg diesen Nachweis entweder tot oder verfuhrte ihn durch ablenkende Nebensarten zu verdunkeln. Das ablehnende Verhalten des Centrum im preussischen Landtag und im Reichstag gegenüber der Forderung der gleichen gerechten Wahlkreis-einteilung ist ja eine genügend aufklärende Thatsache.

Der Abg. Gamp hat am Dienstag bei Beratung des „Klosetgesetzes“ auf eine Forderung Windthorst gegen das geheime Wahlrecht hingewiesen. Das war vor 1870. Gerade Windthorst aber hat nach 1870 einer Ausdehnung des Reichstags-Wahlrechts auf Preußen energisch mit Augen und durchschlagenden Gründen das Wort geredet. Das Centrum hat dann erst mit dem Beginn der Schutzollpolitik und insbesondere der Ausbildung des Systems der indirekten Steuern im Reich eine wesentliche und weittragende Schwendung in der Wahlrechtsfrage vollzogen.

Wie schon hervorgehoben, sind ebenso wie die Konservativen auch das Centrum auf ein ständisches Repräsentativsystem principiell eingeschworen. Eine Partei, die so sehr in der Vergangenheit lebt wie das Centrum, die in „Ständen“ den natürlichen Ausdruck und Aufbau des ganzen Gesellschaftsorganismus sieht, kann in der Theorie gar keinen andern Standpunkt einnehmen. Daher treten alle Konservativen und liberalen Staatsrechtslehrer ohne Ausnahme für dieses „naturrechtliche“ System, auf das sie ja auch von Centrumsfreie im Parlament häufig verwiesen worden sind, ein. Zugegeben wird dabei, daß die liberale kapitalistische Wirtschaft die Stände alten Schlages zerbrechen, dieselben in ihre „Atome“ aufgelöst hat, so daß eine ständische Verfassung zwar für den Augenblick unmöglich, als Ziel jedoch festgehalten werden müsse. Die Frage, welches Wahlrecht in der Zwischenzeit bis zur Erreichung dieses Zieles in der Wirklichkeit zu setzen sei, ist damit vollständig auf die Grundlage des nach Ort, Zeit und Umständen „Erforderlichen“ und „Gemäßen“ des Opportunismus gestellt. Die eigne Haltung des Centrum in der Frage des Wahlrechts bestätigt dies durchaus.

Es war am 26. November 1873, daß im preussischen Abgeordnetenhaus der Antrag Windthorst auf Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung in Preußen zur Beratung stand. Aus der Begründung, die Windthorst seinem Antrage widmete, sind die Sätze gerade jetzt bedeutsam:

„Ich halte dafür, daß das im Deutschen Reich bestehende Wahlrecht richtiger und gesunder ist, als das in Preußen bestehende Wahlrecht mit dem Dreiklassen-System indirekt mit öffentlicher Abstimmung. Damit behaupte ich aber nicht, daß das allgemeine, direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung ideal, absolut, theoretisch das allein richtige und das vollkommenste Wahlrecht ist. . . . Nach meiner Ansicht ist nur möglich, nach den besonderen Verhältnissen des betreffenden Landes, nach der Entwicklung, welche die Dinge in demselben und um dasselbe genommen haben, festzusetzen, welches das für dieses Land relativ beste Wahlrecht ist. Ich persönlich nehme keinen Anstand zu sagen: Wenn es möglich wäre, ein altes deutsches, ständisches Wahlrecht zu haben, so wäre dieses das beste. (Hört! hört! links.) . . . Inzwischen, meine Herren, zu einem solchen Wahlrecht gehören eben ständische Grundlagen. Gibt es Staaten, wo diese sich noch befinden, so werde ich der Letzte sein, dieselben anzugreifen; wo aber derartige ständische Grundlagen nicht mehr existieren, wäre es nach meiner Ansicht ein inaptes Versehen, ein ständisches Wahlrecht zu erstreben. (Hört! im Centrum.) . . . Es ist aber zudei ein großes schmerzhaftes Faktum

eingetreten, vor dem wir die Augen nicht verschließen können: man hat in dem Staatswesen höherer Ordnung, welches über dem preussischen Staate steht, im Deutschen Reich, ein andres Wahlrecht eingeführt, und ich halte es für unmöglich, daß, wenn in diesem Staatswesen höherer Ordnung ein so wesentlich verschiedenes Wahlrecht existiert, in Preußen, in dem größten und führenden Staat Deutschlands, das abweichende Faktum finden kann. Es ist notwendig, daß die Staaten niedriger Ordnung den Impulsen folgen, die in dem Staate höherer Ordnung gegeben worden sind. . . . Jedenfalls wird niemals das Reich einen einzelnen Staat abhalten können, das Wahlrecht anzunehmen, welches der Basis entspricht, auf welcher es selber steht. Dazu kommt, daß wir in allen Staaten der Welt sehen, daß es mit dem Beschränken des Wahlrechts nicht mehr geht. . . . Man mag sich sperren, wie man will, man wird auf die letzte Konsequenz kommen müssen: wenn einmal die geschichtlichen Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß die Vertretungen, welche bislang in dem geschichtlich ständischen Element wurzeln, nicht mehr möglich sind, daß man notwendig Neues wird schaffen müssen, so ist nichts natürlicher, als daß man auf die Ursprünge, auf die Grundlagen der Gesellschaft zurückgeht (d. h. auf die breiten Massen des Volkes. Red. d. „V.“) und dann erörtert, ob und wie diese Grundlagen der Gesellschaft selbstschöpferisch Neues und Besseres hervorbringen.“

Ganz in demselben Sinne äußerte sich Windthorst bei der zweiten Beratung des Schulze-Delitzsch'schen Diätenantrages im Reichstage. (Sitzung vom 2. Februar 1874.)

„Man kann“ führte er aus, „über das allgemeine direkte Wahlrecht sehr verschiedene Anschauungen haben, und ich begreife ganz vollkommen, daß es zu erstem Nachdenken führt. Ich habe diesen Prozeß in mir selber durchgemacht. Ich hätte aus mir heraus das allgemeine direkte Wahlrecht wahrscheinlich nicht gegeben. Aber, meine Herren, es ist gegeben, und ich will den sehen, der es zurücknimmt! (Einige Stimmen links: Hört! hört! und Sehr gut!) Ich frage die Herren, wer ein solches Experiment machen wollte? Glauben Sie mir, diese Basis, welche für die ganze deutsche Reichsverfassung von der preussischen Regierung gegeben worden ist im Ueberbleiben dessen, was Oesterreich geben wollte, diese Basis, sage ich, wird festgehalten werden unter allen Umständen.“

Trotz theoretischen Vorbehalts die schärfste Accentuierung des Reichstags-Wahlrechts in der Praxis — das war die Stellung, die Windthorst und das Centrum in der Siebetheide des Kulturkampfes einnahmen, als auch die Konservativen ihnen auf kirchenpolitischem Gebiete als geschlossene Gegner gegenüberstanden. Aber es kam die Zeit, da ohne das Centrum im Reichstage eine Schutzollpolitik sich nicht durchführen ließ, da das Centrum es als sein Verdienst in Anspruch nahm, von jeher den Gedanken des Schutzolls vertreten zu haben, und auf sein Verhalten in der Frage der Eisenölle hinwies (Reichstag, Generaldeb. üb. d. Zolltarif 8. Mai 1879); da es sich als den Liquidator im nationalliberalen Reichskonturs bezeichnen und Windthorst es der „Logik der Thatsachen“ überlassen konnte, daß der Gang, den wir aus innerer Notwendigkeit, die in der Sache selbst liegt, gehen, Einfluß haben müßte auch auf andre Gebiete“ (Reichstag, 2. Beratung des Zolltarifs, 9. Juli 1879); da es sich darum handelte, die die Verhältnisse belastenden direkten Steuern in den Einzelstaaten herabzuschrauben, um statt deren die indirekten Steuern im Reich zur Finanzbasis zu machen, und Windthorst im Reichstag (8. Mai 1879) nicht Anstand nahm zu erklären, daß er „in der Tendenz, die direkten Steuern in indirekte zu verwandeln oder durch Einführung indirekter Steuern die direkten zu vermindern, mit dem Reichskanzler einverstanden“ sei. Aus eben jener Zeit datiert das erste „verdächtige Zusammengehen des Centrum mit den Konservativen“ und schon damals konnte Windthorst das zukünftige Bündnis zwischen beiden Parteien mit den Worten proklamieren:

„Ist dieser (Kulturkampf) beseitigt und wir können dann mit den Konservativen gehen, so wird uns das eine herzliche Freude sein. (Hört!) . . . Ich bin der Meinung, daß nach dem Lauf der Dinge der Wendel der großen politischen Uhr, welcher bisher sehr stark nach links schlug, jetzt mehr nach rechts schlägt, und ich will hoffen, daß er nun das richtige Gleichmaß hält, damit nicht demnächst wieder ein Schlag nach links erfolgt.“ (Reichstag, 9. Juli 1879.)

Hand in Hand mit dieser veränderten innerpolitischen Stellung, die das Centrum zu guterletzt zur ausschlaggebenden Partei im Reich machen sollte, ging aber ein nicht mißzuverstehendes Abschwanken in der Wahlrechtsfrage. Nach dem ersten Jahre der Schutzollpolitik lesen wir in den Reden der Centrumsführer nichts mehr von derartigen Auslassungen zu Gunsten der allgemeinen Einführung des Reichstags-Wahlrechts, wie Windthorst und mit ihm insbesondere Ketteler während und vor dem kirchenpolitischen Konflikt sie mit Emphase gefordert haben. Im Gegenteil, derselbe Mann, der in Preußen das Reichstags-Wahlrecht eingeführt wissen wollte, läßt nachmals in der Wahlrechtsfrage Anschauungen vernehmen, die mit denen seiner einstigen konservativen Gegner geradezu identisch sind. Man lese nur, wie er am 12. Mai 1882 bereits im Reichstage bei der ersten Beratung des Reichs-Tabakmonopols im vollsten Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen, charakteristischerweise jedoch in Verbindung mit der Frage der indirekten Steuern sich ausließ:

„Im Gegenteil,“ sagte Windthorst bei dieser Gelegenheit, „wir sind durchaus der Meinung, daß es im höchsten Grade wünschens-

wert ist, das Maß der indirekten Steuern zu erhöhen, um auf diese Weise die direkten Steuern in einem richtigeren Verhältnis, als es zur Zeit der Fall ist, zu ermäßigen. Wir sind der Meinung, daß mit aller Macht dahin gestrebt werden muß, die untern Volksklassen in Bezug auf die direkten Steuern nach Möglichkeit zu entlasten. Dieses hat jedoch — nach meiner persönlichen Ansicht — nicht so zu geschehen, daß diese Klassen überhaupt ganz von den direkten Steuern befreit werden, weil ich fürchte, daß durch solche völlige Befreiung eine erhebliche Rückwirkung auf das ganze Wahlsystem herbeigeführt werden würde. (Zuruf links.) Wenn der Herr Kollege Ridert das näher zu wissen wünscht, so will ich privatim das Nähere darüber mit ihm erörtern. Hier kann ich schon bemerken, wie ich überzeugt bin, daß auf die Dauer das Wahlrecht in einer direkten Zusammenhang mit der Steuer gebracht werden muß; und ich pflege nicht meine politischen Erwägungen von dem Augenblicke allein herzunehmen, sondern ich schaue auch ein klein wenig in die Zukunft.“

Wenn man will, können diese Worte in ihrer Allgemeinheit sogar Censurwahlen zum Reichstag bedeuten. In der oben erwähnten Abgeordnetenhausrede vom 26. November 1873 freilich hat Windthorst das Geld als das „destruktive Element“ bezeichnet und den Versuch „das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbeutel zu corrigieren als „den allerbedenklichsten, den man machen kann“. Das aber sind doch Widersprüche in der parlamentarischen Praxis, wie sie greller nicht gedacht zu werden vermögen.

Wenn das Centrum bis heute sich noch zu keiner Aenderung des Wahlrechts entschlossen, so liegt die Erklärung hierfür in der Rücksicht auf die katholischen Arbeiter, deren Bedeutung für den nachmaligen Gang des Kulturkampfes Windthorst auf dem sechsten katholischen Arbeiter-Verbandsfest zu Dortmund (1886) wie folgt charakterisieren konnte: „Diese Worte richte ich, wie ich weiß, an eine Verammlung, deren bei weitem größte Zahl dem Arbeiterstand angehört, und ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, diesen meinen Brüdern ganz besonders Dank zu sagen für die kräftige Unterstützung, welche sie uns bisher geleistet haben. Es ist Ihnen . . . oft nicht leicht gemacht worden, der Fahne des Centrum zu folgen, aber Sie haben mannhaft ausgehalten trotz der Entbehrungen schlimmster Art. Das wird Ihnen nie vergessen werden. Die Geschichte wird einst sagen: Die katholischen Arbeiter in Preußen sind es an erster Stelle mit gewesen, welche den Kampf um die Freiheit der Kirche in Deutschland entfachen haben.“

Das Centrum hat den katholischen Arbeitern seine Dankbarkeit bewiesen, indem es ihnen nach allem Ueberdram in der Militär-, Marine- und Weltpolitik den Wuchertarif auf den Weihnachtstisch legte; es wird sich ebenso wenig scheuen, ihnen das Wahlrecht zu entreißen, wenn der Abfall in ihren Reihen fortschreitet und für die Existenz der frommen Partei bedrohlich scheint. Auf dieses Exempel werden die kommenden Reichstagswahlen die Generalprobe sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April.

Demaskierung.

Das Centrum fühlte sich in seinem christlichen Gewissen gedrungen, noch unmittelbar vor den Wahlen ein gutes Werk der Nächstenliebe zu thun. Die edle Partei, die im Reich aufschlaggebend ist, bemühte sich redlich, ein wenig zur Aufklärung derer, die da geistig arm sind, beizutragen. Wie durchsichtig für jeden auch nur halbwegs Wissenden die arbeitersfreundliche Maske des Centrum doch schon seit langer Zeit gewesen ist, so fanden sich immer noch an der Oder, der Donau und dem Rhein unterschieblich Taufende, die in rührendem Glauben an die socialpolitische Ehrlichkeit der ultramontanen Partei den Kandidaten des christlich-katholischen Zollwuchers ihre Stimme gaben. Jetzt hat das Centrum selbst sich die Maske vom Gesicht gerissen, und sich als den Vertreter profitgierigen Unternehmertums enthielt. Es ist mit der Partei, die sich auf ihren Ketteler noch eben so viel zu gute that, jetzt schon so weit gekommen, daß sie sich nicht nur von dem Grafen Pofadowsky, sondern sogar von dem nationalliberalen Fabrikanten Münch-Ferber, von dem Reichsparteiler Bauli-Oberdarnim und — man denke, voo dem Dr. Dertel belehrungen über die Pflichten socialer Hygiene erteilen lassen muß. Die Phosphornektrose vergiftet ganze Arbeitergenerationen bis ins Mark; Graf Pofadowsky kam, wie er in wirkungsvoller Rede hervorhob, den fürchtbaren Eindruck nicht los werden, den er als Knabe von den bleichen und zerstreuten Gesichtern unglücklicher Händholzarbeiter gewann. Aber das fromme Centrum will lieber, daß die fürchtbare Geißel der Phosphornektrose noch weiter über breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung geschwungen wird, nur damit einer Handvoll Unternehmern nicht ihr Profit geschmälert wird. Natürlich sind es in erster Linie die in der Centrumspartei einflussreichen süddeutschen Phosphorfabrikanten selbst, welche sich mit Händen und Füßen gegen das Verbot des weißen und gelben Phosphors sträuben. Aber sie haben einen mächtigen Bundesgenossen in Dr. Pfläcker gefunden; in dem Herrbaum, den die besagte ultramontane Weisheitsgröße um ihr schwefelgelbes Phosphorbanner sammelte, befand sich bezeichnenderweise auch Herr Gersfenberger, der laut eigenem Geständnis es trefflich versteht, sein Schäflein ins Trockene zu bringen.

Vor der Beratung des Phosphor-Gesetzes erledigte das Haus ein paar Rechnungssachen. Es kam zu einem kleinen Nebenstreit zwischen dem Abg. Dasbach, der gern in Kolonialgegnerschaft macht, und dem Dr. Hoffe, der sich kluglicherweise auf die knifflige Frage der Rentabilität ostafrikanischer Bahnen nicht einlassen wollte.

Bei dem entscheidenden § 1 (Verbot des weißen und gelben Phosphors) sprach der ultramontane Interessent Schaettgen (Holzwaren, Holzdraht (?) - Fabrikant), der von dem Phosphor nicht genug Gutes und von der neuen Schwimmschiffen Hindernisse nicht genug Schlechtes zu berichten wußte. Er erzählte graufige Geschichten von Schwimmschiffen Explosionen und feierte in fast verzerrten Ausdrücken die Vorteilhaftigkeit der so leicht an der Hofe zu entzündenden Phosphorhölzer. Auch die schwedischen phosphorfreien Hölzer fanden keine Gnade vor den Augen der phosphorbegeisterten Mannes.

Und nun rückte Herr Pichler mit einem Antrage heraus, der nichts mehr und nichts weniger wollte, als das verhasste Gesetz in einer Versenkung verschwinden machen. Genosse Singer bereitete kurz entschlossen das feivole Spiel.

Mit wohlthuernder Wärme erklärte sich Graf Pofadomski, dessen verständige Ausführungen wiederholten Beifall auch auf unserer Seite fanden, gegen den Pichlerschen Antrag, und gegen die natürlich von freisinnig-volksparteilicher Seite eingebrachten Anträge auf Entschädigung der armen Fabrikanten. Die Genossen Burn, Kramer und Reiffhaus unterstützten aufs wirksamste die Darlegungen des Staatssekretärs. Auch die Redner der andern Parteien erklärten sich für das Gesetz. Selbst vom Centrum war ein Teil klug genug, die phosphorbegeisterte Mittelstandspolitik des Herrn Pichler nicht mitzumachen. Den freisinnigen Entschädigungsgaul tummelte weder der mancherseits gläubige Richter-Schüler Wiener, während Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung auch in dieser Frage einen verständigen Standpunkt einnahm.

Das Resultat der langwierigen Beratung war die Annahme der unveränderten Regierungsvorlage. Der Entschädigungsantrag Wiener fiel ebenso wie der Verschleppungsantrag Pichler und ein Verzögerungsantrag derselben Firma, der das Gesetz erst mit dem 1. Januar 1911 statt dem 1. Januar 1908 in Kraft treten lassen will. Leider fiel auch unser Antrag, der das Gesetz schon mit dem 1. Januar 1905 in Kraft treten lassen wollte.

Morgen steht die Beratung der Krankenkassen-Novelle auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hat am Mittwoch in wenigen Stunden eine ungewöhnlich reichhaltige Tagesordnung erledigt. Zunächst nahm das Haus in zweiter Lesung die Sekundärbahn-Vorlage, sowie in erster und zweiter Lesung eine Reihe kleinerer Vorlagen an. Der Antrag Cels (nat.) betr. die Reform des Enteignungsgesetzes wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Der Antrag Dr. Langerhaus (fr. Vp.) betreffend Abänderung des Gesetzes über die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerecht und die Kosten der Arztentamern zog der Antragsteller nach einer Erklärung des Regierungsvortreters, daß dem Hause in der nächsten Session eine entsprechende Vorlage zugehen werde, zurück. Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung von Anträgen auf eine Reform des Einkommensteuer-Gesetzes. Es beziehen sich hierauf einmal der Antrag Kirsch (C.), der im Interesse der Hausbesitzer die Abzugsfähigkeit der Gemeinde-Abgaben vom Grundeigentum, dem Bergbau und dem Gewerbebetrieb bei der Steuerdeklaration verlangt, und zweitens der Antrag v. Wenzel (C.), welcher von dem Einkommen in Abzug gebracht zu sehen wünscht die gesetzlichen Beiträge für Landwirtschafts-, Handels-, Handwerker- und Gewerbetreibenden, die Beiträge für Meliorations- und Entwässerungsgenossenschaften, soweit sie für Verzinsung von Schulden erhoben werden, und endlich die für landwirtschaftliche Schulden statutenmäßig erhobenen Tilgungsbeträge, soweit sie der Verfügung des Schuldners entzogen sind. Die Beratung dieser Anträge, gegen die die Regierung erhebliche Bedenken hat, wurde vertagt.

Am Donnerstag stehen auf der Tagesordnung Rechnungssachen, die zweite Lesung des Segentwurfs betreffend die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienst und die dritte Lesung der Sekundärbahn-Vorlage.

Das Wahlrecht der Massen.

Die Wahlheimisicherung hat den konservativen „Reichsboten“ zu einem wirren Artikel getrieben, in dem allerlei Unsinne durcheinandergart und aus dem nur eines sich klar herauschält: die Feindschaft gegen das Reichstags-Wahlrecht.

Zunächst scheint es, als wolle der „Reichsbote“ sich mit der Wahlheimisicherung in leidlicher Miene abfinden, denn er fabelt wieder davon, daß es „keine größere Wahlbeeinträchtigung“ gibt als die durch den Terrorismus der Sozialdemokratie; „es gebe viele Arbeiter, die unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie fernstehen oder jedenfalls lieber wirkliche Arbeiter als studierte Redakteure der sozialdemokratischen Blätter wählen möchten.“ Gleich darauf aber offenbart der „Reichsbote“ seine durch die entsetzlichen Wahlheimisicherung stark geförderte Sinnesverwirrung, indem er als bedauerliche Folge des verhärteten Wahlheimisicherungsvorwurfs, daß die verschiedenen Interessengruppen sich noch viel mehr geltend machen als bisher, so daß also die Arbeiter immer mehr Arbeiter, die Handwerker nur noch Handwerker, die Bauern nur noch Bauern usw. wählen werden — und die Zahl der wissenschaftlich gebildeten Abgeordneten immer mehr zusammenschrumpfen wird.“ Der „Reichsbote“ tadelt alsdann die von uns mitgeteilte Liste der vereinigten deutschen und polnischen Sozialdemokraten, die „aus lauter Arbeitern“ bestehe. Solch unsinniger Widerspruch ist nicht der einzige in dem Artikel des „Reichsboten“. Die Wahlheimisicherung hat fürchterlich gewirkt.

So politisch gleichgültig nun aber die geistige Verwirrung des „Reichsboten“ ist, so politisch beachtlich ist das einzig Klare, das sich noch aus der Unmahnung heraushebt. Die Wahlheimisicherung drängt das allerchristlichste, kircheneifrigste, konservative Blatt zu diesem Bekenntnis:

„Nächst wird es sich zeigen, was in dem gleichen, geheimen Wahlrecht liegt. ... Was sollte aber werden, wenn die ungebildeten Volksmassen, die gar nicht wissen, um was es sich handelt, sich ganz selbst überlassen würden und alles auf ihre eigene Einsicht und guten Willen gestellt würde. Das aber will dieser Geheimnisantrag. ... Demgegenüber ist doch der einzige Trost für alle verständigen Mitglieder aller Parteien, daß auch das Klotzgeheimnis nur relativ bleibt und unter dem Einfluß der Wahlheimisicherung steht. Wird das Wahlheimisicherung aber wirklich die geheimen Gedanken der Volksmassen zum Ausdruck bringen, welche sich bei dem Festhalten der Wahlheimisicherung geltend machen, so dürfte es sich bald zeigen, daß die gesunde Ent-

wicklung des Reiches mit diesem geheimen Wahlrecht überhaupt nicht vereinbar ist und daß eins fallen muß: entweder das Reich oder das geheime Wahlrecht. Wer die Entwicklung der Dinge in den letzten Jahren mit ihrer rapiden Vermehrung der Sozialdemokratie betrachtet, der kann sich der Befürchtung, daß wir bald vor dieser Alternative gestellt werden, nicht erwehren. — Ob die Regierung, die gleichfalls dieser Meinung ist, den Antrag gestellt hat, um diese Alternative herbeizuführen — lassen wir dahingestellt. Auf den Verstand und guten Willen dieser Wählermassen ist gar nichts zu geben, sonst könnten sie nicht Sozialdemokraten, die dem Reich die Mittel seiner Existenz durch Abschaffung des Staatsverweigerers und gegen alle Arbeiterheuschrecke stimmten, als ihre Vertreter in den Reichstag wählen.

Nichts illustriert so deutlich die Wahrheit des alten Erfahrungssatzes, daß die Weisheit und Wahrheit nicht bei der Masse ist. Auf diese Masse aber ist das Reich mit diesem Wahlgesetze gebaut, deshalb schämen wir uns gar nicht, zu gehen, daß wir Gegner desselben sind, weil wir glauben, daß es Unheil und Verderben für unser Volk in seinem dunklen Schoße trägt — und wir sind überzeugt, in allen Parteien sind alle Verständigen derselben Meinung, wenn sie dieselbe auch nicht aussprechen, und wie wir der Meinung sind, daß wie alle Gesetze auch dieses Gesetz durch sich selbst seine Unhaltbarkeit beweisen muß, ehe der Aberglaube der Massen davon zur Ueberzeugung zu bringen ist.“

Das „Reich“, für das der „Reichsbote“ bangt und dem die Sozialdemokratie die Mittel der Existenz verweigert — das ist freilich das Reich der kapitalistischen Herrschaft unter frommen Pastorenregeln. Es ist das Reich der Ausnahmungs- und Justizhausgesetze, der Steuerbedrückung und der tausendfältigen Kulturwidrigkeit. Dies Reich kann allerdings nicht auf die Dauer bestehen unter dem Regiment des allgemeinen und gleichen und geheimen Wahlrecht. Dies Reich abzuschaffen und ein besseres Reich zu schaffen — das ist der Wunsch freier wachsender Volksmassen, der seinen trefflichsten Ausdruck findet im Reichstags-Wahlrecht.

Es lohnt nicht, die Abstimmung zur Arbeiterheuschrecke, die ein Werk der Sozialdemokratie ist, wiederum zu besprechen. Es genügt festzuhalten das offene Bekenntnis, dessen sich der „Reichsbote“ nicht mehr schämt, daß die Konservativen das Wahlrecht, welches den Massen Einfluß und Bedeutung giebt, welches das ganze Volk zum Staatsbürgerthum erhebt, ingrimmig hassen und so schnell als möglich beseitigen wollen. —

Deutsches Reich.

Wahlvorbereitungen.

Das gesunde Rindvieh. In Simmern schloß ein Redner in einer Versammlung seine Rede mit folgenden Worten:

„Auf dem Hundsrück branden wir ein gesundes und kräftiges Rindvieh, das rein ist von Maul- und Klauenseuche. Darum wählen wir unfern bewährten alten Abgeordneten wieder.“

Der bewährte Abgeordnete, der heilige Paasche, ist leider nicht so gesund, wie der kluge Redner anzunehmen scheint; er leidet im Gegenteil sehr stark an der — Maulseuche.

Für Elberfeld-Barmen hat die Freisinnige Volkspartei Herrn Dr. Müller-Sagan als Kandidaten aufgestellt.

Die Vertrauensmänner der Kartelparteien (konservativ und nationalliberal) im sächsischen Wahlkreise Auerbach-Rirschberg haben in einer Versammlung dem Vorschlage ihres Anschließes zugestimmt und beschlossen, die Kandidatur des Grafen Hoenstbroch zu unterstützen, der also damit offizieller Votowucher-Kandidat wird.

Im Wahlkreise Pirna hat eine Vertrauensmänner-Versammlung der Freisinnigen Volkspartei am Sonntag dem Bezirkschullehrer G. Sed. den Vorsitzenden des Freisinnigen Vereins in Dresden, als Reichstags-Kandidaten aufgestellt und dieser hat die Kandidatur angenommen.

Ein Centrumskandidat. In einer Versammlung der Bauernbündler in Regensburg kam einer der bündlerischen Redner, Herr Burchardt, auch auf die Kandidatur des Herrn Barons v. Pfetten in einen oberpfälzischen Wahlkreise zu sprechen und bemerkte dabei, daß der Kandidat von dem Wohl und Weh des Mittel- und Bauernstandes nichts wisse. Hunderte von Nechböden wägen das Leben eines Menschen nicht auf, aber der Kandidat des Centrum habe wegen eines elenden Hasen zwei Bauern erschossen und zwei Familien ihres Ernähers beraubt. Dessen ungeachtet heiße es im Centrum: Jetzt haben wir einen, der beichtet alle acht Tage und geht nachmittags in den Rosenkranz. „Wenn nur damals“, fügte Redner hinzu, „der Herr Baron in den Rosenkranz gegangen wäre, dann lebten heute noch zwei brave Familienbäter.“

In ersten weimarischen Wahlkreise (Weimar-Kpolda) haben die Konservativen dem Wählerkandidaten Pichler einen Kandidaten in der Person des Regierungsrats Dr. Heidenreich entgegengestellt, der als technischer Beirat der landwirtschaftlichen Abteilung im großherzoglichen Ministerium thätig ist.

Die Genossen des Agitationsbezirks Mülhausen (Elsas) stellten in einer Konferenz endgültig die Kandidaten für ihre drei Wahlkreise auf. Es kandidieren für Mülhausen L. Emzel, Kaufmann und Gemeinderat in Mülhausen, für Gebweiler Joseph Bucher, Mülhändler und Gemeinderat in Gebweiler, für Altkirch-Thann Joseph Gsell, Metallarbeiter, Gemeinderat in Mülhausen.

Militärische Wahlbehinderung.

Wie berichtet wird, sind auch im Bereich des IX. Armecorps für die Wahlzeit Referverbündlungen angeordnet.

Da nicht anzunehmen ist, daß die Militärbehörde die Abfertigung, Wahlberechtigte an der Ausübung ihres Stimmrechts zu hindern, so läßt sich diese Anordnung nur aus der inzwischen verteilten Absicht erklären, die Wahlen schon im Mai stattfinden zu lassen.

Nachdem dieser Plan aufgegeben, sollten die Militärbehörden dem neuen Termine Rechnung tragen und die Referverbündlungen verschieben. Auch die „Deutsche Tageszeitung“, die freilich ein erhebliches Interesse daran hat, verlangt eine Abänderung und erklärt, es wäre durch nichts zu rechtfertigen, wenn den wahlberechtigten Reservisten und Landwehrleuten die Möglichkeit genommen würde, an den Haupt- oder Stichwahlen teilzunehmen.

Wählerlisten-Wirrwarr.

Die durch die bekannte geheimnisvolle, auf Raitwahlen hinarbeitende Weisung, die Wählerlisten schon vor Ostern fertig zu stellen, hat allenhalben zu großer Verwirrung geführt, obwohl „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, Eugen Richter und Herr Brühl von der „Staatsbürger-Zeitung“ in feierlicher Gemeinschaft den Befehl gefaßt haben, daß die ganze Sache eine Erfindung und ein Reinsfall des „Vorwärts“ oder auch eine „Stichprobe“ eines Berliner Magistratsbegegneten sei.

In Hessen hat man, wie erwähnt, die Weisung abzuändern. Auch Preußen ist nach einigen Jögern gefolgt und hat sich entschlossen, die Frist für die Fertigstellung der Listen bis zum 10. Mai zu verlängern. Dagegen hat man in Oldenburg den geheimnisvollen, von irgend einer Berliner Instanz ergangenen Befehl nicht rückgängig gemacht. Dort liegen die Wählerlisten bereits — so wie es die Agra-...-villa ursprünglich beabsichtigte —

vom 15. bis 22. April aus. Das ist für Oldenburg besonders unangenehm, da dort, wie unser Vantier Parteiblatt hervorhebt, der 1. Mai Umzugstag ist. Würdete schon die Ueberhaft der binnen kurzer Zeit fertig zu stellenden Listen der Gemeindebehörden eine große Arbeit auf, so wird durch die notwendig werdenden Verichtigungen, die bis zum 7. Mai zu erfolgen haben, eine neue Arbeit geschaffen. Außerdem müssen sich die Wähler eilen, die Kosttragung rechtzeitig zu bewerkeln.

Auch in Ostpreußen in der Provinz Sachsen hat die Komödie des doppelten Wahltermins zu Irrungen geführt. Der dortige Magistrat aber erwiebs sich noch diplomatischer als der Berliner. Er hatte untern 15. April verfügt, daß die Listen vom 17. bis 25. April ausliegen sollen. Unter dem 20. April nahm der Magistrat die Verfügung als „irtümlich“ zurück. Rammehr werden die Wählerlisten vom 17. bis 25. Mai ausliegen. —

Die Wahlheimisicherung. Die konservative Presse besichtigte sich zunächst, ihren Werg über die Wahlheimisicherung einigermaßen zurückzuhalten. Es erscheint ihr besser, daß ihre Parteiführer sich hinter den Koulissen mit der Regierung, die diesen Streich gewiß, aus einandersehen. Aus der „Kreuz-Zeitung“ ist zu erwähnen eine Bemerkung über die von uns schon gestern aufgewiesene Zweideutigkeit der Aeußerung des Grafen v. Pofadomski zu der Frage des öffentlichen Stimmrechts. Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt dazu: „Es ist ja noch nicht vergessen, daß Graf Pofadomski seiner Zeit als Mitglied des Abgeordnetenhause in nicht mißzuverstehender Weise die mit dem geheimen Wahlrecht verbundenen Unbestände darlegte.“

Offen in ihrem Groll ist — außer dem an anderer Stelle citierten „Reichsbote“ — die freikonservative „Post“. Sie sieht in der geringen Verbesserung des Wahlrechts eine Fahrt „auf abschüssiger Bahn“ und ergeht sich fleißig in der ihr beliebten Revolutionsmalerei:

„Wenn die bevorstehenden Reichstagswahlen in manchen Fällen nicht nach den Wünschen der Regierung ausfallen, wenn insbesondere die sozialdemokratische Fraktion eine beträchtliche Zunahme und die Zahl der sozialdemokratischen Wahlstimmen einen erheblichen Zuwachs erfährt, so wird sich die Regierung das selbst in erster Linie zuschreiben haben, und zwar wesentlich deshalb, weil sie ihre Stellung zu der Frage der Einführung von Wahlcouverts in einem solchen Momente und unter solchen begleitenden Umständen plötzlich ändert hat, daß ihr Vorgehen als eine Konzession an die Sozialdemokraten erscheinen mußte. Gerade in der Frage der Stellung gegenüber den Sozialdemokraten ist aber jedes Schwanken, jede Konzession, ja nur der Schein einer Konzession von größtem Uebel. Damit führt man einer Bewegung, welche sich am letzten Ende gegen die Monarchie und den Bestand des Deutschen Reiches richtet, lediglich neue Kräfte zu. Daß damit die ohnehin schon starke sozialdemokratische Gefahr noch erheblich wächst, liegt auf der Hand, und man könnte nur zu leicht, wie in der französischen Revolutionszeit, wieder die Erfahrung machen, daß, wenn man sich endlich zu einem energischen Vorgehen ermannet, der richtige Zeitpunkt vorübergegangen ist und die Kraft zur Eindämmung einer Bewegung, der man unüberlegter Weise zu weitem Spielraum gelassen hat, nicht mehr ausreicht.“

Wenn die „Post“-Prophezeiung des sozialdemokratischen Wachstums, wie wir erwarten, eintrifft, so hat die Scharfmacher-Reaktion also schon im voraus ihr Kamidell: Die unzeitgemäße Aenderung des Wahlrechts durch die Regierung! Die Mißthaten, welche konservative Politik jahrein jahraus dem Volke zugefügt hat, gelten für nichts. Die Regierung allein ist schuld, denn — sie hat einmal etwas Vernünftiges gethan.

Es ist seltsam: Wenn die Regierung Justizhausgesetze macht und Zollwucher treibt — die Sozialdemokratie hat den Gewinn; wenn die Regierung Reformen giebt — wieder hat die Sozialdemokratie den Gewinn! So verkünden es unsre Gegner. —

Zünf Jahre gefeswidrig im Reichstags.

Aus der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages wird uns berichtet:

Wie ungenügend auch der Schutz des Wahlheimisicherung sein mag, den das Plenum des Reichstages an demselben Tage nach der bekannten Regierungsvorlage anzunehmen beschloß, einen Teil der Praktiken, wie sie am Abend in der Wahlprüfungs-Kommission zum letztenmal bezüglich der Wahl des Abg. Will im pommerischen Wahlkreise Stolp einer Untersuchung unterworfen wurden, beseitigen die neuen Vorschriften sicherlich. Die Kontrolle durch kenntlich gefaltete Stimmzettel spielte bei dieser Wahl eine geradezu ungeheuerliche Rolle — die Couvertwahl verriet dies. In der Stadt Leba wurden aber ca. 50 Hausarbeiter mit kenntlich gefalteten Stimmzetteln bis zum Wahllokal geführt und konnten keinen Umtausch der Zettel vornehmen, da ja dann der Wahlvorstand und andre anwesende Personen den Umtausch hätten kontrollieren können.

Die Kommission hatte in vorletzter Sitzung infolge eines Versehens zweier Centrumsmitglieder beschloffen, nochmals Erhebungen anstellen zu lassen darüber, wie die Zettel gefaltet waren, aber die Mehrheit ging in heutiger Sitzung über den Beschluß hinaus und erklärte die Wahl Will mit großer Majorität — nur zwei konservative stimmten für die Gültigkeit, Hilgendorf und Krendt — für ungültig.

Im Plenum wird es kaum noch zu einer Verhandlung über diese Schandwahl kommen und so bleiben denn die Ergebnisse dieser Wahlheimisicherung in den Akten des Reichstages vergaben. Vielleicht gräbt der eine oder andre Abgeordnete sie einmal aus, um Vergleiche anzustellen, wie sie zu den unter dem neuen Wahlreglement sicher nicht ausbleibenden Wahlbeeinträchtigungen stehen. Einiges haben wir ja zur Schande der junterlichen Wahlmacher in jenem Wahlkreise der Defensivität übergeben, es genügt zur Charakterisierung der bodenlosen Ueberhebung und gefeswidrigen Machenschaften hochadliger Gefaschter.

Charakteristisch ist auch, daß ein Abgeordneter das Mandat nicht niederlegt, trotzdem er die bei seiner Wahl vorgekommenen schändlichen Praktiken kennt. Will hätte längst hinausgeworfen werden sollen aus dem Reichstags.

Marinebeschaffung nach der Belleuestraße. Dem Reichstags ist soeben ein Kosttragsetat von 5 633 400 M. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats zugegangen.

Der Etat bucht eine Einnahme von 4 533 400 M. als Erlös der Dienstgrundstücke des Reichs-Marine-Amtes Leipzig-Platz Nr. 13 und Voststraße Nr. 25 und fordert zum Bau eines neuen Dienstgebäudes für Grundwerb usw. 5 633 400 M. Die Differenz von 1 100 000 M. soll auf Anleihe genommen werden.

Das Marine-Amt nimmt das vom Reichstags eben erst abgelehnte Projekt in der Belleuestraße auf. Diese bisher unerhörte, sofort wiederholte Vorlage einer eben erst abgelehnten Forderung beruft sich auf eine Verbesserung der finanziellen Bedingungen. Die Besitzer des Grundstücks in der Belleuestraße hätten das Objekt 357 500 M. billiger gelassen. Außerdem hat Siemens u. Halske ein um fast eine Million ershöhtes Kaufangebot gemacht: 4 533 400 M. statt vordem 3 520 000 M. Diese angebliche Erhöhung des Angebots reduziert sich aber dadurch, daß das Marine-Amt bis zum 30. April 1907 für Benutzung der Dienstgebäude jährlich an Siemens u. Halske 180 000 M. jährlich Miete zahlen soll, während in dem früheren Angebot mietsfreie Benutzung eingeschlossen war.

Der Reichstags wird gut thun, die Forderung nochmals abzulehnen. Das nächste Mal werden dann wohl die Bedingungen noch günstiger werden. Oder werden dem Centrum für den Palast in der Belleuestraße — die Jesuiten geliefert? —

Zur zweiten Lesung der Krankenkassen-Novelle stellt die socialdemokratische Fraktion des Reichstages eine größere Zahl von Anträgen zu dem Zwecke, die Novelle von dem reaktionären Ballast zu befreien, mit dem sie entgegen ihrem ursprünglichen Zweck belastet worden ist. Inwiefern diese Anträge zum Erfolg führen werden, ist ungewiss, wie es den Interessen der Versicherten entspricht. Von den Mehrheitsparteien wird es abhängen, ob das Krankenversicherungs-Gesetz durch reaktionäre Bestimmungen seinem Zweck entfremdet werden soll.

Die Seeladetten-Ehre.

Das „Kölnener Tageblatt“ erhält aus Cleve eine Zuschrift, wonach sich dort ein Seeladett gelegentlich seines Osterurlaubes gegenüber Soldaten ähnlich aufgehalten hat, wie in Essen der Hüffener. Er stellte einen einjährigen wegen des Grünens der Rede, daß ein Aufruf entstand; ferner pflanzte er sich breitwiegend in der Thür eines Restaurants auf, um über die vorübergehenden Soldaten Besichtigung wegen ihrer Ausbildung in der militärischen Ehrenbeziehung zu halten, die er durch zahlreiche Anreden von Soldaten belebte. Auf einer andern Straße hielt er einen Soldaten, der sein Portepes übersehen hatte, an und zwang ihn, das vorgeschriebene Honour zwanzigmal auf offener Straße zu machen.

Diese Vorgänge scheinen eine Mitteilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu bestätigen, daß die Seeladetten in Kiel von ihren Vorgesetzten mit der Weisung entlassen seien, darauf zu achten, daß sie von den gemeinen Soldaten vorchriftsmäßig gegrüßt würden. Eine andere Lesart besagt, daß sich die jungen Seeladetten selbst das Wort gegeben hätten, jeden Soldaten zu stellen, der sie nicht grüße oder dessen Kleidung nicht vorchriftsmäßig sei.

So entwickeln sich militärische Ehrbegriffe in Dummen-Jungen-Hirnen. Der von Hüffener Gedächtnis scheint also in der That das Opfer dieser Auffassung von Soldatenpflichten geworden zu sein.

Interpellation über das Unglück auf der Grube Königin Luise. Der Centrumsabgeordnete Letocha hat mit Unterstützung zahlreicher Mitglieder der Centrumsfraktion folgende Interpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht:

„Am 2. April hat sich im ober-sächsischen Berggebiet auf der sächsischen Kohlengrube „Königin Luise“ ein großes Unglück ereignet, bei welchem 30 brave Bergleute in Ausübung ihres Berufes das Leben eingebüßt haben.

Im Hinblick auf die dadurch im Kreise der dortigen Arbeiterbevölkerung hervorgerufene Verwirrung richte ich an die königliche Staatsregierung die Anfrage:

Was haben die bisherigen Untersuchungen über die Ursachen des Grubenunglücks, welchem so viele Menschen zum Opfer gefallen sind, ergeben und welche Maßnahmen sind getroffen oder geplant, um die Wiederkehr der beklagenswerten Unfälle thunlichst zu verhüten?“

Eisenbahntarif-Reform. Das „Dresdener Journal“ meldet: Da nach neueren Vorgängen die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß die derzeitigen deutschen Regierungen demnächst in neue Verhandlungen über eine allgemeine deutsche Personentarif-Reform eintreten werden, hat das Finanzministerium beschlossen, die Durchführung der von sächsischer Seite geplanten Reformen bis auf weiteres auszuweichen. Dem Eisenbahnrat ist in der Sache eine anderweitige Vorlage zugewandt, wonach von einer Herabsetzung der Preise für einfache Fahrkarten abgesehen wird. Daher erachtet es die Regierung für angängig, eine Steigerung der Preise für Rückfahrkarten um die Hälfte des Preisunterschiedes zwischen den preussischen und sächsischen Rückfahrkarten, also um 6 1/4 Proz. der sächsischen Preise, eintreten zu lassen.

Die sächsische Regierung beweist mit dieser Reform, wie sehr sie für die Freizügigkeit ist; sie erspart den Reisenden durch Verteuerung der Rückfahrkarten die Rückkehr an ihren Wohnort.

In den anhaltischen Landtag waren bei der letzten Wahl im November v. J. vier Parteigenossen gewählt worden, unter ihnen zwei mit so knapper Majorität, daß der eine, Genosse Langheld, mit nur einer Stimme Majorität und der andere, Genosse Medaeter Gänther, bei Stimmengleichheit gar nur durchs Los gewählt war. Kein Wunder, daß die Gegner sich bemühten, die Wahlen ungültig zu machen. Und das ist bei dem indirekten Wahlrecht und der Unsicherheit der Staatsangehörigkeit der Bewohner Anhalts gar so leicht. Ein Ortsvorsteher hatte eine Aufforderung, möglichst viele sündliche Wähler in die Liste einzutragen, so verstanden, daß vor allem ordnungsparteiliche Wähler eingetragen würden. Und so hatte er dem 18 Nichtanhaltiner auch in seine Liste eingetragen. Die liberalen Abgeordneten Krel und Cohn haben in Gemeinschaft mit unsern Parteigenossen Peus, Gänther und Langheld dies Verfahren im Landtage gebührend gekennzeichnet. Das Interessanteste ist, daß bei der Abgeordnetenwahl unser Parteigenosse Langheld als Wahlmann gegen die Gültigkeit der mit durch die Nichtanhaltiner gewählten Wahlmänner plädierte, aber mit dieser Auffassung gegen die durch den Wahlkommissar geführten Gegner mit einer Stimme unterlag, und daß dann, als trotzdem der Socialdemokrat Langheld gewählt wurde, die Gegner, nimmere durch einen P a s o r geführt, den Spieß sofort umkehrten und die Wahl mit derselben Auffassung unfres Genossen Langheld, die auch allein richtig und jetzt auch vom Landtag als richtig anerkannt ist, anfochten, die sie selber bei der Abgeordnetenwahl bekämpft hatten. Es ist begreiflich, daß diese edle Gewissenhaftigkeit im Landtag wie im Lande großes Aufsehen erregt hat.

Doch damit nicht genug. Nach dem anhaltischen Wahlgesetz ist bei Ersatzwahlen, wenn der Landtag tagt, so zu verfahren, daß die übrig bleibenden gültig gebliebenen Wahlmänner den Abgeordneten wählen, ohne daß vorher für die ungültig gewordenen Wahlmänner neue gewählt werden. Die Wahlmänner gelten eben für die ganze Legislaturperiode und nur im Falle der Ausfüllung des Landtages sollen, wie es ausdrücklich im Gesetz heißt, allgemeine Neuwahlen aller Wahlmänner stattfinden. Würde aber so verfahren, wären uns die Mandate erst recht sicher, denn die ungültig gewordenen Wahlmänner sind gegnerische. Die Wahlprüfungs-Kommission erörterte auch die Form der vorzunehmenden Neuwahlen und entschied, daß die Regierung ihrer Auffassung nach alle Wahlmänner neu wählen lassen müsse. Und so entschied auch das Plenum, indem es eine Resolution Peus, die nach dem klaren gesetzlichen Wortlaut die Wahl durch die übrig bleibenden gültig gebliebenen Wahlmänner forderte, gegen die Stimmen unser Parteigenossen und der beiden liberalen Abgeordneten Krel und Cohn ablehnte. Die Frage ist aber vielleicht doch noch nicht endgültig entschieden, und möglicherweise besinnt sich die Regierung noch anders, da bei einer andern Wahl die Ungeschicklichkeit des beschriebenen Verfahrens auf das allerklarste noch mit andern durchschlagenden Gründen nachgewiesen werden kann.

Ausland.

Der Zollwucher in Oesterreich.

Dem Beispiele Deutschlands ist beinahe bald auch Oesterreich gefolgt; auch hier soll der „notleidenden Landwirtschaft“ durch hohe Zölle aufgeschoben werden. Die Zölle auf Weizen, Roggen, Reis, Gerste, Reis, Mehl, Rindvieh, Schweine, Eier, Fleisch sollen um das Doppelte, drei- und vierfache erhöht werden, früher zollfreie Nahrungsmittel sollen jetzt einen hohen Zoll erhalten. Desgleichen sollen eine Reihe von Industrie-Artikeln mit höheren Zöllen belegt werden. Und dabei ist die Gesamtsumme der indirekten Steuern, welche eine fünfköpfige Familie jährlich zu zahlen hat, schon heute auf 240 Kronen zu veranschlagen. 30 Kronen entfallen davon jährlich auf das Brot; kein Wunder, daß der Brotverbrauch durch die indirekten Steuern und den allgemeinen Wohlstand in den letzten Jahren von 173 auf 140 Kilogramm pro Kopf und Jahr gesunken ist. Auch in Oesterreich ist es fast nur die Socialdemokratie, welche energisch gegen diesen Raubzug auf die Löhnen der werkschäftigen

Bevölkerung Front macht. Vergangene Woche wurde in ganz Oesterreich ein Flugblatt der socialdemokratischen Parteivertretung gegen die Brotverteuerung in 1 1/2 Millionen Exemplaren verbreitet. Nirgends begegnete die Verbreitung des Auftrufs irgend welchen Schwierigkeiten; nur in Galizien erkannte man die Gefahr, die dem Staate drohte. In Krakau wurde das Flugblatt konfisziert und die Konfiskation vom Landgericht bestätigt, weil es angeblich die öffentliche Ruhe störe und zu Haß und Verachtung gegen die Staatsverwaltung anreizt.

Wien, 22. April. Gestern abend fanden hier acht sehr zahlreich besuchte Arbeiterversammlungen statt, worin gegen die Ausgleichsvorlagen und die aus den neuen Zöllen drohende Lebensmittel-verteuerung Stellung genommen wurde. Mehrere socialdemokratische Abgeordnete kündigten an, daß die Partei nach dem heute gefassten Beschlusse des Abgeordneten-Verbandes am nächsten Dienstag gegen die Verhandlung der neuen Geschäftsordnung mit Obstruktion einlegen werde, welche Mittelstellung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Nachwehen des holländischen Streiks.

Der Mißerfolg des Generalstreiks hat zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den Socialdemokraten, die von Haus aus geringere Hoffnungen auf den Streik gesetzt hatten, und den anarchischen Elementen geführt.

Die Erörterungen fanden während der Osterfeiertage statt auf der Konferenz, zu der das Abwehrkomitee die Vorstände der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen eingeladen hatte. Die gegenwärtige Auffassung tritt dem auch in zwei Manifesten hervor, die dieser Tage die Socialdemokraten und die Anarchisten veröffentlicht haben.

Die Rundgebung des Parteivorstandes „An die Arbeiter“ verbreitet sich, wie unser Amsterdamer Korrespondent mitteilt, über die Art und Bedeutung des Generalstreiks und das Verhalten der Partei. Es wird das Verhalten der Anarchisten gekennzeichnet und die Arbeiter ermahnt, sich zu neuen Kampf zusammenzuschließen und zu neuer Organisation der Gewerkschaften.

Zu Anfang weist das Manifest auf den Erfolg hin, den der 31. Januar dieses Jahres durch den Sieg der Eisenbahner bedeutete und in der Geschichte des niederländischen Proletariats erhalten bleiben wird. Ein Beweis, daß die Arbeiter die Welt beherrschen können, wenn sie eines Sinnes sind. Verrückt aber auch wegen des erbitterten Kampfes, der daraus von der besitzenden Klasse — mit Unterstützung eines Teiles der Arbeiter — gegen die Arbeiterbewegung geführt wurde. Nun werde die Bewegung — sowohl die neutralen Gewerkschaften als auch die Socialdemokratie — gelammt und verhöhnt, weil sie in der Notwehr gegen die Uebermacht der Gegenpartei die Niederlage erlitt, nachdem sie ihr äußerstes gesetzliches Mittel angewendet hatte.

Der Ursprung und die Bedeutung des Streiks wird dann näher dargestellt. Es wird auf die Zwangsgehalte hingewiesen, welche in keinem Lande in Europa bestanden und die den Eisenbahn-Arbeiter zum Null erniedrigen. Vollkommen gerechtfertigt, notwendig war der Widerstand gegen diesen Anschlag auf die Organisation der Eisenbahner und auf die ganze Gewerkschaftsbewegung. Die Regierung wußte, daß sie mit ihrem Gesetze einen neuen Zustand heraufbeschwor; sie wollte nämlich einen neuen Streit hervorrufen, um durch einen Sieg über die Arbeiter die Niederlage vom 31. Januar zu rächen.

So ist der Zustand vom 6. bis 12. April eine Folge gewesen des Treibens der Regierung, die den Krieg gewollt hat, um mit Hilfe der Direktionen die Eisenbahner-Organisation zu vernichten und der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen einen Streich zu verfehlen zu können. Die Verantwortung für den Schaden, den das Publikum durch den Zustand erlitten hat und für das Halten der Mägen unter den Waffen, ruht auf der Regierung.

Dann wird die Stellung der socialdemokratischen Partei zum Zustand behandelt. Man müsse bedenken, 1. daß die von der Regierung vorgeschlagenen Strafbestimmungen die Arbeiter in ihrem Grundrechte treffen — in dem Rechte, über ihre eigene Arbeitskraft zu verfügen — und ihre unentbehrliche Waffe zu führen: den Streik; 2. daß der glänzende Sieg des Eisenbahnerpersonals am 31. Januar auch in unsern Kreisen ein beinahe unbegrenztes Vertrauen in die Solidarität und die Standhaftigkeit dieser Arbeiter hervorgerufen hat und 3. daß der Hauptvorstand der Eisenbahner-Organisation schon beim ersten Gerücht von drohenden Strafbestimmungen erklärt hatte, sich dagegen durch einen zweiten Streik zu wehren. Hierdurch war also die Bewegung gegen die Gesetze eine von Anfang an entschiedene Thatsache. Der Parteivorstand hat bereits durch seinen Anschlag an das Abwehrkomitee die Mitverantwortlichkeit für einen eventuellen Ausbruch übernommen. Jwar ist unferneits stets darauf gedrungen, daß die Gewerkschaften selbständig den Beschluß fassen sollten; wohl haben wir, sowohl in den Hauptvorstands-Versammlungen wie auch in unsern Presse, warnend gesagt, daß es nicht möglich sei, selbst durch einen Generalstreik, die Regierung zu zwingen, die Gesetze zurückzugeben, oder die Kammer, diese zu verwerfen; auch wurde von unserm Partei-Organ, als die Beratung der Gesetze erst nach Ostem zu kommen schien und eine vorläufige Untersuchung über die Stimmung im Eisenbahnerpersonal ungenügende Ergebnisse erbracht hatte, einem Ausstand gegen die Gesetze abgeraten —, aber über alles stand für uns die Solidarität mit den Arbeitern, die wir für keinen Fall im Stich lassen wollten. Dieser Kampf war uns aufgedrungen; ein Proletariat, das sich ohne alle gesetzlichen Mittel der Notwehr zu bedienen, hebeln läßt, läßt Gefahr, all seine Rechte zu verlieren; hier stand nicht allein die Macht, sondern auch die Ehre des organisierten Proletariats auf dem Spiel; sollte auch der Kampf verloren werden, — wenn nur die Notwehr der Arbeiter kräftig war, so würde die Bourgeoisie belehrt werden, wenigstens ein folgendes Mal ihre Hände davon zu lassen. — Diese Erwägungen stehen uns beizulegen, mit den andern Arbeiterorganisationen den Kampf zu beginnen, selbst wenn vorauszusetzen war, daß die Anarchisten, die seit einigen Jahren in der Gewerkschaftsbewegung eine unablässige Propaganda für den Generalstreik trieben, die Bewegung diesem Ziele dienstbar machen würden.

Im weiteren weist das Manifest darauf hin, daß diese (anarchistische) Idee immer mehr in den Vordergrund getreten sei. „Allmählich ward es ein halbes Verbrechen, als Verrat oder wenigstens als furchtame Schwächlichkeit angesehen, nicht an die Möglichkeit des Generalstreiks gegen die Gesetze zu glauben und dabei zu warnen: Der Streik wurde bei vielen das Ziel, anstatt ein Mittel, das nur in äußerster Not anzuwenden, um die politische Aktion der Socialdemokraten in der Zweiten Kammer kräftig zu unterstützen. Für sie war der Generalstreik nur ein Vorwand, um die Massen zum allgemeinen Streik anzuportieren und diese, politisch nicht geklärt, begriffen nicht, daß der Ausstand keinen Zweck mehr hatte, sobald die Gesetze angenommen sein würden.“

Daher kam es, daß das Abwehrkomitee, welches dem Drängen verschiedener Arbeitergruppen nachgab als es den Generalstreik proklamierte, diesen zwei Tage später nach Annahme der Gesetze wieder beendigte. Eine gut organisierte Bewegung hätte Eindring gemacht, wenn man auf diesen Aufruf hin wie ein Mann wieder an die Arbeit gegangen wäre. Statt dessen bewies die Arbeiter wenig Begriff von Organisation, indem sie denjenigen Gehör gaben, die die „Fortsetzung des Streiks“ predigten und diejenigen, die im rechten Augenblick den Ausstand aushuben, des „Verrats“ beschuldigten.

Es werden dann die Bemerkungen, die Domela Nieuwenhuis anwandte, um die mißtrauische Stimmung der Arbeiter gegen die Socialdemokratische Partei und ihre Leiter für seine Zwecke zu benutzen und der Vorwurf zurückgewiesen, als habe die Partei es darauf angelegt, den Streik mitleidig zu lassen, um einen Beweis gegen die Generalstreiks-Idee zu haben. Nicht „der Verrat“ dieses oder jenen, sondern die Unthätigkeit und das Entgegenarbeiten eines Teils der Arbeiter selbst ist Ursache, daß der Ausstand keinen

größeren Erfolg gehabt hat. — Ueberdies ist deutlich geworden, daß die Leitung der Bewegung in Händen eines Komitees war, in dem einzelne Mitglieder erklärten, nur die Beaufichtigung anderer Mitglieder zu bezwecken. — Die Anarchisten wirkten nicht allein deshalb zerlegend auf die Arbeiterbewegung, weil sie diese hinderten zu einer grossen That wie den Generalstreik, ohne sie erst genügend zu organisieren und reif zu machen, um die Früchte einer solchen That pflücken zu können — ihr größter Frevel gegen die Bewegung ist wohl, daß sie stets Mißtrauen zu erwecken suchen. — Das Mißtrauen untereinander hat, wie das Komitee selbst erklärt, seine Aktion gelähmt.

Nachdem dann darauf gewiesen ist, wie gefährlich und schwierig solch ein allgemeiner Streik sei, werden die Arbeiter ermahnt, sich mehr als bisher auf dem Gebiet der Politik zu betätigen, die von ihnen schon zu lange vernachlässigt sei, und den Kampf um das allgemeine Wahlsrecht mit der Socialdemokratie zu kämpfen. Das Manifest endet mit der Frage „Was nun?“ Die Antwort ist, daß die Arbeiter gegenüber den Unternehmern, die jetzt übermütig streben werden sich von den ihnen lästigen Organisationen zu befreien, diese gerade zu stärken und die noch ausgeperrten und die gefallenen Schlachtopfer zu unterstützen haben. — Die Parteigenossen werden aufgefordert, zunächst ihre Kräfte den Gewerkschaften zu widmen und diese zu einer guten inneren Organisation zu verhelfen. Neben und außer den Gewerkschaften müsse die politische Organisation kräftig gefördert werden. Voll Mut und Hoffnung könne dieser neue Kampf begonnen werden, da das niederländische Proletariat zwar keinen Sieg über die Unterdrücker, aber über sich selbst gewonnen habe.

Auch die „unabhängigen Socialisten“ (Anarchisten) haben ein Manifest über den Generalstreik veröffentlicht, in dem die Socialdemokratische Arbeiterpartei und ihre Führer des Verrats beschuldigt werden, da es ihrerseits ein von vornherein feststehender Plan gewesen sei, den Generalstreik aufzugeben, sobald die Gesetze angenommen seien. Das Recht hierzu wird nicht bezweifelt, aber niemals sei die Absicht, weder im Komitee noch in den Hauptvorstands-Versammlungen, von ihnen ausgesprochen worden. Die Hauptvorstände hingegen hätten ein solches Ziel nicht gehabt, sei doch selbst davon gesprochen worden, den Ausstand erst anfangen zu lassen in dem Augenblick, da die Gesetze angenommen wären. Wäre die Annahme der Gesetze als Endtermin angesehen worden, nie hätten sie, die Anarchisten, sich in den Streik eingelassen, da er dann für sie ohne Zweck gewesen sei. Doch hätte sich trotz Militär, Polizei, und obwohl die „Ordnungshände“ und alle Parteien sich gegen die Arbeiter verbündet hätten, das Prinzip des Generalstreiks als ein ausgezeichnetes Mittel zur Erlösung des Proletariats bewährt, da bereits eine grenzenlose Verwirrung in den wenigen Tagen entstanden sei. Man hätte die Forderung der Arbeiter (Jurisdiktion der Gesetze) ganz bestimmt erreicht, wenn die Beratung noch ein paar Tage weiter gedauert hätte.

Gegenüber den klaren Darlegungen der Socialdemokraten wirken die verworrenen Beschuldigungen und utopistischen Behauptungen der Anarchisten sehr unerschrecklich. Es wird im Interesse des niederländischen Proletariats sehr zu wünschen sein, daß die reinen socialdemokratischen Einsicht und Disciplin durchzuführen.

Frankreich.

Paris, 22. April. Alfred Dreyfus hat an den Kriegsminister ein Schreiben mit der Bitte um Eröffnung einer Untersuchung über das Schriftstück gerichtet, in welchem gesagt sei, daß er Dokumente an das Ausland geliefert habe, und das eine angebliche Randbemerkung des deutschen Kaisers enthalten solle. Dreyfus weist in seinem Briefe auf den Mißbrauch hin, der in den Prozeßverhandlungen gegen ihn mit diesem gefälschten Schriftstück getrieben worden sei, und sagt, es sei Pflicht der Regierung, derartige Vorkommnisse zu untersuchen.

Italien.

Rom, 21. April. Die Wähler bestätigen, daß Morin zum Minister des Auswärtigen ernannt werden soll; Pettolo soll das Portefeuille der Marine erhalten.

Türkei.

Konstantinopel, 21. April. (Melbung des Wiener I. I. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Nach einer Konsularmeldung fand am 19. d. Mts. ein Zusammenstoß zwischen 50 Mann Truppen und einer 31 Mann starken Bande bei Emilsanc nordöstlich von Adolofische statt. Die Bande verlor 20 Mann, erhielt aber später Verstärkung und schloß die Truppen ein, welche sich solange hielten, bis Verstärkungen eintrafen, worauf die Bande vertrieben wurde. Von der Bande fielen hierbei zwei Führer und über 20 Mann; 50 Mann wurden angeblich verwundet, welche zum größten Teil entkamen. Die Verluste auf türkischer Seite betragen 2 Offiziere und 11 Mann tot, 7 Mann verwundet.

Auf den Bahnhöfen Macedoniens finden lebhafteste Truppenbewegungen statt, von denen man annehmen darf, daß sie einem Angriff auf aufständische Albanesen bei Zepi und Djalova gelten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Militäreffekten-Sattler hatten ihren Arbeitgebern kürzlich einen neuen Lohnvertrag unterbreitet mit folgenden allgemeinen Forderungen: Kernständige Arbeitszeit, Einschränkung der Heimarbeit, Verringerung des Zwischenmehrfachens, 10 Proz. Anschlag bei Leberzucker und ferner, daß bei Anfertigung von Spandauer Arbeit die in der Artilleriewerkstatt zu Spandau bestehenden Lohnsätze zu zahlen sind. In der Branchenversammlung am Dienstag wurde mitgeteilt, daß die Forderungen nur von der Firma Weder u. Co. bewilligt sind, alle übrigen haben sich ablehnend verhalten. Vom Kriegsministerium ist in dieser Sache dem Verbandsbeamten Semle folgendes Schreiben zugegangen:

Kriegsministerium. Berlin W., 11. April 1903. Auf das Schreiben vom 14. Februar 1903 teilte Ihnen das Kriegsministerium mit, daß die königliche Feldzeugmeisteret für Sorge treffen wird, daß künftig nur solche Unternehmer zur Vergütung von Sattlerarbeiten herangezogen werden, die nach Ueberzeugung dieser Behörde die Gewähr für die Bewilligung angemessener und auskömmlicher Löhne an ihre Arbeiter bieten. Im übrigen wird auf das Schreiben vom 11. Februar 03 (in demselben erhaltene) die Organisation des Kriegsministeriums, die Heimarbeit bei Militärarbeiten auszuscheiden, was jedoch abgelehnt wurde. Der Berichterstatter.) an den Unterzeichner der Petition, der Tarifkommission der Militäreffekten-Sattler Deutschlands Bezug genommen.

Im Auftrage des Kriegsministers.

Geborf. Beschlossen wurde, vorläufig von einem Streik abzusehen und das Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Anbahnung von Verhandlungen mit den Unternehmern anzufragen. Ein weiterer Beschluß besagte, den ersten Mai möglichst einmütig zu feiern, doch sollen die Vertrauensleute vorher deswegen noch mit den Arbeitgebern Rücksprache nehmen.

Achtung! Buchdrucker und Buchdruckerei-Hilfsarbeiter. Bei der Firma Paul Sauer, Buchdruckwalzen-Gießerei, Oranienstr. 172, wurde der Vertrauensmann der dort beschäftigten Hilfsarbeiter trotz vierzehntägiger Kündigung plötzlich entlassen. Bei den darauf folgenden Verhandlungen wurde dem Vertreter der Organisation als Grund der Entlassung angegeben, der Entlassene habe die Arbeiter aufgewiegelt und Unzufriedenheit gestiftet. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde die Firma gesperrt. Wir bitten alle organisierten Buchdrucker bei eventuell zu vergebenden Aufträgen auf vorstehendes Bezug zu nehmen.

Die Ortsverwaltung.

Zur Lohnbewegung der Baukempner. In der gestrigen Versammlung der Streikenden wurde mitgeteilt, daß sich die Jünung offiziell zu Verhandlungen bereit erklärt hat. Ein diesbezügliches Schreiben ist dem Abgesandten Weigel vom Obermeister Berger zugegangen. Die Verhandlungen werden am heutigen Donnerstag stattfinden.

Zur Lohnbewegung der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter wird berichtet, daß die Verhandlungen einen zufriedenstellenden Fortgang nehmen. Bis jetzt sind die Differenzen bei 25 Firmen beigelegt, wofür 210 Arbeiter teils schon seit einigen Tagen arbeiten, teils am heutigen Donnerstag die Arbeit wieder aufnehmen. Zu bemerken ist dabei, daß nicht nur bei den vier Firmen, wegen denen der Streik entbrannte, sondern auch bei den übrigen Firmen Lohnzulagen von 1 bis 3 M. pro Mann durchgesetzt sind. Zwar hatte hier der Verband offiziell keine Forderungen gestellt, vielmehr drangen die Arbeiter wertstättenweise selbst auf die Zulagen, weil sie nicht ganz umsonst wochenlang ausgeperrt sein wollten.

Vom Streik der Sägele-Arbeiter bei Freienwalde a. O. wird und geschrieben: Die Streikenden des „Maunwert“ suchten eine Verhandlung mit dem Direktor nach, die aber nicht zu Stande kam. Den Streikenden wurde bemerkt, die Weiterarbeitenden seien ja mit den Löhnen zufrieden. Die den Unternehmern sehr willkommenen Zufriedenheit wird den betreffenden Arbeitern im Bonifazius-Bereich gepredigt, dessen Mitglieder sie sind, auch fällt sie der Umfand zurück, daß sie Wohnungen des Werkes inne haben. Im übrigen würden auch diese Leute sehr gern an den Erfolgen des Streiks teilnehmen. Erfah für die Streikenden hat sich noch nicht gefunden. Infolge des Ausstandes macht sich bereits in Freienwalde ein Mangel an Steinen bemerkbar.

Deutsches Reich.

Der Gewaltakt des Norddeutschen Lloyd gegen die Organisation der Arbeiter

Ist bekanntlich von der gesamten Unternehmerrpresse mit Jubel begrüßt worden. Von jener Seite wurde man die öffentliche Meinung irre zu führen und gegen die Arbeiter Stimmung zu machen. Die im Dienste des Lloyd stehenden sowie andere kapitalistische Pressorgane stellen die Sache so dar, als sei der Lloyd durch jenen dreitägigen Streik, der für die Wiedereinstellung eines Gemahregeltes geführt worden ist, zu Abwehrmaßnahmen veranlaßt, welche die Wiederholung derartiger Ausfälle verhindern und die Aufrechterhaltung des Betriebes sichern sollten. Man suchte geflissentlich den Anschein zu erwecken, als sei der Lloyd plötzlich und unerwartet von den organisierten Arbeitern angegriffen worden und habe nun, gezwungenermaßen in der Notwehr, Vorbeugungsmaßnahmen getroffen, die ihn sichern sollten vor weiteren in Aussicht stehenden Angriffen.

Selbst wenn es so wäre, wie die Lloyd-Presse behauptet, so ist doch das auf völlige Vernichtung der Hafenarbeiter-Organisation gerichtete Vorgehen des Lloyd unter allen Umständen zu beurteilen, denn es ist eine feige und hinterlistige That, wenn man die Arbeiter ihres Koalitionsrechts beraubt und sie dadurch unfähig macht, sich gegen den ohnehin übermächtigen Gegner zu wehren.

Nun liegen die Verhältnisse aber gar nicht so, wie sie von den Scharfmacher-Blättern geschildert wurden. Um diesen falschen, parteiischen Darstellungen entgegenzutreten, hat die Leitung der Mitgliedschaft des Hafenarbeiter-Verbandes ein umfangreiches Flugblatt herausgegeben, in dem die wahren Ursachen des Ausstandes und der Maßregelung der Lloyd-Arbeiter dargestellt werden. Hiernach erscheint der ganze Vorgang allerdings in einem andern Lichte wie in der Unternehmerrpresse. Nicht der Betrieb des Lloyd war durch die Arbeiterorganisation bedroht, sondern umgekehrt. Der Lloyd hat seit langer Zeit planmäßig an der Unterdrückung der ihm unbeweglichen Organisation gearbeitet. Die Vorgänge, welche sich in letzter Zeit in Bremerhaven abgepielt haben, waren nur eine — allerdings bedeutsame — Episode eines lange vorbereiteten Vernichtungskampfes, den der Lloyd gegen die organisierten Hafenarbeiter führt.

Im Jahre 1889, als die Organisation in Bremerhaven völlig daniiederlag, begann ein Willkürregiment, unter dem die Hafenarbeiter schwer zu leiden hatten. Nicht nur die Behandlung der Arbeiter war eine unwürdige, auch die Arbeitsverhältnisse waren ganz ungerecht. Wer sich bei den Vorgesetzten beliebt zu machen versah, wurde bevorzugt, wer nicht jedem Winke dieser Herren willig Folge leistete, bekam selten Arbeit. Die Arbeiter waren in jeder Hinsicht der Willkür der Vorleute preisgegeben. Mit der Zeit gelang es zunächst den Kohlenarbeitern, ihrer Organisation Anerkennung zu verschaffen. Sie bewirkten die Festsetzung eines Tarifs, der am 1. Januar 1899 in Kraft trat. Dadurch wurden die Arbeitsverhältnisse geregelt und die drückendsten Mißstände beseitigt. Bei den Ladungsarbeitern haben sich die Verhältnisse weniger günstig entwickelt. Sie hatten einen unausgesetzten Kampf für ihre Interessen zu führen. Maßregelungen „müßiger Elemente“ waren an der Tagesordnung, wodurch natürlich Mißstimmung und Erbitterung bei den Arbeitern erzeugt wurde. Aus diesen Verhältnissen erklärt es sich, daß jener dreitägige Streik zu Gunsten eines Gemahregeltes entstand. Dieser Ausstand, den die Vertreter der Organisation zu verhindern bemüht waren, ist anzusehen als der spontane Ausbruch des seit langer Zeit angehäuferten Unwillens, den die Anreize des Herrn Hirsch gefast hatten. — Dieser Ausstand wurde beigelegt, nachdem eine Kommission der Arbeiter mit der Lloyd-Direktion verhandelt hatte. Bald darauf erschien eine Bekanntmachung des Lloyd, wonach die Kommissionsmitglieder den Arbeitern einen falschen Bericht über die Verhandlungen gegeben haben sollten. Die Kommissionsmitglieder traten öffentlich für die Richtigkeit ihres Berichtes ein, und die Folge davon war, daß sie entlassen wurden. Dieser Maßregelung folgten weitere Maßregelungen, so daß nunmehr alle Vertrauensleute der organisierten Arbeiter auf der Strafe lagen. Unter den Gemahregelten waren Familienväter, Leute, die 4—18 Jahre für den Lloyd gearbeitet hatten. Dann wurden die „festen Gänge“ aufgelöst und neue nur aus solchen Arbeitern gebildet, die ihren Austritt aus dem Verbands erklärten. Das bedeutet: Dauernde Arbeit gibt es grundsätzlich nur für Unorganisierte, während den Verbandmitgliedern nur die gelegentliche, ganz unsichere Beschäftigung übrig bleibt.

Der Verlauf und die Folgen dieser Maßnahmen sind bekannt. Die Arbeiter sind überzeugt, daß sie durch alle diese Maßregelungen in den Streik getrieben werden sollten, denn der Lloyd hatte umfangreiche Vorbereitungen für einen solchen getroffen. Ein Streik wäre, wie die Arbeiter glauben, dem Lloyd eine willkommene Gelegenheit gewesen, um die organisierten Arbeiter gänzlich zu verdrängen und sie durch Arbeitswillige von außerhalb zu ersetzen, die man gleichzeitig bei den Reichstagswahlen als Stimmvieh für den Vertreter der Lloydinteressen gebrauchen zu können.

Dieser Plan des Lloyd ist allerdings nicht gelungen. Die Arbeiter haben sich allen Provokationen gegenüber kühl und besonnen verhalten. Sie haben sich anscheinend den Gewaltmaßnahmen des Lloyd gefügt, aber die Organisation ist nicht zerschlagen. Die Arbeiter sind ihr nach wie vor treu geblieben. Der Lloyd hat auch in dieser Hinsicht sein Ziel nicht erreicht, aber hat sich durch sein arbeiterfeindliches Vorgehen ein Verhängnis über sich selbst herbeigeführt.

Als Lockmittel für die Arbeiter, denen der Lloyd das Koalitionsrecht zu rauben denkt, will er bekanntlich eine Pensionskasse einführen. Am Montag hatte der Unternehmer Hirsch eine Versammlung der Kohlenarbeiter einberufen, die darüber beschließen sollte, ob die Arbeiter die ihnen zugebotene „Wohlfahrt“ annehmen wollten. Die Versammlung lehnte den ihr vorgelegten Statutenentwurf einer Pensionskasse einstimmig ab und wies damit die ganze „Wohlfahrts-Einrichtung“ zurück. Den Geist derselben kennzeichnet die folgende Bestimmung des Statuts:

„Mitglied kann nur derjenige werden und bleiben, der nicht Mitglied des Hafenarbeiter-Verbandes bzw. eines gleichartigen ähnlichen Vereins ist und nicht gegen den Norddeutschen Lloyd oder die Firma H. J. Hirsch agitiert.“

Teilnehmer an Streiks haben das Erlöschen der Mitgliedschaft zur Folge.

Der Lloyd hatte sich arg verrechnet, wenn er glaubte, die Arbeiter würden für das fragwürdige Anerbieten der Pensionskasse ihre

Rechte hingeben. Die Kohlenarbeiter beklagten durch Annahme einer Resolution, daß sie ihr Heil in der Organisation sehen und trotz aller Vergewaltigungen des Lloyd an derselben festhalten werden.

Die Aussperrung in Birmasens.

Da die Polizei verhältnismäßig nicht gegen die Aussperrten Partei ergreift, sich überhaupt jeder Einmischung enthält, so herrscht bis jetzt die größte Ruhe und Ordnung. Die Aussperrten haben aus ihren Reihen einen Ordner bestellt, die an weichen Knien knien und den Ordnungsdienst in der Stadt versehen. — Das bairische Ministerium des Innern hat zum Zweck eines Einigungsversuchs den Central-Fabrikinspektor Böllath und den Ministerialrat v. Kant von München nach Birmasens geschickt. Die Beamten haben am Sonntagabend mit den Vertretern der Arbeiter konferiert. Diese betonten, daß ihrerseits alles gegeben sei, um den Konflikt beizulegen, sie könnten aber die von den Fabrikanten gestellte Bedingung, wonach bei der Wiedereinstellung eine Auslese gehalten werden sollte, nicht annehmen. Wenn, wie die Fabrikanten vorgeben, Arbeitsmangel vorliege, so würden die Arbeiter in eine angemessene Beschränkung der Arbeitszeit willigen. Ministerialrat v. Kant machte den Vorschlag, eine aus Vertretern beider Teile bestehende Kommission einzusetzen, die in jedem einzelnen Falle untersuchen solle, ob ein stichhaltiger Grund vorliege, den einen oder anderen Arbeiter nicht wieder einzustellen. Sollten die Fabrikanten dies ablehnen, so sollen diejenigen unter ihnen, welche wegen Arbeitsmangel nicht mehr alle Arbeiter beschäftigen können, Namen und Zahl derselben angeben. Diejenigen Fabrikanten, welche in der Lage sind, mehr Arbeiter einzustellen, sollen zunächst von den Überbleibenden einstellen, so dann sollen sich die Fabrikanten verpflichten, bei weitem Bedarf so lange keine fremden Arbeiter anzunehmen, als noch von jetzt nicht Eingestellten welche vorhanden sind. — Diese Vorschläge wurden von den Vertretern der Arbeiter angenommen, dagegen von den Fabrikanten abgelehnt.

Die Fabrikanten bleiben dabei stehen, daß sie, da die Arbeiter ordnungsmäßig ihre Kündigung erhalten haben und dieselbe abgelaufen ist, nunmehr berechtigt seien, diejenigen von der Arbeit zurückzuweisen, welche ihnen nicht gefallen. Dieses Ansuchen wurde von den Vertretern der Arbeiter einstimmig zurückgewiesen.

Den Fabrikanten ist die erstarrte Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge. Diese Organisation zu vernichten, darauf kommt es den Herren an, das haben auch die Arbeiter erkannt. Die Arbeiter stehen geschlossen und sind bereit, den Kampf um die Erhaltung ihrer Organisation durchzuführen.

Lohnbewegung der Holzarbeiter in Neu-Ruppin. Die in den Tischlereibetrieben beschäftigten Arbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie fordern: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, Lohnaufschlag von 15 Prozent. Zugang von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern ist streng fern zu halten.

Lohnbewegungen in Thüringen. Sämtliche Baumunternehmer in Meiningen kürzten die Stundenlöhne der Maurer um 2 Pf. Gleichzeitig legten diese den Arbeitern eine Arbeitsordnung vor, die diese binnen 14 Tagen unterzeichnet anerkennen hätten, andernfalls sie sich als entlassenen betrachten könnten. Beide Nummernungen wurden von den Arbeitern einstimmig zurückgewiesen. — In Nordhausen legten infolge Maßregelung eines Kollegen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Weberei von Ludwig Cohn u. Co. am Montagvormittag die Arbeit nieder.

Der Schneiderstreik in Regensburg ist durch die Wiederaufnahme der Arbeit beendet, nachdem von den Arbeitgebern eine Aufbesserung der Lohnsätze zugesichert worden ist. Die Tarifberatungen, an denen der Vorsitzende des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen, Stühmer-Berlin teilnimmt, nehmen am Donnerstag (heute) ihren Anfang und werden hoffentlich in dieser Woche noch beendet.

Die Bauhilfsarbeiter in Köln haben über die dortigen Bauten der Aktien-Gesellschaft für Konierbau (Sieg Essen) die Sperre verhängt, weil die Firma 10 Mitglieder des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband entlassen hat.

Ausland.

Der Badler Maurerstreik ist beendet. Nachdem dieselben zahlreichen unorganisierten italienischen Arbeiter, die zuerst mit Ueberreilung den Streikbeschluß faßten, massenhaft fahnenflüchtig geworden und die Arbeit wieder aufgenommen hatten, blieb den andren nichts weiter übrig, als in aller Form den Streik zu beendigen.

Verfassungen.

Kupferhammer. Am Sonnabend hielt der Unterhaltungsverein der Kupferhammer, Filiale Berlin, seine Generalversammlung ab. Nach dem Rapportbericht hatte die Filiale im ersten Quartal inklusive eines Zuschusses von 1200 M. aus der Hauptkasse eine Einnahme von 2943,74 M., eine Ausgabe von 3331,45 M., bleibt Bestand 612,29 M. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben: 142,00 M. für Reise-Unterstützung, 1046,83 M. für Ortsunterstützung, 926,50 M. für Gemeindegeld zum Nothlohnstreik. Der Dispositionsfonds hatte eine Einnahme von 2521,16 M., eine Ausgabe von 480,00 M., Bestand 2041,16 M. Die Filialkasse hatte inklusive eines Zuschusses von 100,00 M. eine Einnahme von 928,88 M., Bestand 128,48 M. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des ersten Quartals 392. — Nach einer Zuschrift der freireisenden Kollegen in Steintin steht ihre Sache günstig und wurde denselben eine Unterstützung von 100 M. bewilligt. Vom Streik der Baukempner wurde mitgeteilt, daß sich bis jetzt keine durch den Streik derselben in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen gemeldet haben. In betreff der Kaiserer wurde beschlossen, überall, wo die Kollegen ohne Nachteil feiern können, hat die Arbeit zu ruhen. Alle arbeitenden Kollegen haben eine Raimarte im Werte von 1 M. zu entnehmen. Arbeitslose erhalten an dem Tage eine Extra-Unterstützung von 1 M., ausgesteuerte Kollegen 2 M. Die Feiern haben sich an den Versammlungen der Metallarbeiter zu beteiligen. Ort und Zeit wird durch Annonce und im Arbeitsnachweis bekannt gegeben. — Zur Durchsicht der Statuten zur Generalversammlung des Vereins wurde eine Kommission von fünf Kollegen gewählt. — Der Delegierte der Gewerkschaftskommission, Damm, erstattete Bericht und wurde mit der ferneren Vertretung der Vorstand betraut. — Der Vorsitzende empfahl den Kollegen die gewissenhafte Ausführung der von der Generalkommission herausgegebenen Fragebogen und teilte mit, daß zum Innungsansatz Neuwahlen stattgefunden haben und derselbe jetzt von folgenden Kollegen gebildet wird: R. Schmidt, Greth, Töpel, Kräger, Seifert, Nachward, Kräger und Jeller. Innungshilfsgerichts-Beisitzer: Greth, R. Schmidt, Seifert und Klose.

Die Arbeiter der Firma Gebr. Beckmann, Maschinenfabrik am Schiffschen Thor, beschäftigten sich kürzlich in mehreren Versammlungen mit Betriebsmißständen daselbst. In letzter Zeit sind dort ganz erhebliche Lohnreduktionen vorgenommen worden. Daselbst, die bereits 25 Jahre und darüber bei der Firma beschäftigt sind, mußten wiederholt mit einem Wochenverdienst von 14, 16 und 18 M. nach Hause gehen, und dabei sind dies noch qualifizierte Arbeiter und Kolonnenführer. Derselbe erzielten mehrfach nur einen Verdienst von 11, 8 ja sogar nur von 5 M. in der Woche. Bei einer bestimmten Arbeit an Sprengwagen wurde für das Stück 6 M. bezahlt. Nachdem die Arbeit (Accord) fertiggestellt war, sprang für die ganze Kolonne ein Ueberschuß von 28 Pf. heraus. Dieser „Ueberschuß“ scheint der Firma offenbar noch zu hoch gewesen zu sein, denn das nächste Mal zog sie bei derselben Arbeit pro Stück 1,10 M. ab, so daß die Arbeiter nur 4,90 M. für die Arbeit erhielten. Die Arbeitszeit ist gänzlich ungeregt. Ueberstunden bis 10 und 11 Uhr abends sowie Sonntagsarbeit sind ganz und gäbe. Accordzettel bekommen die Leute überhaupt nicht mehr zu sehen, es heißt nur immer drauf los arbeiten. Später stellt sich dann heraus, daß die Preise ganz willkürlich von den Meistern festgesetzt sind. Bedenkt man, daß die meisten Ar-

beiter für den gut zahlenden Staat oder die Stadt angefertigt werden, so bleibt diese fortwährende Reduzierung der Löhne um so unerträglicher. Unter den Arbeitern ist allgemein die Ansicht verbreitet, die Firma müsse hier in Berlin auf Kosten der Arbeiter alles das wieder herausholen, was sie bei der eingegangenen Filiale in Bromberg seiner Zeit eingeholt hat. Da auch die familiären Einrichtungen in der Fabrik äußerst mangelhaft sind, so nahm die letzte, von fast 400 Personen besuchte Versammlung folgende Resolution an: Die versammelten Arbeiter der Firma Beckmann eruchen den Chef, dafür Sorge zu tragen, daß die fortgesetzten Preisreduktionen aufhöre, da jetzt schon ein Teil der Arbeiterfamilie Löhne erhält, die nicht im entferntesten zur Bezahlung der notwendigen Lebensbedürfnisse ausreichen. Sollte diesem Wunsch der Arbeiter nicht baldigst Rechnung getragen werden, so wird auf die Dauer ein nedeiliches Arbeiten in der Fabrik unmöglich sein.

Verband der Dachbeder. (Filiale Berlin.) In der am Sonntag stattgefundenen Versammlung erstattete der Kassierer Bericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 1127,46 M. und eine Ausgabe von 91,80 M. Mitin bleibt ein Bestand von 1035,66 M. Nach Abschluß von 232,82 M. an den Centralvorstand verbleiben der Filiale noch 782,84 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Göttinger erstattete Bericht vom Bauarbeiter-Schutz-Kongress. Die Versammlung beauftragte die Delegierten, sich mit andern Bauberufen in Verbindung zu setzen, um gemeinsam die Stadtverwaltung zu veranlassen, bei Vergebung von städtischen Arbeiten dem Maurer- oder Zimmermeister die Verpflichtung aufzuerlegen für die Anbringung von vorchriftsmäßigen Schutzgeräten. Da die Tarifverhandlungen mit den Meistern immer noch nicht zum Abschluß gebracht seien, ja die Meister versuchten, verschiedene Zugeständnisse bezüglich des Lohnes zu ihren Gunsten umzuändern, so wurde die Kommission beauftragt, die Verhandlungen bis zum 1. Mai zu erlebigen, widrigenfalls dieselben abgebrochen werden müßten. Die Berliner Dachbeder haben es satt, sich länger vertreiben zu lassen.

Der Verband der technischen Bühnenpersonals hielt am 10. April im Berliner Gewerkschaftshause seinen zweiten Verbandstag ab. Anwesend waren der Centralvorstand und 5 Delegierte (3 aus Berlin, 1 aus Köln a. Rh. und 1 aus Breslau). Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht über das verlossene Jahr. Im März 1902 gabte der Verband 4 Hauptstellen mit ca. 250 Mitgliedern, im März 1903 jedoch 6 Hauptstellen mit insgesamt ca. 370 Mitgliedern und zwar in folgenden Orten: Berlin, Köln a. Rh., Breslau, Freiburg, Bremen und Kachen. Der Kassierer gab einen ausführlichen Bericht der Centralkasse mit folgendem Resultat: Einnahme 623,84 M., Ausgabe 128,23 M. Bestand 495,61 M.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde folgender Antrag angenommen: Der Verband zahlt folgende Sterbeunterstützung: Bei einjähriger Mitgliedschaft 20 M., bei vierjähriger Mitgliedschaft 40 M., bei zehnjähriger Mitgliedschaft 60 M., beim Todesfall der Ehefrau eines Mitgliedes zahlt der Verband bei mindestens einjähriger Mitgliedschaft ein Sterbegeld von 20 M. Der Vorsitzende berichtete über die im vorigen Jahre dem Reichstags eingereichte Petition, welche die Einführung des gesetzlichen wöchentlichen Ruhetages des technischen Bühnenpersonals betraf, und teilte mit, daß dieselbe dem Reichskanzler zur Erwägung überwiefen sei. Der nächste Verbandstag soll Mitte Juli 1904 abgehalten werden.

Im Wahlkreise Teltow-Beeslow fand für die Dörfer Reichen-dorf, Angewald, Nauen usw. am Sonntag eine öffentliche Versammlung im Schloßkeller in Fürstentwale statt. Leider mußten unsere Parteigenossen die Gastfreundschaft des Nachbarkreises in Anspruch nehmen, da uns in diesen Orten Stille nicht zur Verfügung stand. Trotz des herrschenden Schneesturmes hatten sich weit über 200 Personen eingefunden. Das Referat über „Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen“ hatte der Abgeordnete des Kreises, Fritz Rubeil, übernommen. In zweistündiger Rede entledigte sich derselbe seiner Aufgabe. Stürmischer Beifall lohnte den Redner am Schluß. Trotzdem viele Gegner anwesend waren, meldete sich in der Diskussion niemand zum Wort. Nach einem kurzen kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden Sydow aus Reichen-dorf schloß die impotente Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie und den Wahlsieg derselben.

Die Mitglieder sämtlicher Krantenkassen von Reinickendorf hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, die einstimmig folgende Resolution annahm: Die Versammlung bittet einen hohen Reichstag, den Zusätzen zu den §§ 34, 35, 42 des Krantenkassen-Gesetzes seine Zustimmung zu verweigern, da dieselben geeignet sind, die Selbstverwaltung der Kassen in Frage zu stellen.

Wiesdorf. Der hiesige Wahlverein hielt am 16. d. M. im Lokal des Herrn Fehner eine gut besuchte Mitgliedserversammlung ab, in welcher Georg Bernhardt einen Vortrag über: „Versammlungsrecht und Reichstagswahl“ hielt. Nach dem Vortrage gab Löwenthal den Kassenbericht für das zweite Quartal, welcher mit einer Einnahme und Ausgabe von 335,45 M. abschließt. Der Mitgliedsbestand hob sich in derselben Zeit von 175 auf 193. Veranlaßt durch die vorzeitige Auflösung der vorigen Versammlung war ein provisorisches Kaiserer-Komitee, bestehend aus Driest, Kempel, Kofin, Lawin und Löwenthal, ernannt worden, welches von der Versammlung bestätigt wurde. Die Kaiserer findet bei Böllstein, die Vormittagsversammlung bei Lau statt. — Nachdem Starck zum Hilfskassierer gewählt und mehrere interne Angelegenheiten erledigt waren, konnte die Versammlung diesmal ohne polizeiliches Eingreifen ordnungsgemäß durch den Vorsitzenden geschlossen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Handelsvertrags-Verhandlungen.

Frankfurt a. M., 22. April. (B. G.) Von vertrauenswürdigster Seite wird der „Frankf. Zig.“ mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit Rußland über die neuen Handelsverträge schon ziemlich weit gediehen seien. Ein Staatsrat, Vertreter der russischen Regierung, weile seit etwa einer Woche in Berlin und arbeite dort mit den deutschen Regierungsvertretern. Man glaube, daß der Handelsvertrag mit Rußland in vier Wochen fertig sei, auch die Verhandlungen mit Oesterreich und der Schweiz seien bereits ziemlich weit gediehen.

Neu-Ordnung des chinesischen Finanzwesens.

Peking, 22. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine soeben herausgelommene Verordnung befiehlt dem Prinzen Tsiang, die Neuordnung des chinesischen Finanzwesens durch Aufstellung einer einheitlichen Währung für das ganze Land einzuleiten. In Peking soll eine Münze eingerichtet werden, um den Provinzen einheitliches Geld zu liefern. Die Maßregel ist japanischem Einfluß zuzuschreiben.

Zum Marceller Dakerstreik.

Marseille, 22. April. (B. G.) Die ausständigen Dockarbeiter haben an die Meeder ein Schreiben gerichtet, worin eine neue Zusammenkunft zwischen dem Streikkomitee und den Meedern zwecks Herbeiführung eines Kompromisses verlangt wird. Die Antwort der Meeder steht noch aus; sollte sie ablehnend lauten, so dürfte der Ausstand eine ernstere Gestalt annehmen.

Köln, 22. April. (B. G.) Amtliche Meldung. Sämtliche diesseitigen Bezirke sind beilegt.

Wien, 22. April. (B. G.) Der Zollausfluß nahm nach längerer Störung die Tarifpropositionen für Baumwollwaren und Baumwollwaren unverändert an.

Leipzig, 22. April. (B. G.) Bei der Feuerbrunst in Langznu (Bezirk Radworno) sind 450 Häuser niedergebrannt; eine Frau ist in den Flammen umgelommen.

Kronstadt, 21. April. (B. G.) Hier hat eine bedeutende Schlägerei zwischen Matrosen und Soldaten stattgefunden. Truppen stellten die Ordnung wieder her.

Reichstag.

298. Sitzung, Mittwoch, den 22. April 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Zunächst wird eine Anzahl von Rechnungssachen debattiert.

Bei der ersten Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebietes für 1900 weist

Abg. Dasbach (C.) gegenüber früheren Äußerungen des Abg. Dr. Gasse auf die Unrentabilität von Eisenbahnbauten in Deutsch-Ostafrika hin. Für die von der Regierung gewünschte ostafrikanische Centralbahn habe das Großkapital keineswegs das Risiko übernommen, da das Reich sich zu seiner Zinsgarantie verpflichtet wolle.

Abg. Dr. Gasse (nat.) hält es für zwecklos, bei diesem Gegenstand näher auf die Frage der ostafrikanischen Centralbahn einzugehen. (Sehr richtig!)

Damit schließt die Beratung. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Phosphorzündwaren.

Die Kommission beantragt Genehmigung des Entwurfs in der Fassung der Regierungsvorlage, sowie Annahme folgender Resolution: Den Reichstagsrat zu ersuchen, auf die Landesregierungen einzutreten, daß sie geeignete Maßregeln treffen, um in den durch das Verbot der Verwendung des weissen Phosphors zur Herstellung von Streichhölzern besonders betroffenen Gegenden, soweit nötig, anderweitige geeignete Arbeitsgelegenheit zu beschaffen.

§ 1 enthält das Verbot von weissen oder gelbem Phosphor zur Herstellung von Zündhölzern und andren Zündwaren.

Abg. Schaeffgen (C.):

Obwohl ich mich für das Wohl aller Arbeiter in meinen Betrieben warm interessiere, kann ich doch für dies Gesetz keine Sympathie empfinden. Der nationale Wohlstand wird dadurch schwer geschädigt und viele Arbeiter werden brotlos gemacht. Man hat hier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die Phosphor-Versehrung wird sicher verschwinden, wenn man die schon jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen von 1884 und 1893 zu ihrer Verwirklichung wirklich durchführt. Diese Krankheit kommt nur da vor, wo man in unberathener Weise die Vorkehrungsmaßregeln zum Schutze der Arbeiter außer acht läßt und wo die Regierung es an der nötigen Kontrolle fehlen läßt. Wo die Bestimmungen strikte inne gehalten wurden, sind keine Erkrankungen vorgekommen. Das hat auch Dr. Wörtschhofer, der gewiß ein Freund der Arbeiter war, in seinen Berichten bestätigt. Die meisten Erkrankungen kommen in Thüringen vor und es ist wohl anzunehmen, daß bei der Hausindustrie nicht die nötige Beachtung geübt wird. Aber ich frage die Regierung: soll wegen der Nachlässigkeit dieser Betriebe eine große Reihe von Fabriken geschlossen werden, welche den gesetzlichen Bestimmungen genügen? Die Schwieningische Masse ist in Frankreich nach sechsmonatlicher Prüfung zurückgewiesen worden. Daraus geht schon hervor, daß diese Masse, deren Herstellungsmethode das Reich für sich anlaufen will, keineswegs allen Anforderungen entspricht. Bei einer Explosion der Schwieningischen Masse ist ein Arbeiter total in Stücke zerrissen worden. (Große Unruhe.) Die Explosionsgefahr bei dieser Masse ist außerordentlich groß. Dafür werden sich doch wohl die Arbeiter bedanken! Die Kommission kann sich unmöglich einen richtigen Einblick in die Art der Fabrikation der Schwieningischen Masse verschaffen haben. Die Schwieningischen Hölzer explodieren bei jedem Stöße und jeder Reibung. Wie soll man sie auf der Eisenbahn transportieren? Ich finde das jegliche Vorgehen gegen die Fabrikation des weissen Phosphors überhaupt sehr eigenartig; sind nicht die Ggiff- und Kleinfabrikanten viel gefährlicher für die Gesundheit der Arbeiter? Will man auch die Wärsenfabrikation wegen der Milchsäuregefahr verbieten? Nach Aufhebung der Phosphorfabrikation wird man, da die Schwieningische Masse nichts taugt, wohl oder übel zur Fabrikation von Schwedenhölzern übergehen müssen. Die Phosphorhölzer sind aber mindestens ein Drittel billiger als die schwedischen Hölzer. Letztere mögen gut sein, wenn man sich im Zimmer eine feine Havana-Cigarre anzünden will, aber im Freien sind sie gar nicht zu gebrauchen. Ich möchte doch das hohe Haus bitten, unserer Industrie nicht zu sehr in den Weg zu treten. Hier ist es Zeit, endlich zu sagen: Deutscher Michel, mach auf! Womit sollen die vielen Arbeiter, die besonders in der Kleinindustrie tätig sind, und womit sollen die Hausindustriellen beschäftigt werden? Die Entschädigungsfrage darf von dem hohen Hause nicht außer acht gelassen werden.

Präsident Graf Ballestrin verliest einen inzwischen eingegangenen Antrag Pöhlers (C.) und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen, unter Ausdehnung der Weiterberatung des vorliegenden Gesetzentwurfes den Reichstagsrat zu ersuchen, Erwägungen darüber zu veranstalten, in wie vielen Fällen Erkrankungen an Phosphor-Netrose festgestellt worden sind, auf welche Orte sich diese Krankheiten verteilen usw.

Abg. Singer (Soc., zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Herrn Präsidenten, bevor dieser Antrag beraten wird, ihn dem Hause gedruckt vorlegen zu lassen. Es war bei der einmaligen Verlesung des Antrages nicht möglich, seinen Inhalt im ganzen zu verstehen. Wenn der Herr Präsident einverstanden ist, könnten die Beratungen ja bis zur Drucklegung fortgeführt werden, sonst würde ich beantragen, die Sitzung so lange zu vertagen.

Präsident Graf Ballestrin: Ich glaube, daß die Ansicht des Herrn Vordruckers berechtigt ist. Der Antrag ist in der That so umfangreich und enthält so verschiedene Bestimmungen, daß eine einmalige Verlesung wohl nicht genügt. Ich glaube auch, wir können vorberhand in der Beratung des Entwurfes fortfahren.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich glaube, nach den Verhandlungen in der Kommission ist sich das ganze Haus darin einig, daß es sich hier um eine der gefährlichsten Industrien handelt, die so unendliches Leid über die beteiligten Arbeiter bringt, daß man eine Verzeigerung dieses Gesetzes nicht in Aussicht nehmen sollte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich hätte dringend gewünscht, daß dieser Gesetzentwurf schon früher zu stande gekommen wäre. Ich habe bereits ausgeführt und mich dabei auf Autoritäten gestützt, daß statistisch sich die Fälle der Erkrankungen an Phosphor-Netrose gar nicht feststellen lassen, weil eine Masse von Arbeitern, die unter den schädlichen Wirkungen dieser Krankheit leiden, ihren bisherigen Beruf verlassen und dann, wenn sie in andre Berufe eingetreten sind, noch nach 3, 4 Jahren manchmal von den schweren Knochenkrankheiten heimgesucht werden. Ich habe hier zwei Briefe von Ärzten, die in ergreifender Weise die Wirkung dieses Zerkleinerungs zweiges darstellen. Es leiden nicht nur die Arbeiter darunter, die in solchen Betrieben beschäftigt sind, sondern auch Personen, die niemals im Betriebe gewesen sind, weil die Phosphor-Netrose die Eigenschaft hat, daß sie degenerierend auf das ganze Geschlecht wirkt. Es ist nachgewiesen, daß Kinder von Arbeitern oder Frauen, die in solchen Fabriken beschäftigt waren, so kranke Knochen haben, daß Knochenbrüche eintreten, ohne daß die Betroffenen einen Schmerz empfinden und ohne jede Verletzung, weil eine vollkommene Entartung des ganzen Knochen Systems eintritt. Daß die Frage gar nicht mehr diskutiert werden kann, daß der Phosphor wirklich ein außerordent-

lich gefährlicher Stoff ist für alle, die mit ihm in Berührung kommen, geht daraus hervor, daß in den meisten Staaten die Fabrikation von Zündwaren mit Phosphor vollkommen verboten ist. — Die Behauptungen, die hier aufgestellt sind über die Explosionsfähigkeit des neuen Stoffes beim Transport, bestreite ich auf das allerentschiedenste. Wir haben die Frage auf das allergründlichste von technischen Sachverständigen prüfen lassen, auch die Kommission hat sich an Ort und Stelle überzeugt, daß eine Explosionsgefahr nicht vorhanden ist. Freilich Explosionsgefahr liegt bei Feuerwerkskörpern immer in gewissem Maße vor und wenn man absolut unvorsichtig ist, kann man sogar abends in seinem eignen Bette verbrennen.

Was die Entschädigungsfrage betrifft, so stehen wir auf dem Standpunkt, es hat niemand ein Recht, zum schwersten Schaden seiner Nebenmenschen ein gewinnbringendes Gewerbe zu betreiben, wenn der Gegenstand der Fabrikation nicht ein absolutes Bedürfnis für das menschliche Leben ist, zumal wenn der Gegenstand in einem unschädlichen Verfahren hergestellt werden kann. Wir haben den verschiedensten Industrien die schwersten Opfer im Wege der Unfallversicherung und von Vorschriften über die Fabrikationsbeurteilung auferlegt, — ich erinnere an die Zinkbütten-Verordnung — ohne daß von einer Seite die Forderung auf Entschädigung gestellt worden wäre. Wenn Sie jeden entschädigen wollen, der durch socialpolitische Verordnungen für Leben und Gesundheit seiner Arbeiter befaßt wird, dann müssen Sie sich darüber klar sein, daß Sie unter solchen Umständen Ihre socialpolitische Thätigkeit überhaupt einstellen müßten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich erkläre positiv, daß der Entwurf die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht erhält, wenn man das Gesetz mit Entschädigungsforderungen verknüpft. Wollten Sie das, dann dürften Sie auch nicht das Kinderschutzes-Gesetz, die Gastwirts-Verordnung, die Seemanns-Ordnung verabschieden, ohne die beteiligten Kreise zu entschädigen. Wir verbieten nicht die Zündholzfabrikation, sondern wir stellen den Fabrikanten ein Patent zur Verfügung, und es wird nichts notwendig sein, als mit ganz unerheblichen Veränderungen das neue Verfahren anzuwenden. — Eine Phosphorzündholz-Fabrik war die erste Fabrik, die ich als Knabe gesehen habe und ich habe einen unauslöschlichen Eindruck nach Hause getragen, den ich nie wieder los geworden bin, diese elenden Menschen vor mir zu sehen mit den schrecklich verunstalteten Unterkiefen. Nach den langen und eingehenden Untersuchungen noch bestreiten, daß Phosphordämpfe die schädlichen Wirkungen hervorbringen, über die alle Gelehrten sich einig sind, das heißt die Sonne am hellen Tage leugnen! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Pöbler (C.) bittet einstweilen die Diskussion fortzusetzen, aber seinen Antrag vor der Abstimmung über § 1 zur Abstimmung zu bringen.

Abg. Wurm (Soc.):

Die sonderbare Arbeiterfreundlichkeit des Centrums offenbart sich wieder einmal sehr charakteristisch in der Art, wie man durch einen Verschleppungsantrag dies so dringend notwendige Gesetz in letzter Stunde zu Fall bringen will. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das Centrum hat ja seiner Zeit auch die Hinausschleppung der Zinkbüttenverordnung beantragt und durchgeführt. Die Herren vom Centrum reden immer so viel von ihrer Arbeiterfreundlichkeit; sobald sie einmal Gelegenheit haben, die Probe auf das Exempel abzulegen, kommen sie mit hundertlei Bedenken und maskieren sich auch noch als Arbeiterfreunde mit der Behauptung, daß ihre Bedenken im Interesse der Arbeiter liegen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Gegenüber den Bedenken des Abg. Dr. Pöblers verweise ich nur auf die Schrift des Regierungsrats Dr. Pöbler, der darauf hinweist, daß für die Statistik über die Phosphor-Netrose neben den Gutachten der jeweilig beauftragten Ärzte auch die der Fabrikärzte notwendig sind, und daß anherben die Gutachten der Fabrikärzte nur eine bedingte Nichtigkeit beanspruchen können, weil letztere vielfach von den Fabrikanten abhängig sind. Ich freue mich, daß ein Regierungsbeamter hier den Mut gehabt hat, das anzupreisen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß gerade die Feststellung der ersten Symptome der Netrose erfordert, die spezielle Fachkenntnis besitzen. Die Erkrankung an der Netrose ist untrennbar mit der Verwendung des weissen Phosphors verbunden. Herr Schaeffgen hat den Passus der Regierungsmotive über die Ausbreitung der Netrose nur unvollständig citiert. Es steht fest, daß in Wirklichkeit weit mehr Erkrankungen an Netrose vorkommen, als im einzelnen statistisch nachgewiesen werden können. Die Netrose beschränkt sich nicht auf die Knochenfraktur-Erkrankungen im Gesicht und die Zerkleinerung des Unterkiefers, sondern es kommen Erkrankungen des Gesamtorganismus, des gesamten Knochen Systems in Frage, durch die dann wieder leicht Knochenbrüche herbeigeführt werden können. Die Nachkommen von mit Phosphor-Netrose befallenen Arbeitern sind durch die Disposition zu Knochenbrüchen erblich befallen. Ein besonderer Vorwurf ist der Meinungigen Regierung zu machen, die seit Jahren geduldet hat, daß die Schutzbestimmungen gegenüber der Phosphor-Netrose seitens der Hausindustriellen fortwährend übertreten werden. Aber selbst die besten Schutzvorrichtungen können die Erkrankungsgefahr in keiner Weise abwenden. Schon der bloße Aufenthalt in den Räumlichkeiten, in denen weisser Phosphor hergestellt wird, ist gefährlich, weil der Phosphor verdunstet und der Dampf an und für sich giftig ist. Es gehört zur Erkrankung an der Phosphor-Netrose natürlich, wie bei jeder Krankheit, eine körperliche Disposition. Die Frage ist aber nicht so zu stellen, ob die Krankheit in jedem Fall eintreten muß, sondern ob sie eintreten kann. Zudem sind die Arbeiter fast immer infolge ihrer unglücklichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse von vornherein für eine solche Krankheit prädisponiert. Besondere Defekte der Zähne brauchen gar nicht vorhanden zu sein; auch Leute mit ganz gesunden Zähnen können an der Phosphor-Netrose erkranken. Wie können angesichts solcher Thatfachen die Herren vom Centrum es vor ihrem Gewissen verantworten, daß diese Gefahr für die Arbeiter auch nur noch eine Stunde länger besteht? Daß die Fabrikanten und Parabebeiter vorsähen, die 20 oder 25 Jahre in der Phosphorfabrikation beschäftigt und trotzdem nicht erkrankt sind, ist selbstverständlich, daß aber die Herren vom Centrum jetzt ebenfalls als Vertreter des Unternehmertums auftreten, um dies socialpolitische Gesetz im letzten Augenblick zu Fall zu bringen, das wird man sich im Lande drauhen merken und wird es den übrigen Ruhmeskinder des Centrums hinjurufen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Meine Forderung hat schon lange, bevor die Regierung daran dachte, bereits vor vier Jahren, den Antrag gestellt, die Weisphosphorfabrikation zu verbieten.

Eine weitere Frage ist die, ob die Schwieningische Masse einen richtigen Ersatz für den weissen Phosphor darstellt. Sie stellt, technisch betrachtet, zwar keinen vollen Ersatz für den Weisphosphor dar, da sie sich nicht bei so niedriger Temperatur wie dieser entzündet. Dafür aber ist sie untauglich. Der rote Phosphor, der bei der Schwieningischen Masse mit verwendet wird, hat eine weit höhere Entzündungstemperatur als der weisse. Daher läßt er sich durch das Streichen an weissen Kleidern nicht entzünden; aber die ernten Leute tragen harte Gewebe, an denen auch Schwieningische Zündhölzer sich entzünden. Ich halte den Verlust an Rationalität, der durch die größere Kraftanwendung beim Anzünden der Streichhölzer entsteht (Wetterzeit), für nicht so groß, daß man deswegen auch nur einen einzigen Arbeiter der suchbaren Gefahr der

Netrose noch länger aussetzen dürfte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die heutigen Weisphosphorhölzer sind auch nicht etwa nur deswegen bei der Landbevölkerung so beliebt, weil man sie an der Hand anzünden kann, sondern weil sie Schwefelhölzer sind und im Freien nicht so leicht ausgeblasen werden können. Auch die Schwieningischen Hölzer entzünden sich an jeder harten Fläche, an Pappecken, an der Schuhsohle usw. Sie stellen somit einen durchaus brauchbaren Ersatz für die Weisphosphorhölzer dar. Die Schwieningische Masse ist gerade noch leicht genug entzündlich, daß man das in Deutschland wachsende Tan- u- und Fichtenholz dazu verwenden kann. Für Schwedenhölzer aber müßte man das in Deutschland fast gar nicht vorkommende Aspenholz nehmen. Die sogenannte Fabrik von Schwiening, die ich mir mit angesehen habe, ist etwas ganz ungeheuer Primitives, sie ist in technischer Beziehung geradezu lächerlich einfach eingerichtet. Die neue Methode ist fast noch einfacher als die alte. Sie ist auch keineswegs gefährlich; es handelt sich um das Durcheinanderreiben feuchter, nicht explosibler Massen. In trockenem Zustande wäre allerdings die Verbindung von rotem Phosphor und chloräurem Kali explosiv, aber diese Massen werden eben in genügendem Maße angefeuchtet und verdünnt. Wir haben selbst die Masse angezündet, da sind nur die abgetrockneten Ränder verbrannt, ohne zu explodieren. Auch als wir mit einer Eisenstange einen Schlag gegen die Masse führten, ist keine Explosion eingetreten. Es ist also thatsächlich keine Explosionsgefahr mit dem neuen Verfahren verbunden.

Welche Gründe haben nun diejenigen, die eine Entschädigung für die Fabrikanten verlangen? Man könnte glauben, daß ihnen viel an der Fortdauer der Fabrikation der Weisphosphorhölzer gelegen wäre. Weit gefehlt: den Herren ist es nur um die Entschädigung zu thun, sie wissen ganz genau, daß die Tage der Weisphosphor-Fabrikation gezählt sind, weil eine großkapitalistisch geleitete amerikanische Firma, die auf deutschem Boden eine in technischer Beziehung unerreichte Fabrik errichtet hat, im Begriffe steht, die gesamten kleineren deutschen Fabriken niederzukulturieren. Dretreten nun die deutschen Fabrikanten an die Regierung heran und sagen: „Schien! und was! Sieb und eine Entschädigung!“ Die Bewährung einer Entschädigung wäre ein Schlag ins Gesicht unserer ganzen socialen Gesetzgebung und wieder einmal ein schöner Beweis für die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Centrums! Das Verlangen einer Entschädigung ist diktiert von jenem Geiste, dem auch die Gewerbe-Ordnung nichts als ein Ausnahmengesetz gegen die Unternehmung war. Das Unternehmertum, das sich von Gottes Gnade dünkt, betrachtet es als ein Ausnahmengesetz, wenn ihm von Gesetzes wegen seine Ausbeutungsgelüste auch nur im geringsten beschränkt werden. Auch die Herren Meinungigen, die ja einen Antrag auf Entschädigung direkt gestellt haben, werden sich wohl klar darüber sein, daß dies bedeutet, die Gewerbe-Ordnung perhorrescieren und die ganze sociale Gesetzgebung zu einem Tauschobjekt machen. Wenn es heißt, daß auch die Arbeiter mit entschädigt werden sollen, so würde es hier wohl gehen wie beim Saccarinderbotes, wo manche Arbeitgeber die Anzahlung der Entschädigung verweigert haben mit der Begründung, daß sie die betreffenden Arbeiter gar nicht wegen des Saccarinderbotes, sondern schon vorher aus andren Gründen entlassen hätten. Wenn etwas zum Schutze der durch diese Gesetze Betroffenen zu geschehen hat, so kann es sich nur um die Bewilligung in Reustadt am Rhein handeln, die durch die Nachlässigkeit der Meinungigen Regierung jahrelang eine ungelegliche Fabrikationsmethode betreiben durfte. Diese Leute müssen jetzt infolge der falschen Politik der Meinungigen Regierung durch das Verbot von weissen Phosphorhölzern bankrott werden. Ich habe schon in der Kommission wiederholt mein Bedauern darüber ausgesprochen, aber der Herr Vertreter der Meinungigen Regierung hatte nicht die Zeit, genügende Auskunft darüber zu geben. Man muß diesen Leuten entweder auf dem Genossenschaftsweg oder durch Beschaffung anderweitiger Arbeitsgelegenheit helfen. Herr Schaeffgen hat uns von einem Arbeiter erzählt, der durch die Explosion der Schwieningischen Masse getötet worden sei. (Abg. Schaeffgen ruft: einer Ähnlichen Masse!) Dahinter sprachen Sie von der Schwieningischen Masse und erst jetzt provoziere ich Sie zu dieser Mobilisierung Ihrer Keuzerung! Eine ähnliche Masse kann die hundertfache Explosionsgefahr haben. Sie sollten doch nur beweisbare Thatfachen ansprechen. Die Schwieningische Masse kann jeder auf ungefährliche Weise herstellen, wenn er nicht etwa so thöricht ist, den roten Phosphor und das schwefelsaure Kali auf den glühenden Ofen zu stellen.

Die neue Methode ermöglicht die Herstellung einer Zündmasse, die allen Anforderungen entspricht, welche man vom Standpunkt des Arbeiterschutzes erheben muß. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes darf aber nicht bis 1908 gewartet werden. Das Gesetz muß, wie wir beantragen, sofort in Kraft treten, damit die Arbeiter nicht länger der Gefahr der Phosphor-Netrose ausgesetzt sind. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, den Antrag Pöblers abzulehnen, der das Gesetz hinausschleppen will und damit die Interessen der Arbeiter auf das größtmögliche verlegt. Es wäre ein Skandal, wenn dieser Antrag angenommen würde. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Meinungiger Bundesbevollmächtigter Schaller sucht seine Regierung gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie bei der Durchführung der Vorschriften zur Verhütung der Phosphor-Netrose von 1884 und 1893 lässig verfahren sei. Die Fürsorge der Meinungigen Regierung für die Bevölkerung hat den Hauptstoß zu dem vorliegenden Gesetz gegeben.

Abg. Pöbler (C.):

Grade die Verbe, mit der der Staatssekretär seine Anschauungen verfochten hat, hat mich nur in der Ueberzeugung befestigt, daß die von mir verlangten Erhebungen durchaus notwendig sind, um ein klares Bild über die thatsächlichen Verhältnisse zu bekommen. Grade die Fälle, die der Staatssekretär vorgebracht hat, können sich nur in der Hausindustrie von Reustadt am Rhein festsetzen haben. Die Meinungige Regierung hätte die Fürsorge für die Bevölkerung durch Unterdrückung dieser Hausindustrie betätigen sollen. Es kommen nicht viel Fälle von Phosphor-Netrose im Jahre vor, 6—8 in ganz Deutschland. Wie schwer die Krankheitsfälle sind, wissen wir nicht. Diese Kenntnis ist aber notwendig, wenn man zum Verbot einer Industrie schreiten soll, die so viele Arbeiter beschäftigt. Es giebt Fälle von Phosphor-Netrose, die durch eine leichte Operation zu heilen sind. (Widerpruch des Abg. Reichhaus) Es giebt auch Ärzte, die anders urteilen, als die von dem Herrn Staatssekretär angeführten. Wir verlangen also Erhebungen über folgende Punkte:

- 1. Wie viele leichte und schwere Fälle von Erkrankungen an Phosphor-Netrose in Deutschland in den Jahren 1885 bis 1902 festgestellt worden sind, auf welche Orte sich diese Krankheitsfälle verteilen und welche amtlichen Wahrnehmungen über die Einhaltung der geltenden Schutzvorschriften in den Fabriken der betreffenden Orte gemacht worden sind?
2. Wie viele Fälle von leichten und schweren Verletzungen bei Fabrikation von sogenannten giftfreien Zündhölzern in dieser Zeit sich ergeben haben?
3. In welchem Umfange ein Export von giftfreien Zündhölzern aus Deutschland nach der Schweiz und nach Holland stattgefunden hat?
4. Inwiefern im Falle der Einführung des Gesetzes Entschädigungen gerechtfertigt erscheinen:
a) an Fabrikanten, bei welchen die für Durchführung der Schutzbestimmungen von 1884 gemachten Aufwendungen im Verhältnis stehen zu dem inzwischen erzielten Geschäftsgewinn?
b) an Gewerbetreibende, welche Holzdrat und Holzschäften für Phosphor-Zündholzfabriken herstellen, wenn anzunehmen ist, daß sie außer Stande sein werden, ihren Betrieb fortzusetzen?

o) an Angestellte und Arbeiter der durch dieses Gesetz betroffenen Betriebe, wenn sie infolge der Einführung desselben in ihrem Fortkommen geschädigt werden?

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Geheimrat Dr. Sprenger:

Die Phosphorkrankheit selbst ist erst das schreckliche Ende einer Reihe von Krankheiten, die als Wirkungen der Phosphorvergiftung vom Arzte nicht erkannt werden können. Man sollte doch aber dem vorbeugen, daß es in solchen Fällen zum äußersten überhaupt kommen kann. Uns sind Fälle bekannt, wo Arbeiter erst 19 Jahre, nachdem sie die Fabrik verlassen hatten, von der Phosphorkrankheit befallen wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bedner polemisiert des Weiteren gegen den Abg. Dr. Pichler, seine Ausführungen bleiben aber auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Kramer (Soz.):

In einer Versammlung in Darmstadt erklärten sich die Arbeiter solcher Rindholzfabriken durchaus mit der Vorlage einverstanden. Sie meinen, der Entschädigungsfrage ständen sie sehr kühl gegenüber, sie würden schon anderweitig Arbeitsgelegenheit finden. Eine Entschädigung gehörte vor allem den unglücklichen Opfern, den von der Krankheit verfallenen Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Unternehmer hat in Darmstadt die Lizenz erhalten, daß er seine hauseigene Fabrik nicht nach den Bestimmungen der Verordnung von 1884 umzubauen braucht. In derselben Fabrik werden Wochenlöhne von 14 Mark für diese gefährliche Arbeit gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unter diesen Umständen braucht man auf die Fabrikanten wirklich keine besondere Rücksicht zu nehmen. Das Gesetz sollte so schnell wie möglich in Kraft treten, man sollte nicht abwarten, daß die schreckliche Krankheit bis 1908 noch viele neue Opfer fordert! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pauli-Oberbarnim (Sp.): Wir stimmen dem Verbot der Weisphosphor-Fabrikation zu. Wir verbieten ja damit nicht die Fabrikation von Phosphorhölzern überhaupt, sondern nur die Verwendung giftigen Phosphors. Die Gewährung einer Entschädigung an die Fabrikanten halten wir nicht für gerechtfertigt.

Abg. Dr. Certeil (L.):

Die Kommission hat die Vorlage und das neue Schwieningsche Verfahren überaus sorgfältig geprüft. Wir haben so viele Streichhölzer angezündet, daß die Dämpfe aus dem Fenster des Kommissionszimmers nach dem Tiergarten hinausgezogen sind. (Heiterkeit.) Wir haben uns in Kasel von der Ungefährlichkeit des neuen Verfahrens überzeugt. Als ich den Gegenentwurf las, war ich sein Gegner, ich hielt zum mindesten eine Entschädigung der Fabrikanten für unbedingt nötig. Durch die Kommissionsberatungen bin ich aus einem Satzung zu einem Paulus geworden. (Heiterkeit.) Der Staat hat die Pflicht, die Gefahren der Phosphorkrankheit von den Arbeitern abzuwenden. Die etwas schwerere Entzündbarkeit der neuen Phosphorhölzer ist in mancher Beziehung gar nicht unerwünscht. Die jetzigen Weisphosphor-Fabrikanten werden durch die Einführung des neuen Verfahrens kaum geschädigt. Es ist unmöglich, eine Entschädigung zu gewähren. Die Konsequenzen würden unabsehbar sein. Die Zinskünten sind auch nicht entschädigt worden. Ich bitte, den Antrag Pichler als unaufrichtig abzulehnen und dem Kommissionsbeschlusse zuzustimmen. Es handelt sich hier um die Erfüllung einer sittlichen Pflicht (Heiterkeit), die in diesem Falle vielleicht noch größer und bedenklicher ist als in andern Fällen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Die Gegner der Vorlage stellen es so dar, als ob wir nicht genügendes Material für die Vorlegung dieses Gesetzesentwurfs gehabt hätten. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben aber schon seit Jahren in einer großen Anzahl von Berichten auf das dringendste bestritten, die Weisphosphor-Fabrikation so bald wie möglich zu verbieten. Die Statistik über die Krebs-Erkrankungen würde noch viel größere Rissen aufweisen, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die, nachdem sie gemerkt haben, daß sie von der Krebs-Erkrankung sind, eine andere Arbeitsstätte aufsuchen, mit zu den statistischen Erhebungen herangezogen werden könnten.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Meine Freunde werden, wie in der Kommission, so auch heute für den § 1 stimmen. Ich unterschreibe aber nicht die ganze Darstellung des Abg. Wurm über die Krebs-Krankheit. Die Fabriken in meinem Wahlkreis Bennedeckenheim am Harz beweisen, daß die Verwendung weissen Phosphors nicht notwendig zur Erkrankung an Krebs führen muß. Nach meiner Meinung muß ein Verbot des weissen Phosphors auch mit einer Entschädigung der Fabrikanten und Arbeiter verbunden sein. Das neue Verfahren wird zur Folge haben, daß der Betrieb nicht mehr rentabel ist. Auch Herr Wurm hat zugegeben, daß das neue Verfahren keinen genügenden Erfolg für das alte bietet. (Widerspruch des Abgeordneten Wurm.) Aus diesem Grunde haben wir schon in der Kommission den Antrag auf Entschädigung gestellt und nehmen ihn hier wieder auf. Billigkeitsgründe sprechen um so mehr für diese Entschädigung, als die Fabrikanten auf Grund der Verordnung von 1884 erhebliche Aufwendungen gemacht haben.

Abg. Wähner (natl.):

Die Kommission hat festgestellt, daß das Schwieningsche Verfahren absolut keine Explosionsgefahr bietet. Es ist auch ein großer Vorteil, daß diese Hölzer etwas schwerer entzündbar sind, beim Spielen der Kinder mit Streichhölzern werden auf diese Weise weniger Unglücksfälle vorkommen. Hätte Herr Dr. Pichler selbst in Kasel die furchtbare Verfallung der Arbeiter gesehen, wie die Kommission, so bin ich überzeugt, er hätte von seinem Widerspruch abgesehen. Ich bitte Sie dringend, dem Gesetz in der Kommissionsfassung zuzustimmen.

Abg. Teimbom (C.):

Schon in der Kommission haben die Vertreter des Centrums geteilt gestimmt, und auch im Plenum wird ein Teil meiner Freunde mit mir für das Gesetz in der Kommissionsfassung und gegen den Antrag auf Entschädigung der Fabrikanten stimmen. Wir halten die Frage durchaus für spruchreif. Das Ersatzmittel bedingt keine wesentliche Änderung des Betriebes, die keinen Mangel, die es haben mag, können nicht in Betracht kommen, wenn es sich um die Vermeidung einer so abschreckenden Fabrikationsmethode handelt. Bereits vor 16 Jahren haben in der Zolltarif-Kommission, als es sich um die Zölle auf Schwedenhölzer handelte, alle Parteien die Regierung ersucht, mit den Phosphorhölzern aufzuräumen. Diese Erumerung glaube ich sollte uns genügen, um den Antrag Pichler auf Entschädigung noch weiterer Erhebungen resolut abzulehnen. (Bravo!)

Abg. Schrader (fr. Sp.): erklärt sich ebenfalls im Namen seiner Freunde mit der Vorlage in der Kommissionsfassung einverstanden und spricht sich gegen die Gewährung einer Entschädigung aus.

Abg. Reichhans (Soz.):

Bei der Annahme des Gesetzes schwer verständlich: Die Kommission ist bereits nach eingehenden Beratungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Entschädigung an die Fabrikanten nicht statthaft ist. Wohin sollten wir kommen, wenn wir für die bloße Durchführung einer hygienisch gebotenen Maßnahme eine Entschädigung seitens des Reiches gewähren wollten? Für die Hausindustriellen in Neustadt am Rennsteig muß anderweitige Arbeitsgelegenheit geschaffen werden einerseits durch Förderung der Porzellan-, Glas-, Industrie usw., andererseits aber auch durch Ausbau des Eisenbahnnetzes im Meininger Lande, denn dieselben Verhältnisse wie in Neustadt sind auch in andern Bezirken des Meininger Oberlandes vorhanden. Ich will die meinige Regierung nicht verteidigen, aber vielfach hat auch zu dem Weiterbestehen der verbotenen Fabrikationsmethode beigetragen die Art, wie die Heimarbeiter die Aufsichtsbeamten zu täuschen gewußt haben. Das Interessanteste an den heutigen Verhandlungen war das arbeiterfeindliche Verhalten eines Teils der Centrumpartei. Der Antrag Pichler ist ein wahrer Obstruktionsantrag. (Große Unruhe im Centrum.) Ganz unmögliche Erhebungen werden darin verlangt. Beim Zolltarif aber, wo wirklich Erhebungen im Interesse des Volkswohles notwendig

waren, hat das Centrum sich auf das rücksichtsloseste über diese Notwendigkeit hinweggesetzt. Lüften Sie (zum Centrum) Ihre Nase nur immer in dieser Weise! Ich erlaube das Haus, die Anträge Dr. Pichler und Wiemer abzulehnen, dagegen meinen Antrag zu § 3 zuzustimmen, wonach das Gesetz statt am 1. Januar 1907 resp. 1908 bereits am 1. Januar 1904 resp. 1905 in Kraft treten soll. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gaußmann-Balingen (südd. Sp.): erklärt sich für den Antrag Dr. Wiemer.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Dr. Pichler (L.): Aussetzung der Verhandlungen und Veranlassung von Erhebungen, wird gegen einen großen Teil des Centrums abgelehnt. § 1 wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso § 2.

Der Antrag Dr. Wiemer (fr. Sp.) auf Entschädigung der Fabrikanten und Arbeiter wird gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und einiger Nationalliberaler und Centrumsabgeordneter abgelehnt.

Zu § 3 ist inzwischen noch ein Antrag Dr. Pichler (L.) eingegangen, die Vorschriften des § 1 Absatz 2 (Verbot des Verkaufs von Weis-Phosphor-Rindwaren) statt am 1. Januar 1908 erst am 1. Januar 1911 in Kraft zu setzen. (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Antrag wird gegen etwa fünf Centrumsabgeordnete abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag zu § 3 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Schrader (fr. Sp.). § 3 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso mit großer Mehrheit die von der Kommission beantragte Resolution. Damit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Krankenlisten-Rovelle.) Schluß 6^{1/2} Uhr.

Verbandstag der Seeleute.

In der Sitzung am Dienstagmorgen wurde beschlossen, daß der „Seemann“ in dem bisherigen Format weiter herausgegeben werden, über alle Vorgänge in der Seejustiz im Jahrbuch berichtet, der Seemanns-Kalender dauernd herausgegeben und ein Leitfadens (nach dem Muster von Stadthagens „Arbeiterrecht“) über die Seemanns-Ordnung und die Seemanns-Gesetzgebung hergestellt werden soll. — Der Verbandsleitung wird einstimmig Decharge erteilt.

Hierauf werden die zu „Organisation und Agitation“ gestellten Anträge lebhaft diskutiert. Zur Annahme gelangen einige Anträge, welche die einheitliche Einführung von Legitimations- bezw. Kontrollkarten neben den Mitgliedsbüchern, soweit wie möglich die Einführung des Lohnsystems für den gesamten Verband, die Einteilung von Agitationsbezirken unter Aufsicht und Leitung der Centrale und die Einführung von Aufnahmebescheinigungen verlangen. Beschlüsse werden ferner, das Verhältnis zu der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften bestehen zu lassen und den 1905 stattfindenden Gewerkschaftskongress durch einen Vertreter zu bezeichnen.

Mittwochs-Sitzung.

Der Verbandsvorsitzende B. Müller besprach die Frage der Unterstützungs-Einrichtungen. Arbeitslosen- und Reiseunterstützung einzuführen verbiete auf absehbare Zeit die Eigenart des Berufes. Dasselbe gelte von der Krankenzuschulasse, die zwar prinzipiell zu billigen sei, weil leider trotz des Drängens der sozialdemokratischen Fraktion der Krankenversicherungszwang auf die seemannischen Arbeiter nicht ausgedehnt sei, letztere also beim Außerdiensttreten schutzlos sich selbst überlassen seien. Immerhin sei durch § 59 der neuen Seemanns-Ordnung auch eine Verbesserung namentlich für die geschlechtskranken Seeleute und durch den allerdings sehr dehnbaren § 69, Abs. 3 für die Familienangehörigen erkrankter Seeleute eingetreten. Auch ein Sterbegeld lasse sich nicht einführen. Hier wolle man durch Erweiterung der statutarischen Unterstützungsbesugnisse des Vorstandes (Verdoppelung des Höchstbetrages) in etwas Remedur schaffen. Dagegen empfehle er die Annahme des in Vorlage gebrachten Unterstützungs-Reglements für Effektensicherung.

Der Entwurf sieht vor: In Anspruch nehmen dürfen die Kasse nur eingeschriebene Mitglieder des Verbandes; die Kasse wird als Organ des Verbandes von diesem verwaltet; sie soll die teilweise Schadloshaltung der Mitglieder im Fall des ganzen oder teilweisen Verlustes der Effekten infolge von Schiffverlust, Kollision, Feuer oder elementaren Einwirkungen (Sturzseen) bezwecken. Der Beitritt ist ein freiwilliger. Der nachzuweisende Verlust wird erstet sowohl wenn er an Bord, als auch, wenn er beim Transport an bzw. von Bord erfolgt. Die Mitgliedschaft erlischt sich nicht auf bestimmte Reisen, sondern auf Zeit (1—3 bis zu 12 Monaten). Eine Verlängerung ist möglich. Im Falle solchen Verlustes werden gezahlt den Zimmermann 250 M., Bootsteuten, Patrosen, Leichtmatrosen, Jungen, Heizer, Trimmer, Köchen und Stenards 200 M. Bei teilweisem Verluste wird bis zu dieser Höhe der wirkliche Wert des Verlorenen erstet. An Beitrag zahlen die Zimmerleute bis zu 3 Monaten 250 M., bis zu 6 Monaten 375 M., bis zu 9 Monaten 5 M., bis zu 12 Monaten 625 M., die übrigen bis zu 3 Monaten 2 M., bis zu 6 Monaten 3 M., bis zu 9 Monaten 4 M., bis zu 12 Monaten 5 M. Innerhalb fünf Tagen muß über die Vererdigung des möglichst schnell zu stellenden Entschädigungs-Antrages entschieden werden. Verliert das Mitglied das Leben, so fällt die Unterstützung an die nach dem See-Unfallversicherungs-Gesetz rentenberechtigten Angehörigen. Beschwerden erlischt der Vorstand, in zweiter Instanz der Aufsicht. Ein geschicktes oder kluge Recht steht den Mitgliedern auf diese Unterstützungs-Einrichtungen nicht zu.

In der Diskussion gingen die Anschauungen weit auseinander, es fanden sich eifrige Befürworter und prinzipielle Gegner der Vorlage, die volle Zustimmung im einzelnen bei keinem Delegierten fand.

Partei-Nachrichten.

Zur Waisfeier

erläßt das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel folgenden Aufruf:

Brüssel, den 20. April 1908.

Werter Genosse!

Das internationale sozialistische Bureau ersucht alle sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen, in diesem Jahre den ersten Mai großartig und begeistert zu feiern als je bisher.

Gemäß den Beschlüssen der internationalen Kongresse erinnert das Bureau daran, daß die Sozialdemokratie aller Länder die Pflicht hat, an diesem Tage, dem ersten Mai, zu demonstrieren und zu erwägen, ob eine Arbeiterruhe stattfinden soll und welches die beste Form dieser Kundgebung ist.

Es erinnert ferner daran, daß die Feier des ersten Mai ist: 1. Eine wirksame Demonstration für den Achtstundentag. 2. Die Verkräftigung des Klassenkampfes. 3. Der energische Ausdruck des Willens der Arbeiterklasse, die soziale Umwandlung und die Verwirklichung des nationalen Friedens herbeizuführen.

In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse, der Ausdehnung und Entwicklung des Kapitalismus einerseits, und der Macht der großen Arbeiterorganisationen wie der sozialistischen Anschauungen andererseits ist es erforderlich, daß das internationale Proletariat den ersten Mai durch eine einmütige große Manifestation feiert, um sich für die Befreiung der Arbeiter und für den Fortschritt zum Sozialismus zu erklären.

Mit Parteigruß

Der Sekretär: B. Serby.

Genosse Wähner erklärt im Hamoverschen „Vollstille“, daß sein Artikel in der „Zukunft“ bereits geschrieben und gesetzt gewesen sei.

als die Erklärung des Parteivorstandes zur Frage der Mitarbeit an der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurde. In der Diskussion über die Frage selbst habe er sich aus Rücksicht auf den begonnenen Wahlkampf nicht beteiligt.

Leitende der Partei. In Dahlfhausen a. d. Ruhr geleiteten die Genossen den Kämpfer August Weische in zur letzten Ruhe. In ihm verlor die Partei einen Genossen, der jahrzehntelang in Reich und Glied gestanden hat. Auch hier nahm der Herr Pastor Anstoß an der üblichen Ehrung unserer Toten durch einen Kranz, deren Schleiße in der Farbe der Liebe gehalten ist.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Am letzten Sonntag erhielt unsere Partei in Winterthur einen zweiten Vertreter im kleinen Stadtrat (Magistrat) in der Person des Genossen Walter, der bisher Sekundarlehrer war. Er wurde ohne Gegenkandidat mit 1638 Stimmen gewählt. Im Kanton St. Gallen erhielt bei den Kantonsratswahlen auf Grund des von den Parteien vereinbarten freiwilligen Proporz die Liste der sozialistisch-demokratischen Parteien 13 Vertreter gegen bisherige 8, wovon 6 Sozialisten und 7 Demokraten. Die Vermehrung der Vertreter hängt mit der Erhöhung der Zahl der Kantonsratsmitglieder von 161 auf 172 infolge der Volksvermehrung zusammen. In Schaffhausen ist Genosse Adolat und Redakteur Esalter in den Kantonsrat gewählt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Den Oberbürgermeister von Braunschweig bedingt haben soll der Redakteur Sommer der in Erfurt erscheinenden „Thüringer Tribüne“, indem er mehrere Notizen über den polizeilichen Streik-Brederschuß in Braunschweig aufnahm. Es hat bereits eine Vernehmung unserer Genossen stattgefunden.

— Ein anständiger Richter und ein wenig anständiger Gewährsmann. Wegen Verleumdung des Amtsgerichtsrats Dr. Göring hatte sich der Redakteur der Frankfurter „Vollstille“, Genosse Wilhelm Jander, vor der Strafkammer zu verantworten. Unser Kollege sah sich nach Lage der Sache genötigt, die in dem Artikel gemachten und im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit seines Gewährsmannes von ihm aufgenommenen Vorwürfe zurückzunehmen. Herr Amtsgerichtsrat Dr. Göring war vernünftig genug, darauf seinen Strafantrag zurückzuführen. — Leider wird unsere Parteipresse in der Provinz nur zu oft von derartigen Gewährsmännern hinter das Licht geführt. Diese Biedermann spielen, wenn ein Redakteur es wagt, die Zuverlässigkeit ihrer Angaben zu bezweifeln, den Entkräfteten, wissen noch ein halbes Dutzend Zeugen und führen schließlich das Jögern des verantwortlichen Redakteurs auf mangelnden Mut zurück. In den wenigsten Fällen ist dann der Kläger so anständig, sich mit seiner Rehabilitierung durch eine Ehrenerklärung zufriedenzugeben; der Redakteur wandert ins Gefängnis, während der gewissenlose Urheber der betreffenden Notiz, durch das Redaktionsgeheimnis gedeckt, vor jeder Benachteiligung gesichert ist.

Aus Industrie und Handel.

Arbeiterausstände in den Vereinigten Staaten von Amerika. In den Kreisen der amerikanischen Arbeiter regt sich seit einigen Wochen die Streiklust und fast täglich meldet der Telegraph, daß da oder dort die Arbeiter Forderungen an ihre „Arbeitgeber“ gestellt oder den Streik erklärt haben. Seit ungefähr fünf Jahren befinden sich die Vereinigten Staaten in einer einzigartigen Aufschwungsperiode, und seit dieser Zeit sind die Preise der Lebensmittel fast von Monat zu Monat höher und höher gestiegen, während die Löhne meist noch auf der alten Höhe stehen, oder doch ihre Aufbesserung nicht entfernt an die Steigerung der Preise für die notwendigen Lebensmittel herankommt. Ein Lohn von 12 Dollar hat heute nur noch die Kaufkraft wie vor wenigen Jahren ein Lohn von 8 oder 9 Dollar. Dazu aber kommt, daß die Arbeiter fast täglich von den enormen Gewinnen leben, welche die industriellen Betriebe abwerfen.

Von unserem New Yorker Korrespondenten wird uns darüber berichtet:

Es ist noch nicht lange her, daß Carl Hanna, der Gründer und Präsident der „Civic Federation“, erklärte, die Streik-Wera nahe sich ihrem Ende, da durch die Zähigkeit dieser Körperschaft die „freundlichen Beziehungen“ zwischen Unternehmern und Arbeitern in steter Zunahme begriffen seien. Als Besichtigung dieser rosafarbenen Anschauung sind im Laufe der letzten Wochen fast täglich aus dem ganzen Lande, von Ocean zu Ocean, Nachrichten über — Streiks in den verschiedensten Industrien eingelaufen! Veranlaßt sind diese Streiks nicht, wie in Zeiten der „Depression“, durch das Vorgehen der Unternehmer, d. h. durch verheerende Herabsetzung der Löhne, sondern durch das Bestreben der Arbeiter nach Lohnhöhung. Aber auch von der andern Seite wird die Hammasche These ad absurdum geführt; denn nicht nur ist inzwischen eine nationale Organisation der Unternehmer (National Manufacturers Association) gegründet worden zu dem ausgesprochenen Zweck, damit ein Gegengewicht gegen die gleichartige Organisation der Arbeiter, die Federation of Labor, zu bilden, sondern es sind auch seitens der Association Schritte eingeleitet worden, um besonders industrielle Vereinigungen von Unternehmern in den einzelnen Staaten ins Leben zu rufen, wie sie auch die F. o. L. in den hauptsächlichsten industriellen Staaten besitzt.

Neben dem Streik von Arbeitern der American Bridge Co. ist besonders derjenige der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Baumwollstoff-Fabriken Lowell's erwähnenswert. Diese Arbeiter, zwischen 17 000 und 18 000 an Zahl, wovon ca. 5000 organisiert sind, hatten schon voriges Jahr eine Lohnhöhung von zehn Prozent gefordert. Der Centralvorstand der diversen Unions (Textils Trades Council) ließ sich aber von einem Komitee von Geschäftsleuten, welches seine „Einwirkung“ auf die Unternehmer versprochen, bestimmen, von einem Anstand abzusehen, und das Resultat war das in solchen Fällen übliche: die Arbeiter waren dupliert. (Die betreffenden Mitglieder des Councils sind inzwischen sämtlich ausgemergelt worden.) Seitdem sind sämtliche — sieben — Baumwollstoff-Fabriken Lowell's in voller Tätigkeit gewesen, in manchen derselben ist sogar zeitweise auch nachts gearbeitet worden, und auf einem vor kurzem hier in New York stattgehabten Bankett der Baumwollstoff-Fabrikanten gelegentlich ihrer Jahreskonferenz erklärte der Vorsitzende, daß noch nie eine solche Prosperität in dieser Industrie geherrscht habe, wie gegenwärtig. Doch nun, wo die Arbeiter auch an dieser „Prosperität“ partizipieren wollen, erklären die Unternehmer, die „Lage des Reichs“ gestalte keine Erhöhung der Löhne. Auf die Streik-Ankündigung hin schlossen sie einfach die Tore; wir haben es hier also zu gleicher Zeit mit einem Streik und Lockout zu thun. Nur eine der Fabriken, in welcher Strickwaren angefertigt werden, läßt weiterarbeiten, da deren ca. 3000 Arbeiter (meistens Arbeiterinnen) jene Forderung nicht erhoben hatten. Die Feijer der Werke zu Lowell, die ihre Wohnstätten und Bureau in Boston haben und mit ihren Arbeitern nur durch „Agenten“ verkehren, besitzen nämlich auch Fabriken an andern Orten sowohl in Massachusetts wie im New Hampshire, und sie rechnen wahrscheinlich darauf, in diesen bei forcirtem Betrieb den Ausfall in Lowell in genügender Weise decken zu können.

Auch aus dem Haupt-Textilplay nicht nur von Massachusetts, sondern des ganzen Landes, Fall River, von dessen ca. 50 000 Textilarbeitern über 30 000 in der Baumwollstoff-Industrie beschäftigt sind, wurde vor einigen Wochen gemeldet, daß unter den Arbeitern der ersten eine Bewegung für Lohnhöhung im Gange sei; es scheint sich aber dort dieselbe Gesichtsweise abgepielt zu haben, wie im vorigen Jahre in Lowell, denn man hat seitdem nichts mehr über die Sache gehört.

Siemens-Schuckert-Werke. Wie die „Neue Hamburger Börsen“ wissen will, beschließt in den Verwaltungskreisen des neuen Unternehmens die Regierung, das Berliner Dynamo-Werk der bisherigen Siemens-Gesellschaft nach Nürnberg zu verlegen, da an diesem Orte infolge der billigeren Arbeitslöhne sich die Fabrikation vorteilhafter gestalten würde. Sollte dies zur Ausführung gebracht werden, so würde auf dem Bestande der Gesellschaft in der Frankfurter in Charlottenburg, auf welchem jetzt das Dynamowerk betrieben wird, ein bedeutender Komplex frei werden. Möglicherweise entschließt

man sich später dazu, die jetzt in der Markgrafenstraße in Berlin befindlichen Betriebe dorthin zu verlegen und den wertvollen Besitz in der Markgrafenstraße zu veräußern.

Som englischen Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung war im März nach der „Labour Gazette“ eine bessere als im Februar, da der beginnende Frühling einzelnen Industriezweigen wieder bessere Arbeitsbedingungen brachte, doch blieb die Gesamtzahl des Arbeitsmarktes hinter der des März im vorigen Jahre zurück.

In den 226 Trades-Unionen mit einer Mitgliederzahl von 559 129, welche dem Arbeitsamt Berichte einhändigten, wurden 24 006 oder 4,3 Proz. Arbeitslose gegenüber 4,8 Proz. Ende Februar und 3,7 Proz. Ende März 1902 gezählt.

Streiks von großem Umfang waren im März nicht zu verzeichnen. Infolge waren an Ausständen 19 800 eine Verlängerung des Lohnes. Das Nettoergebnis jedoch war eine Verlängerung der Löhne für die Gesamtarbeiterschaft um 300 Mark pro Woche.

Aus der Frauenbewegung.

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen für Berlin und Umgegend. Den Verein sind in der konstituierenden Versammlung bei Keller sofort 227 Mitglieder beigetreten.

Weitere Mitglieder können sich zur Aufnahme in den nachbenannten Zahlstellen melden: Für den Norden bei Frau Wehl, Lohringstr. 67; Frau A. Meiß, Ryckstr. 3, vorn IV; Frau

Seeger, Kolbergstr. 26, Laden, und Frau Vausche, Rosfelderstr. 43, Seitenstr. II für den Osten bei Frau Tieg, Blumenstr. 63, vorn I, und Frau Wengels, Große Frankfurterstr. 133. Für den Südosten bei Frau Kohla, Wienerstr. 29 im Laden. Für den Süden bei Frau Scholz, Gneisenaustr. 50, Hof IV; Frau Kulise, Prinzenstr. 102 III, und Fr. Vaader, Bellealliancestr. 95 Hof III. Der Vorstand.

Zu den Feinden des Frauen-Wahlvereins gehört anscheinend auch der Druckfehler. In unserer gestrigen Nummer brachte er es fertig, aus den etwa 1000 Besuchern und Besucherinnen der Versammlung im großen Kellerschen Saale 100 zu machen. — Unsere Leser werden sich schon selbst gesagt haben, daß man eine Versammlung von 100 Teilnehmern bei Keller nicht abhält.

Eine gutbesuchte öffentliche Frauerversammlung fand am 19. April in Steglitz bei Schellbale statt. Frau Gradnauer referierte über „Zustände in der heutigen Gesellschaft“. In dem gut durchdachten Vortrage sprach sich Referentin zum Schluß dahin aus, daß die Frauen und Mädchen alle Veranlassung hätten, an den Vorgängen im öffentlichen Leben den wichtigsten Anteil zu nehmen und dem neu zu gründenden Wahlverein während der Wahlperiode beizutreten. In der Diskussion nahmen dann auch die Genossin Benneke und Genossin Wiedemann teil, diese Angelegenheit weiter zu beleuchten. Zur Vertrauensperson der Frauen wurde darauf für Steglitz Frau Haberland gewählt. Unter Verschiedenes wurden Zustände aus der Keitnerphotographischen Gesellschaft mitgeteilt, wo u. a. Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich erkaufen, krank zu sein, ohne weiteres ihre Entlassung bekommen. Die Versammlung hat ohne Zweifel dazu beigetragen, auch für den Ort Steglitz die regste Bewegung unter den Frauen für unsere Sache wahrzunehmen.

Ein Frauen- und Mädchen-Bildungsverein wurde in einer öffentlichen Frauerversammlung zu Magdeburg gegründet. Demselben traten sofort über 100 Genossinnen bei.

Ober-Schöneweide. Den Mitgliedern des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins zur Kenntnis, daß die Mitglieder-Versammlung bestimmt heute, Donnerstag, den 23. April, im Restaurant Kaufhold, Wilhelmshofstraße 18, stattfindet. Referentin Frau A. Meiß. Der Vorstand.

Der „Weibliche Arbeiterverband“ in Dänemark hielt zu Ostern in Kopenhagen seinen zweiten Verbandstag ab. Der im April 1901 gegründete Verband ist jetzt in allen größeren Städten Dänemarks vertreten und hat 16 Filialen. In den verschiedensten Erwerbszweigen wurden mit den Arbeitgebern Tarifverträge abgeschlossen, unter anderem mit den Brauereien in Kopenhagen, in der Textilindustrie, mit den Bade-Anstalten usw. Die Lohnverhöbungen, die seit Gründung des Verbandes für die Arbeiterinnen der verschiedenen Erwerbszweige erzielt wurden, belaufen sich auf eine Summe von ungefähr 45 000—50 000 Kronen jährlich. Diese Erfolge wurden bei einem Wochenbeitrag von 25 Cere erzielt. — Der Verbandstag beschloß einstimmig, daß der Verband auch in Zukunft dem Gesamtverband der Gewerkschaften Dänemarks angehören soll. Als Verbandsvorsitzende wurde Frau Olivia Nielsen einstimmig wieder gewählt.

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (G. V. 26.) Ostendstr. 8. Hauptverwaltung Berlin I. Donnerstag, den 21. April, abends 8 Uhr, Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur (Abteilung Berlin) Sonnabend, den 25. April, abends 8 Uhr, im Bürgerklub des jüdischen Rathhauses, Rosenlocherstr. 11, Vortrag von Dr. L. Katzenstein: Ueber Vorkis „Nochtal“. Diskussion. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Vorlicht geboten. Wir können leider nicht, wie das betreffende Bureau behauptet, Nachrich von demartigen Zuschriften dem Geschickenden eine Provision abverlangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 23. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Stimme von Bortol.
Schauspielhaus. Macbeth.
Deutsches. Renna Roma.
Berliner. Die Heilbrunn.
Leipzig. Sedoms Ende.
Neues. Pelkas und Melisande.
Neubau. Luft.
Westen. Carmen.
Central. Gräfin Pepi.
Thalia. Der Hofmannswaldner.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Die guten Freunde.
Schiller N. (Friedrich-Bühnenstädt.) Die Braut von Messina.
Welfe-Allianz. Die gute Nacht.
Carl Weiss. Der liebe Sobol.
Buntes. Winterschlaf. Vor dem Gefindeball.

Luisen. Die Waisensöhne von Berlin.
Kleines. Rastlos.
Trianon. Die Notbrücke.
Casino. Uterlos. Fröhlich und Liebes.

Metropol. Rastlos! Allenneuestes!
Apollo. Der Gefindeball. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vollgas-Theater. Spezialitäten.
Palast. Die neueste Richtung. Spezialitäten.

Urania. Taubensstr. 48/49.
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Prof. Dr. C. Müller: „Der Atmungsprozess und seine Bedeutung für die lebenden Geschöpfe.“

Urania. Taubensstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Prof. Dr. C. Müller: „Der Atmungsprozess und seine Bedeutung für die lebenden Geschöpfe.“

Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröbe und Franz de Groffet.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebeschokolade.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter-Str. 132.
Die Liebe Sobol.
Anfang 8 Uhr:
Morgen: Der liebe Sobol.
Sonnabendnachm. 3 Uhr: Kinder-Bohnenkuchen und Grotel.

Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Pelleas und Melisande.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Täglich 7 1/2 Uhr.
Der Posannen-Sügel.
Ausstellungsspiel mit Ges. und Tanz.
Tanzparodien. Artisten-Revue.
Thienschers als Spreewälder Amme.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Charlens Tante.

Kleines Theater.
Unter den Linden 41.
Anfang 8 Uhr:
Nachtschlaf.

Apollo-Theater.
Täglich mit stürmischem Beifall
Gesangs-
Harleske
mit d. spiritist. Anna Rotho-Parodie.
Ferner: 4 Madcaps. — Donatelli.
Kilianys leb. Bilder. — Kosmograph.

Casino-Theater
Lohringstr. 37.
Reu! Uterlos. Reu!
Dir. Berg — Lili Behle als Oakewalk-Tänzer.
Fritschen u. Lieschen etc.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater.
Käpnickerstr. 68.
Winterschlaf.
Vorher:
Vor dem Gesindeball.
Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Altenb. 8 Uhr:
„Pick und Pocket“.
Schwan m. Ges. u. Tanz in 3 Akten.
Schlager des 2. Aktes:
Im Sonnenbad. Der Duncan. Cip.
Cip. Donna Juana. Cake Walk.
Massage-Terzett.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
11. a.: Bühnengrößen
und Anna Pote, das
Blumenmedium.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstr. 22. Früher: Neen-Palast.
Die neueste Richtung.
Schwan in 3 Akten v. Dr. Schweiher.
Alle Schaunummern neu!!
Annie Darnott, altdeutsche Spiele.
Mary Forrester, Tanz-Sängerin.
Miss Storer, exzentrischer Sport-Alt.
Mr. Browns, Blotoper.
Miss. Fata Fatme, u. u. u.
Schluß der Saison:
Donnerstag, den 30. April.
Ehren- u. Vorzugskarten
werden mit Saisonabschluss ungültig.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Palast-Theater
Burgstr. 22. Früher: Neen-Palast.
Die neueste Richtung.
Schwan in 3 Akten v. Dr. Schweiher.
Alle Schaunummern neu!!
Annie Darnott, altdeutsche Spiele.
Mary Forrester, Tanz-Sängerin.
Miss Storer, exzentrischer Sport-Alt.
Mr. Browns, Blotoper.
Miss. Fata Fatme, u. u. u.
Schluß der Saison:
Donnerstag, den 30. April.
Ehren- u. Vorzugskarten
werden mit Saisonabschluss ungültig.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loue).
Schwan in 4 Akten von Pierre Beder.
Morgen und folgende Tage: Lutti.
Sonntag nachmittags:
Nora. Frau Reichenhofer.

Bernhard Rose-Theater-Ensemble
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 23. April:
Unfel Bräutigam.
Lebensbild in 5 Akten nach Frh. Heuter
von Karl Beyer.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstr. 16.
Benefiz für Walther Schneider.
Das
Milchmädchen v. Schöneberg
Anfang 8 Uhr:
Kascher: Ball.
Freitag: Keine Vorstellung.

WINTERGARTEN
Panzer Brothers, Akrobaten.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
She, die 4 Elemente.
Renée Debauga, Kaleidoscop-Tänzerin.
Hoshi Tokio, Japanertruppe.
Charlotte Kara, CreolischeSängerin.
Bachus Jacoby, Humorist.
Les Provençales, Französisches
Gesangs-Quartett.
Mlle. Miette, Par. Strassensängerin.
La Belle Toledo, Span. Tänzerin.
Harry Houdini, Künstler.
Das Fest d. Lucullus, Ballett.
Der „Biograph“.

Castans Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Mit seinen weltberühmten
Wachsliguren
u. unzähligen andern Sehens-
würdigkeiten, Kunstschätzen etc.
Gr. Promenaden-Konzert.
Neu! Cléo Otéro,
die interessante Rauch- und
Sandmalerin.
d. hellsehende
Pythia, Dame
der künstliche
Anthropos, Mensch
und vieles andre.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Lustspiel in 4 Akten v. Frh. Sardou.
Freitagabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Bühnenstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von
Friedrich Schiller.
Freitagabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der ledige Hof.

Freie Volksbühne.
Mittwoch, den 29. April, im Gewerkschaftshaus
(grosser Saal), Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte
gestattet.

Tagesordnung: Vortrag, Herr Dr. Emil Geyer: Der Naturalismus und neue Bestrebungen in der Theaterkunst. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Revisionsbericht und Diskussion. — Festsetzung des Kassierergelbes, Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obleute.
Ordner! Sitzung am Sonnabend, den 25. April im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 26. April cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater.
4/5. Abteilung.
Johannisfeuer.
Von Sudermann.
Auf Wunsch des Herrn Direktor Brahm vom Deutschen Theater unterbleiben die ferneren Aufführungen von „Rosenmontag“ und wird an dessen Stelle für die 4. bis 14. Abteilung „Johannisfeuer“ von Sudermann gegeben. (Näheres auf dem Theaterzettel am Sonntag.)

Opern-Vorstellungen im Berliner Theater:
7. Juni: Der Wildschütz. 14. Juni: Die lustigen Weiber. 21. Juni: Das Glöckchen des Eremiten.
Die Opernmarken gelangen im Mai zur Ausgabe. Der Preis beträgt inkl. Opernheft und Garderobe 1 Mark.
228/17
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Centralverband der Glaser
Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, 25. April, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20:
II. Stiftungs-Fest.
Anfangs abends 9 Uhr.
Herren-Billets 50 Pf. Damen-Billets 30 Pf.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Oskar Klein
(Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk
der echten Louisianas
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den dritten Monat
den Kopf über A G A!
die schwebende Jungfrau!

Königstadt-Kasino.
Polzmannstr. 72. Ede Alexanderstr.
Nur kurze Zeit!
Madame Latouré, die fescche Französin.
Vollmer-Truppe.
Der Bürgermeister von Tippelskirchen.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: Tanz.
Von Ende April ab wird
das berühmte Orchester d. Signor
Vincenzo Ferrara konzertieren.

Sanssouci.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach der Vorstellung:
Tanz-Fränzchen.
Bereitsbillets gültig.
Bandwürmer
mit Kopf, frisch in Spiritus essent. Wasser
kaufen a. Rt. 2,00 Linnaea.
Invalidenstr. 105.

Ortskrankenkasse d. Gürtler.
Zu der am Sonntag, 26. April, vorn. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII und X, stattfindenden
Ordentl. General-Versammlung
weihen die Herren Delegierten hiermit ergebenst ein.
Tages-Ordnung:
1. Im Saal X (Wahlungs-Borderhaus rechts): Wahl eines Vorstandes-mitgliedes, Arbeitgebers, § 37 Abs. 4-5 des Statuts.
2. Im Saal VII: Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
3. Bericht vom Krankenkassen-Kongress.
4. Statuten-Änderung, Ergänzung zu § 14.
5. Verschiedenes. 9225
Nach Schluß dieser Versammlung findet dieselbe die Generalversammlung für die Mitglieder der Invalidenkasse der Gürtler statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes.
Berlin, den 22. April 1908.
Der Vorstand.
G. Anst. Vorsitzender.

General-Versammlung.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Tagesordnung: Vortrag, Herr Dr. Emil Geyer: Der Naturalismus und neue Bestrebungen in der Theaterkunst. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Revisionsbericht und Diskussion. — Festsetzung des Kassierergelbes, Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obleute.

Ordner! Sitzung am Sonnabend, den 25. April im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 26. April cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater.
4/5. Abteilung.
Johannisfeuer.
Von Sudermann.
Auf Wunsch des Herrn Direktor Brahm vom Deutschen Theater unterbleiben die ferneren Aufführungen von „Rosenmontag“ und wird an dessen Stelle für die 4. bis 14. Abteilung „Johannisfeuer“ von Sudermann gegeben. (Näheres auf dem Theaterzettel am Sonntag.)

Opern-Vorstellungen im Berliner Theater:
7. Juni: Der Wildschütz. 14. Juni: Die lustigen Weiber. 21. Juni: Das Glöckchen des Eremiten.
Die Opernmarken gelangen im Mai zur Ausgabe. Der Preis beträgt inkl. Opernheft und Garderobe 1 Mark.
228/17
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Centralverband der Glaser
Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, 25. April, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20:
II. Stiftungs-Fest.
Anfangs abends 9 Uhr.
Herren-Billets 50 Pf. Damen-Billets 30 Pf.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Oskar Klein
(Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk
der echten Louisianas
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den dritten Monat
den Kopf über A G A!
die schwebende Jungfrau!

Königstadt-Kasino.
Polzmannstr. 72. Ede Alexanderstr.
Nur kurze Zeit!
Madame Latouré, die fescche Französin.
Vollmer-Truppe.
Der Bürgermeister von Tippelskirchen.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: Tanz.
Von Ende April ab wird
das berühmte Orchester d. Signor
Vincenzo Ferrara konzertieren.

Sanssouci.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach der Vorstellung:
Tanz-Fränzchen.
Bereitsbillets gültig.
Bandwürmer
mit Kopf, frisch in Spiritus essent. Wasser
kaufen a. Rt. 2,00 Linnaea.
Invalidenstr. 105.

Ortskrankenkasse d. Gürtler.
Zu der am Sonntag, 26. April, vorn. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII und X, stattfindenden
Ordentl. General-Versammlung
weihen die Herren Delegierten hiermit ergebenst ein.
Tages-Ordnung:
1. Im Saal X (Wahlungs-Borderhaus rechts): Wahl eines Vorstandes-mitgliedes, Arbeitgebers, § 37 Abs. 4-5 des Statuts.
2. Im Saal VII: Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
3. Bericht vom Krankenkassen-Kongress.
4. Statuten-Änderung, Ergänzung zu § 14.
5. Verschiedenes. 9225
Nach Schluß dieser Versammlung findet dieselbe die Generalversammlung für die Mitglieder der Invalidenkasse der Gürtler statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes.
Berlin, den 22. April 1908.
Der Vorstand.
G. Anst. Vorsitzender.

General-Versammlung.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Tagesordnung: Vortrag, Herr Dr. Emil Geyer: Der Naturalismus und neue Bestrebungen in der Theaterkunst. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Revisionsbericht und Diskussion. — Festsetzung des Kassierergelbes, Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obleute.

Ordner! Sitzung am Sonnabend, den 25. April im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 26. April cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater.
4/5. Abteilung.
Johannisfeuer.
Von Sudermann.
Auf Wunsch des Herrn Direktor Brahm vom Deutschen Theater unterbleiben die ferneren Aufführungen von „Rosenmontag“ und wird an dessen Stelle für die 4. bis 14. Abteilung „Johannisfeuer“ von Sudermann gegeben. (Näheres auf dem Theaterzettel am Sonntag.)

Opern-Vorstellungen im Berliner Theater:
7. Juni: Der Wildschütz. 14. Juni: Die lustigen Weiber. 21. Juni: Das Glöckchen des Eremiten.
Die Opernmarken gelangen im Mai zur Ausgabe. Der Preis beträgt inkl. Opernheft und Garderobe 1 Mark.
228/17
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Centralverband der Glaser
Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, 25. April, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20:
II. Stiftungs-Fest.
Anfangs abends 9 Uhr.
Herren-Billets 50 Pf. Damen-Billets 30 Pf.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Oskar Klein
(Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk
der echten Louisianas
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den dritten Monat
den Kopf über A G A!
die schwebende Jungfrau!

Königstadt-Kasino.
Polzmannstr. 72. Ede Alexanderstr.
Nur kurze Zeit!
Madame Latouré, die fescche Französin.
Vollmer-Truppe.
Der Bürgermeister von Tippelskirchen.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: Tanz.
Von Ende April ab wird
das berühmte Orchester d. Signor
Vincenzo Ferrara konzertieren.

Sanssouci.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach der Vorstellung:
Tanz-Fränzchen.
Bereitsbillets gültig.
Bandwürmer
mit Kopf, frisch in Spiritus essent. Wasser
kaufen a. Rt. 2,00 Linnaea.
Invalidenstr. 105.

Ortskrankenkasse d. Gürtler.
Zu der am Sonntag, 26. April, vorn. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII und X, stattfindenden
Ordentl. General-Versammlung
weihen die Herren Delegierten hiermit ergebenst ein.
Tages-Ordnung:
1. Im Saal X (Wahlungs-Borderhaus rechts): Wahl eines Vorstandes-mitgliedes, Arbeitgebers, § 37 Abs. 4-5 des Statuts.
2. Im Saal VII: Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
3. Bericht vom Krankenkassen-Kongress.
4. Statuten-Änderung, Ergänzung zu § 14.
5. Verschiedenes. 9225
Nach Schluß dieser Versammlung findet dieselbe die Generalversammlung für die Mitglieder der Invalidenkasse der Gürtler statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes.
Berlin, den 22. April 1908.
Der Vorstand.
G. Anst. Vorsitzender.

General-Versammlung.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Tagesordnung: Vortrag, Herr Dr. Emil Geyer: Der Naturalismus und neue Bestrebungen in der Theaterkunst. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Revisionsbericht und Diskussion. — Festsetzung des Kassierergelbes, Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obleute.

Ordner! Sitzung am Sonnabend, den 25. April im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 26. April cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater.
4/5. Abteilung.
Johannisfeuer.
Von Sudermann.
Auf Wunsch des Herrn Direktor Brahm vom Deutschen Theater unterbleiben die ferneren Aufführungen von „Rosenmontag“ und wird an dessen Stelle für die 4. bis 14. Abteilung „Johannisfeuer“ von Sudermann gegeben. (Näheres auf dem Theaterzettel am Sonntag.)

Opern-Vorstellungen im Berliner Theater:
7. Juni: Der Wildschütz. 14. Juni: Die lustigen Weiber. 21. Juni: Das Glöckchen des Eremiten.
Die Opernmarken gelangen im Mai zur Ausgabe. Der Preis beträgt inkl. Opernheft und Garderobe 1 Mark.
228/17
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Centralverband der Glaser
Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, 25. April, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20:
II. Stiftungs-Fest.
Anfangs abends 9 Uhr.
Herren-Billets 50 Pf. Damen-Billets 30 Pf.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Oskar Klein
(Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk
der echten Louisianas
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den dritten Monat
den Kopf über A G A!
die schwebende Jungfrau!

Königstadt-Kasino.
Polzmannstr. 72. Ede Alexanderstr.
Nur kurze Zeit!
Madame Latouré, die fescche Französin.
Vollmer-Truppe.
Der Bürgermeister von Tippelskirchen.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Militär-Konzert.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: Tanz.
Von Ende April ab wird
das berühmte Orchester d. Signor
Vincenzo Ferrara konzertieren.

Sanssouci.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach der Vorstellung:
Tanz-Fränzchen.
Bereitsbillets gültig.
Bandwürmer
mit Kopf, frisch in Spiritus essent. Wasser
kaufen a. Rt. 2,00 Linnaea.
Invalidenstr. 105.

Ortskrankenkasse d. Gürtler.
Zu der am Sonntag, 26. April, vorn. 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII und X, stattfindenden
Ordentl. General-Versammlung
weihen die Herren Delegierten hiermit ergebenst ein.
Tages-Ordnung:
1. Im Saal X (Wahlungs-Borderhaus rechts): Wahl eines Vorstandes-mitgliedes, Arbeitgebers, § 37 Abs. 4-5 des Statuts.
2. Im Saal VII: Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
3. Bericht vom Krankenkassen-Kongress.
4. Statuten-Änderung, Ergänzung zu § 14.
5. Verschiedenes. 9225
Nach Schluß dieser Versammlung findet dieselbe die Generalversammlung für die Mitglieder der Invalidenkasse der Gürtler statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes.
Berlin, den 22. April 1908.
Der Vorstand.
G. Anst. Vorsitzender.

General-Versammlung.
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Tagesordnung: Vortrag, Herr Dr. Emil Geyer: Der Naturalismus und neue Bestrebungen in der Theaterkunst. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Revisionsbericht und Diskussion. — Festsetzung des Kassierergelbes, Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses, der Revisoren und Obleute.

Ordner! Sitzung am Sonnabend, den 25. April im Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 26. April cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater.
4/5. Abteilung.
Johannisfeuer.
Von Sudermann.
Auf Wunsch des Herrn Direktor Brahm vom Deutschen Theater unterbleiben die ferneren Aufführungen von „Rosenmontag“ und wird an dessen Stelle für die 4. bis 14. Abteilung „Johannisfeuer“ von Sudermann gegeben. (Näheres auf dem Theaterzettel am Sonntag.)

Opern-Vorstellungen im Berliner Theater:
7. Juni: Der Wildschütz. 14. Juni: Die lustigen Weiber. 21. Juni: Das Glöckchen des Eremiten.
Die Opernmarken gelangen im Mai zur Ausgabe. Der Preis beträgt inkl. Opernheft und Garderobe 1 Mark.
228/17
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Centralverband der Glaser
Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, 25. April, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20:
II. Stiftungs-Fest.
Anfangs abends 9 Uhr.
Herren-Billets 50 Pf. Damen-Billets 30 Pf.

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Oskar Klein
(Tyll Eulenspiegel).
Cake-Walk
der echten Louisianas
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den dritten Monat
den Kopf über A G A!
die schwebende Jungfrau!

Königstadt-Kasino.
Polzmannstr. 72. Ede Alexanderstr.
Nur kurze Zeit!
Madame Latouré, die fescche Französin.
Vollmer-Truppe.
Der Bürgermeister von Tippelskirchen.

Sociales.

„Reichs-Arbeitsblatt.“

Die „Berliner Korrespondenz“ meldet: Am 21. d. M. erschien zum erstenmal die vom kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, herauszugebende arbeiterstatistische Zeitschrift. Sie führt den Titel „Reichs-Arbeitsblatt“.

Die erste Nummer hat folgenden Inhalt: Die Abteilung für Arbeiterstatistik. Denkschrift, betreffend die Einrichtung einer Abteilung für Arbeiterstatistik. — Bestimmungen, betreffend den Beirat für Arbeiterstatistik. — Geschäftsordnung des Beirats für Arbeiterstatistik. — Arbeitsmarkt. Die Verichterstattung des „Reichs-Arbeitsblattes“. — Der Arbeitsmarkt im Monat März 1903, nach den Verichten der Industrie. — Der Beschäftigungsgrad im Monat März 1903 nach den Nachweisungen der Anstalten. — Die Ergebnisse der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise im Monat März 1903. — Der Arbeitsmarkt im Monat März 1903 in einzelnen Industrien. — Arbeitsmarkt im Auslande. — Allgemeine Lage des Arbeitsmarktes in Großbritannien im Februar 1903. — Arbeitsmarkt in Belgien (Januar 1903). — Der Arbeitsmarkt in Kanada (Januar 1903). — Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit. Rotstandarbeiten in deutschen Städten während des Winters 1902/03. — Arbeitslosen-Zählungen der Stadt Stuttgart. — Arbeitslosen-Zählung auf Grund der Einkommenssteuer-Listen in Dresden. — Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler für Schiffleute. — Arbeitsbedingungen. Lohnaufschlag bei staatlichen Submissionen. — Submissionsbedingungen und Arbeitsbedingungen in deutschen Städten. — Erhebungen über die Dauer der im Fleischergewerbe üblichen täglichen Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsarbeit sowie der Ruhepausen. — Nachweisung der in den Haupt-Verwaltungsbezirken Preußens im Jahre 1902 verdienten Vergarbeiter-Löhne. — Preußen. Bestimmungen über die Dienst- und Ruhezeit der Bediensteten im Eisenbahnbetriebe. — Frankreich. Circularerlass des französischen Marineministers vom 7. Januar 1903, betreffend die Ausdehnung des Arbeitsvertrages auf alle Arsenale und Betriebe anherhalb der eigentlichen Häfen. — Arbeiterschutz. Die Jahresberichte der bairischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren für 1902. — Jahresbericht der großherzoglich badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1902. — Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Frankreich im Jahre 1902. — Preußen. Erlass, betreffend Schutz der Bauarbeiter. — Arbeitsstreitigkeiten. Die Auslandsbewegung des Jahres 1902 im Deutschen Reich. — Wohnungswesen. Erlass des königlich sächsischen Ministeriums des Innern. — Verschiedenes. Auswanderung europäischer Arbeiter nach Australien. — Gesetzgebung. Bekanntmachung, betreffend Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei der Verarbeitung von Fasertoffen, Tierhaaren, Abfällen oder Lumpen. — Gesetz, betreffend Arbeit in gewerblichen Betrieben. — Preußen. Baden. Elbst-Verfahren. Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlen-Vergrüben in Preußen, Baden und Elbst-Verfahren. — Hessen. Verordnung, die Ausführung des Gesetzes über die Wohnungsfürsorge für Waisen, betreffend vom 7. August 1902 betreffend. — Sachsen. Koburg-Gotha. Verordnung, betreffend Vorschriften zum Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen. — Frankreich. Verordnung vom 21. November 1902, betreffend das Verbot des Abfahrens (pompae) in den Fingerringen Frankreichs. — Belgien. Königlich-erlass vom 17. November 1902 zur Abänderung des Erlasses vom 25. März 1890, betreffend Regelung der Arbeitsbedingungen in Streichholzfabriken Belgiens. — Die Tätigkeit der Gewerbebeurtheiler. Die Tätigkeit des Gewerbebeurtheilers Berlin als Einigungsamt im vergangenen Vierteljahre. — Tabellen zur Arbeiterstatistik. Die Bewegung der Mitgliederzahl der Krankenkassen nach Orten und nach Regierungsbezirken. — Die Orts-Krankenkassen nach Regierungsbezirken. — Die Betriebs- u. Krankenkassen. — Die Hilfskassen. — Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise.

Die Generalversammlungen der Orts-Krankenkassen in Wälschen (Züringen) haben den Vergleichsvorschlag der Ärzte, der von der Aufsichtsbehörde warm unterstützt wurde, abgelehnt; die Kassen bestehen auf ihrem Standpunkte, andre Ärzte anzustellen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wahlung! Bauhandwerker des Kreises Ruppin-Templin. Donnerstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Diele eine Besprechung statt. J. A. L. Krausemann. M. Kiesel.

Lokales.

Schiedsamt eines „Landflüchtigen“. Vor einigen Monaten langte hier in Berlin eine Arbeiterfamilie an, die bis dahin auf einem pommeresischen Gutshofe thätig gewesen

war. Die Erlebnisse dieser Familie bei ihrem früheren „Vrothern“ werfen ein derartig großes Schlaglicht auf die Lohn-, Arbeits- und Rechtsverhältnisse der Landarbeiter in dem lieblichen „Pommern“, daß wir es uns nicht verkagen können, dieselben öffentlich zu besprechen, zumal sie für die Zustände von ganz Mitteldeutschland sind.

Bei dem Rittergutbesitzer, Delonomierat und — Amisvortischer Meyer in Woltersdorf bei Wernau, Kreis Randow, ist der Arbeiter M. 2 1/2 Jahre als verheirateter Pferdeknicht im Dienst gewesen. Eines Tages, als mehrere Knechte mit ihren Fuhrwerken des Nachmittags gegen 4 Uhr aus benachbarten Orten nach dem Gute zurückgekehrt waren, verlangte der Sohn des Besitzers — natürlich ein „Herr Leutnant“, daß noch sofort die Wagen auf dem Wagenplatz trainmäßig zurecht geschoben werden sollten. Einer der Knechte widersprach den Anordnungen des Leutenants mit dem Bemerkten, er sei hungrig und wolle erst Mittag essen. Der „junge Herr“ sah in dieser Widerrede jedoch gleich eine grobe „Insubordination“ und glaubte dieselbe dadurch am besten sühnen zu können, daß er den Knecht kurzerhand verprügelte, wie das in jenen etwas zurückgebliebenen Gegenden ja noch ziemlich allgemein üblich ist. Später sprach der Knecht dann mit seinen Mitknechten über die für ihn so unangenehm verlaufene Weigerung, und hierbei meinte der Arbeiter M., daß sie es eigentlich alle so hätten machen müssen, denn das Wagenrücken hätte ganz gut bis nach dem Essen Zeit gehabt. Diese Aeußerung hörte der Inspektor und teilte sie brüskworn dem Gutsherrn mit. Sogleich ließ dieser den Arbeiter zu sich kommen und herrschte ihn an: „Was, Du unterstest Dir, die andren Knechte aufzuwiegen? Du bist sofort entlassen, innerhalb 24 Stunden räumst Du mir die Wohnung.“ Um sich nun anderweitig Wohnung und Arbeit besorgen zu können, bat M. um einen Entlassungsschein. Den erhielt er auch, doch es war ein regelrechter Urinsbescheid mit dem Vermerk: „Der Knecht M. wird wegen Aufwiegens der andren Knechte von mir entlassen.“ Als M. sich den bescheidenen Hinweis erlaubte, daß er auf solchen Schein wohl weit und breit keine Arbeit bekäme, wurde ihm die Antwort: „Eben deswegen habe ich ihn Dir geschrieben. Thatsächlich bekam der M. auch in der ganzen Gegend keine Arbeit wieder, obwohl er sich redlich darum bemühte; auch mußte er seinem Schöpfer danken, daß ihn und seiner Familie eine zufällig leerstehende Gemeindefamilienwohnung zur Verfügung gestellt wurde, sonst hätte er noch obendrein kein Obdach gehabt. Sein bißchen Vieh aber, was er sich als Tagelöhner mühsam herangezogen hatte, als Ziegen, Gänse und ein paar Schweine, mußte er bald aus Kot verkaufen, weil ihm der Gutsherr das Hauptfutter dafür, die kontraktlich zu leistenden Futterkartoffeln, als Ersatz für eine künstlich stipulierte Schulforderung einfach vorenthalte. Da eine diebesbüchliche gerichtliche Klage gegen den Gutsherrn erfolglos blieb, war der Arbeiter geradezu an den Bettelstab gebracht. Wehe dem, der es als Landarbeiter dort wagt, einen der hochmögenden Herrn Gutsherrn auch noch zu verlogen. Wie ein Geschickter kann er von Gut zu Gut, von Ort zu Ort wandern, nirgends bekommt er wieder Arbeit. Dies mußte auch der Arbeiter M. erfahren, und deshalb war er froh, als er endlich durch Vermittlung von Verwandten nach Berlin ziehen und sich hier in einer Fabrik Arbeit suchen konnte. Leider ist der Mann infolge des vielen Kerkers über den Verlust seiner geringen Habe und der ausgestandenen Entbehrungen ernstlich erkrankt, so daß er gegenwärtig im Roabiter Krankenhaus liegt.

Interessanten Aufschluß über das Einkommen einer solchen Landarbeiterfamilie giebt der vom Gutsherrn festgesetzte Kontrakt, der den Knecht verpflichtet, alle ihm aufgetragenen Arbeiten zu thun und die Arbeitsgeräte dazu sich selbst zu halten. Dafür erhält er pro Jahr an Barlohn 200 Mark; an Deputat (nach eignen Aufzeichnungen des Besitzers gleich in Bargeld umgerechnet) 24 Scheffel Roggen a 6 M. = 144 M., 9 Scheffel Gerste a 6 M. = 54 M., 3 Scheffel Erbsen a 6 M. = 18 M., 1 Scheffel Hafer = 6,00 M., 3 Fuhren Torf = 24 M., Gartenland und Ziegenrasen resp. Heu = 30 M.; freie Weide für Gänse, wofür „ordentlich“ der Herrschaft jede gehnte Gans als Weidgang abzugeben ist. Hat der Arbeiter über zehn junge Gänse gezogen, so wird für die 11. bis zur 19. Gans noch ein prozentualer zu berechnender Geldbetrag erhoben. Ferner bekommt der Arbeiter 1 Morgen Kartoffelfeld und freie Wohnung, bestehend aus einer kleinen Stube nebst Kammer und etwas Stallraum, wofür die Frau täglich einen halben Tag gegen eine Varentschädigung von 35 Pfennigen auf Arbeit kommen muß. Selbst die Frau das Jahr über regelmäßig auf Arbeit, so bekommt sie noch einen halben Morgen Kartoffelfeld extra. Der Gesamtwert der zu erntenden Kartoffeln beziffert sich auf etwa 80 M. (Ob- und Futterkartoffeln zu 1,50 M. resp. 80 Pf. pro Centner berechnet.) Der Verdienst der Frau für 300 Arbeitstage a 35 Pf. ergibt 105 M. Mitteln beläuft sich der Jahresverdienst von Mann und Frau in Summa auf 658,60 M., wovon nur 305 M. Bargeld ist. Vergleicht man hiermit die Angaben unter ehrenwerten Kostnagraparier, welche das Durchschnittseinkommen eines Landarbeiters schon auf 12 bis 1500 M. berechnet haben, wenn es galt, der Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen — so bedarf es kaum noch eines Wortes der Kritik. Trog aller agrarischen Schönfärberei bleibt es dabei: Ein elender Lohn, hundsmiserable Behandlung und schweinefäkalartige Wohnungen, das sind die wahren Ursachen der Landflucht der Arbeiter und — der Leutenot.

Der Umschulungs-Jammer.

In den Gemeindefamilien sind die beschäftigten Umschulungen, die zu Beginn jedes neuen Halbjahres nötig werden, jetzt in vollem Gange. Die Umschulungskonferenzen haben stattgefunden, die Organe der Schulverwaltung haben sich über die Lage informiert — nun heißt es: abschieben, was überzählig ist. Ueber die Zahl der Kinder, die einzelnen Klassen beim Schul-anfang zugewiesen worden waren, erhalten wir ganz abenteuerlich klingende Meldungen. Die Angaben, die man uns macht, reichen hinaus bis zu 125 Kindern in einer Klasse. In solchen Klassen muß es in den ersten Tagen nach Schulbeginn toll hergegangen sein.

Insolge dieser Ueberfüllungen sind die Umschulungen in manchen Stadtteilen wieder ganz außerordentlich zahlreich und führen gelegentlich zu scharfen Zusammenstößen zwischen Schule und Haus. Manchen Eltern ist es allerdings „sehr gleichgültig, ob ihr Kind die so und so viele oder die so und so viele Schule besucht“. Andre aber haben erkannt, daß diese fortwährenden Umschulungen weder in unterrichtlicher noch in erzieherischer Hinsicht von Vorteil für die Kinder sind. Sie wehren sich daher mit Entschiedenheit dagegen, daß ihr Kind einer andren Schule überwiesen wird. Für die Mütter ist da die erste Woche nach den Ferien eine harte Zeit. Selbstverständlich sind sie an dem ganzen Jammer völlig unschuldig und leiden mindestens ebenso sehr darunter wie die Eltern. Aber sie müssen als Puffer zwischen den Eltern und der Schulverwaltung dienen und haben in diesen Tagen so manches einzusehen, was an eine ganz andre Adresse gerichtet ist. Da kann man es ihnen kaum verbüben, wenn ihnen schließlich auch mal die Galle überläuft. Auch die Kinder lassen übrigens die Umschulung nicht immer gleichgültig über sich ergehen. Bei vielen giebt es Thränen, wenn ihnen angeflündigt wird, daß sie umgeschult und damit aus dem vertrauten Kreise der Schulfamilie ausgeschieden werden, von dem ihnen lieb gewordenen Lehrer oder der Lehrerin getrennt werden sollen. Besonders die Mädchen sind manchmal darüber ganz trostlos. Eltern und Kinder haben bei diesem Widerstand gegen die Umschulungen einen großen Teil der Lehrerstaffel auf ihrer Seite.

Es wird uns auch mitgeteilt, daß einzelne Lehrer und Lehrerinnen die Eltern geradezu aufgefordert haben, durch Eingaben an die Schuldeputation darauf hinzuwirken, daß die Umschulung rückgängig gemacht wird. Der „Vorwärts“ hat den Eltern diesen Rat schon früher und wiederholt gegeben, und es kann nicht dringender empfohlen werden, ihn zu befolgen. Wenn die Schulverwaltung meckt, daß die Eltern entschlossen sind, sich den Umschulungsauflagen nicht länger gefallen zu lassen, dann wird vielleicht doch mal eine Besserung erreicht werden. Die Stadt hat die Pflicht, in allen Stadtteilen eine hinreichende Zahl von Schulen, Klassen und Plätzen bereit zu halten, damit auch bei einem unerwartet großen Zuwachs von Schulkindern keine Umschulungen nötig werden.

Die Bevölkerung Berlins hat im März wieder, wie fast in jedem Jahre, eine Verminderung erfahren, weil in diesem Monat die Wegzüge sehr viel zahlreicher als die Zugzüge waren. Nach dem Ergebnis der Bevölkerungszählung hatte Berlin am Sonntag den 1. März 1903 484 Einwohner, am Sonntag den 15. März noch 1924042, dagegen am Sonntag den 29. März nur 1930730 und am Sonntag den 4. April sogar nur 1924622 Einwohner. Hiernach ist die Bevölkerungszahl seit Mitte März in drei Wochen um ziemlich 10000 zurückgegangen. Jedes dürfte die folgenden Wochen des April, für die die Fortschreibung noch nicht vorliegt, zahlreiche Zugangsmeldungen gebracht und den Rückgang der Bevölkerungszahl bereits wieder ausgeglichen haben.

Für das gewerbliche Unterrichtswesen giebt die Stadt Berlin nach dem soeben erschienenen Special-Stat 914 814 M., d. i. 82 000 Mark mehr als im Vorjahre aus. Durch Einnahmen werden 310 147 Mark gedeckt (mehr: 24 000 M.), so daß der städtische Zuschuß 604 667 M. betragen wird, d. i. nahezu 58 000 M. mehr als im Vorjahre. Es ist dabei die erfreuliche Tatsache zu berücksichtigen, daß viele Zweige dieser Verwaltung infolge Vermehrung der Schülerzahl, Einrichtung neuer Klassen, von Parallelkursen usw., Einführung neuer Kurse usw. mehr Ausgaben für die Lehrkräfte und Lehrmittel erfordern. Man erstet die gewaltigen Fortschritte, welche das gewerbliche Unterrichtswesen der Stadt Berlin in den letzten 22 Jahren gemacht hat, aus einer dem Stat-Entwurf beigegebenen „Uebersicht über die Frequenz der gewerblichen Schulen seit ihrer Einsetzung für 1903“. Damals begann a. B. die erste Handwerker-schule mit 447 Schülern, in diesem Winterhalbjahre zählt dieselbe bereits 2294 Schüler, die zweite Handwerker-schule eröffnete ihr erstes Semester 1892 mit 441, heute wird sie von 1926 Schülern besucht. Der Gewerbeaal zählte im Sommerhalbjahr 1892 nur 998 Schüler, heute besuchen ihn 2481 Schüler. Von den Fachschulen hat sich besonders die „Berliner Tischler-schule“ recht gut entwickelt: sie wurde vor zwanzig Jahren mit 99 Schülern eröffnet, und im letzten Winterhalbjahr konnte sie sich einer Schülerzahl von 1310 erfreuen. Gut bedient ist auch die Fachschule für Buchdrucker, welche 825 Schüler zählt (gegen 350 im Gründungsjahre 1893). Die Neu-Aufnahmen vom Januar d. J. sind in dieser Frequenz-Tabelle noch nicht berücksichtigt worden.

Die städtischen Krankenhäuser waren im Jahre 1901/02 erheblich stärker besetzt als im vorhergehenden Jahre. Zwar haben sich die Aufnahmen nicht sehr vermehrt. Die Anstalten Friedrichshain, Moabit, Urban, Gieselerstraße hatten im vorletzten Jahre 20 499 Kranke aufgenommen, im letzten Jahre nahmen sie 20 540 auf. Aus der zweiten Hälfte des letzten Jahres kommt hierzu noch das in städtische Verwaltung übergegangene Kinder-Krankenhaus mit 1242 Aufnahmen, so daß für 1901/02 die Gesamtzahl der aufgenommenen Kranken sich auf 30 788 stellt. (Hierunter waren diesmal 2582 Personen von „außerhalb“, im vorletzten Jahre 2600.) Wird der aus dem Vorjahre übernommene Bestand mitgezählt, so wurden in den vier alten Anstalten im vorletzten Jahre 31 731 Kranke behandelt, im letzten Jahre 31 870, ferner im Kinder-Krankenhaus 1423, also im Jahre 1901/02 überhaupt 33 293 Kranke. Auch hier ist die Vermehrung, wenn das Kinder-Krankenhaus außer Betracht bleibt, nicht groß. Bedeutender ist dagegen die Besetzungsziffer gestiegen, weil die Behandlungsdauer im letzten Jahre im Durchschnitt länger war als im vorletzten. Die durchschnittliche Tagesbesetzung war in den alten Anstalten im vorletzten Jahre 2107, im letzten 2310, außerdem im Kinder-Krankenhaus 109, also überhaupt 2479. Die Sterbefälle haben sich trotz der Vermehrung der Aufnahmen und der Erhöhung der Besetzungsziffer beträchtlich vermindert. Es starben im vorletzten Jahre 4700 Kranke, im letzten in den vier Anstalten nur 4397, im Kinder-Krankenhaus 280.

Um Hilfe bei den Kirchensachen werden die kirchlich Liberalen mit einem Eifer, der wirklich einer besseren Sache würdig wäre. Der „Kirchlich-liberale Parochialverein der Auserlesenen-Gemeinde“ scheut sich sogar nicht, im Lager der dem kirchlichen Leben völlig fern stehenden Bevölkerungskreise Stimmen-folge zu treiben. Eine gedruckte, an die evangelischen Mitglieder der Auserlesenen-Gemeinde gerichtete Aufforderung, die den Wählern zugewandt wird, beginnt schionigvoll mit den Worten: „Wahret Gner heiligstes Recht bei der bevorstehenden Kirchwahl!“ und schließt dann weiter unten: „Wählbürger! Gestt uns bei der Kirchwahl — auch diejenigen, denen die Religion Privat-sache ist“. Doffentlich hat der kirchliche Liberalismus mit dieser fälschlich auf social-demokratische Kreise berechneten Wille im Wahlsiffe kein Glück. Mögen die Liberalen und die Orthodoxen ihre Rathbalgereien allein betreiben.

Der Sturmshaden an der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche ist doch bedenklicher, als früher angenommen wurde. Während am Sonntag Kaufmännische erklärte, daß jede Gefahr, daß das toadende Kreuz von dem kleinen Osturm herabstürzen könne, ausgeschlossen sei, ist diese Gefahr jetzt so groß, daß besondere Maßnahmen getroffen werden müssen, um sie abzuwenden. Die Polizei sperre heute die Straße an der östlichen Seite der Kirche nach der Tauentzienstraße zu, und die Firma Dreiling u. Sohn aus der Camphausenstraße ist dabei, ein Gerüst bis zur Turmspitze zu bauen, damit der Schaden ausgebeßert werden kann. Infolge des langen und festigen Hirs und Hertzadels ist nämlich die Kreuzstange in der zwei Meter starken Sandsteinplatte, durch die sie hindurchgeht, gebrochen. Das unten an der Stange befestigte Gegengewicht, ein Stein von 25 Centnern, fiel infolgedessen mit dem abgebrochenen Stück der Stange hinunter und durchschlug das Gewölbe. Das Kreuz steht jetzt mit dem übrig gebliebenen Stangenende nur noch 60 Centimeter in der Steinplatte, hat also, zumal da das Gegengewicht fehlt, durchaus keinen genügenden Halt mehr. Die Knechtung des Schadens soll möglichst beschleunigt werden, läßt sich aber ohne Turmgerüst nicht bewerkstelligen.

Zur Kritik im Deutschen Tierkranz-Verein. Eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Tierkranz-Vereins hatte auf Grund des § 24 der Satzungen die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung beantragt, in welcher unter andern auch über die Entkräftung der Mitglieder und die Amtsenthebung des Vorstandes verhandelt werden sollte. Der Vorstand hat den mit Gründen versehenen Antrag zurückgewiesen und mannehe beabsichtigten Mitglieder auf klageredlichem Wege die Unfähigkeitserklärung der Beschlüsse der Generalversammlung herbeizuführen.

Selbstmord eines russischen Studenten. Der 23 Jahre alte, aus Wrobit in Pommern gebürtige Student der Medizin Josef Kischensky-Berowicz, der hier an der Universität und in der Charité Vorlesungen hörte und in der Elsenstraße wohnte, lebte so flott, daß er mit seinem Monatslohn von 135 Rubeln nicht auskam und hier- und da Schulden machte. Zu der letzten Zeit arbeitete er zu Hau- und

nach wenig und auch in der Charité ließ er sich nur noch unregelmäßig sehen. Am 15. d. M. begleitete er eine russische Studentin, die von hier in ihre Heimat zurückkehrte, bis an die Grenze. Als er von diesem Auszuge zurückkehrte, war er noch viel aufgeregter als er sonst schon gewesen war. Schließlich wählte er, daß man ihm nachstelle, um ihn zu vergiften. Gestern nahm er an der Ecke der Kaiser- und Großen Hamburgerstraße eine Lagometerdose erster Klasse und beauftragte den Aufseher, ihn nach der Berlinerstraße in Charlottenburg zu fahren. In der Nähe des Tiergartens schoß er sich im Wagen eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Der Aufseher fuhr nun rasch mit ihm nach der Charité, wo er aber nur noch einen Toten einlieferte. Der Revolver enthielt noch fünf scharfe Patronen.

Auf der Wanderschaft erkrankte der 40 Jahre alte Arbeiter Oswald Weber aus Barmen. Der Mann arbeitete über 2 1/2 Jahre lang in einer Fabrik am Rhein als Gusspuffer und hörte dort am 15. d. M. auf, um sich zu verändern. Gestern fand man ihn in der Höhenrieder Forst als Leiche an einem Baume hängen. Er hatte sich mit einem Leibriemen erhängt. Was ihn dazu veranlaßte, ist nicht bekannt.

Polizeilich beschlagnahmt wurde heute die Leiche des Buchbinders Emil Richter, der Wilhelmstraße 41 möbliert wohnte. Richter, der etwa 26 Jahre alt, am gestrigen Abend völlig gesund und vergnügt nach Hause ging und sich dort, nachdem er in seinem Zimmer noch einige Zeit gearbeitet, gegen 11 Uhr zu Bett begeben, wurde heute früh tot aufgefunden. Da der Arzt die Todesursache vermutlich nicht mit Bestimmtheit festzustellen vermochte, erfolgte die polizeiliche Beschlagnahme.

Einen Selbstmordversuch in der Werkstatt machte am Dienstagabend kurz nach Feierabend der 37 Jahre alte Tischler Otto Bartel aus der Frankfurterstr. 14, der in der Möbelfabrik von Wöhler und Schwab in der Landsbergerstr. 106 arbeitete. Weil seine Frau, die 16 Jahre älter ist als er, ihn mit Eifersucht plagte und ihm Vorwürfe machte, wenn er krank — so sagt er wenigstens —, so versuchte er früher schon zweimal, sich zu erschlagen. Am Dienstag schnitt er sich in den Hals, lief dann nach Hause und wurde mit einem kühnen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, nachdem ein Arzt ihn verbunden hatte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Unsere Parteigenossen machen wir auf die am 18. Mai beginnende Auslegung der Wählerlisten aufmerksam. Da dieselbe jedenfalls nicht länger als 8—10 Tage dauern dürfte, so empfiehlt es sich, mit der Angabe der Adressen derjenigen, die zur persönlichen Einsichtnahme verbunden, an die bereits bekannten Genossen zu beginnen. Der Schöneberger Stadtdistrikt ist, wie wir hören, zur Reichstagswahl in 33 Wahlbezirke eingeteilt.

In Wilmersdorf rangen um das letzte Mandat zur Gemeindevertretung am Dienstag drei Kandidaten der I. Abteilung. Eine wirklich seltene Erscheinung. Die Wahl führte zur Stichwahl; es wurden 90 Stimmen abgegeben.

Ein neuer Erwerbshilfszweig für Frauen. Nach einer Meldung der „Stegl. Ztg.“ werden seit einiger Zeit bei den Erdarbeiten am Zeltowkanal Frauen beschäftigt, welche gleich ihren männlichen Kollegen die schwere Arbeit mit Hade und Schaufel verrichten. Sollten vielleicht in Berlin und seinen Vororten keine Arbeiter zu finden sein, daß der Unternehmer seine Zuflucht zum weiblichen Geschlecht nehmen muß? Oder arbeiten diese Frauen noch billiger wie die Männer? — Was sagt die Verwaltung des Kreisfeldes zu dieser Ausführung eines Kulturwerkes mit weiblicher Arbeitskraft?

Friedrichsfelde. Armenhauszustände. Zu der am 17. d. M. erfolgten Beurteilung des hiesigen Amts- und Gemeindevorstehers Brauner, wegen Mißhandlung eines 62jährigen Greises zu 50 M. Geldstrafe, diene folgende Ausflarung:

Als am 19. Februar vorigen Jahres der Genosse Püschel in einer Volksversammlung der Gemeindevertretung den Vorwurf der argen Vernachlässigung der Ortsarmen, besonders der Insassen des Armenhauses machte, da suchte man in bürgerlichen Kreisen zu beschwichtigen oder auch die Sache totzuschweigen. Hatte doch Genosse P. festgestellt, daß in einer aus Küche und Stuben bestehenden Wohnung (die Stube ca. 16 Quadratmeter Bodenfläche, 2,60 Meter hoch, die Küche noch nicht halb so groß) sieben erkrankte Personen, fünf Männer und zwei Frauen, haften. Vor schon damals für Bettlägerige keine richtige Pflege vorhanden, so hat sich das, nachdem das Armenhaus durch Anbau um neun Wohnungen vergrößert wurde, leider nicht gebessert. Damals wie jetzt ist der Amtsdienstverwalter des Armenhauses. (Ein anderer Amtsdienstverwalter des Gefängnisses.) Wenn man nun bedenkt, daß der Beamte, der bis Abends seinen ordentlichen Dienst versehen muß, um 8 Uhr nach Hause kommt, um nunmehr in seiner Eigenschaft als Verwalter in Anspruch genommen zu werden, so begreift man den armen Mann. Der offiziell schuldige Teil ist der Amtsdienstverwalter, der eigentlich schuldige jedoch die Gemeindeverwaltung. In ein Armenhaus mit ca. 15 Wohnungen gehört ein Verwalter im Hausamt, der auch für die leiblichen Bedürfnisse der Insassen event. sorgen muß.

Gerichts-Zeitung.

Akademische Raufbolde. Greller kann der Duellunfall kaum noch illustriert werden, als wie dies in einer Verhandlung geschah, die gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II stattfand. Wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen hatten sich die Studenten der Medizin W. D. H. und W. B. T. zu verantworten, neben denen der Kartellträger cand. med. Dr. Desterreich auf der Anklagebank stand. Die Geschichte des Duells war folgende: In einer Julinacht des vorigen Jahres begegneten sich die beiden Komilitonen in der Friedrichstraße und berührten sich gegenseitig. Wöhme glaubte, W. B. T. habe ihn absichtlich angerempelt und bezeichnete den letzteren als moralisch geohrfeigt. Die Folge dieses Rencontre war eine Forderung auf trumme Säbel, die Dr. Desterreich im Auftrage des W. B. T. an Wöhme überbrachte. Die Sache wurde vor das Ehrengericht gebracht, vor welchem Wöhme verlangte, daß statt der trummen Säbel Pistolen gewählt würden, da sein rechter Arm von einer früheren Verletzung noch nicht völlig hergestellt sei. Das Ehrengericht fand aber, daß W. B. T. auf den Hüfen schwach bestellt sei und daß deshalb die Pistolen nicht geeignet seien. Wöhme glaubte, sein Bedauern anzusprechen, Wöhme aber verlangte eine formelle Absicht, die wiederum W. B. T. nicht leisten wollte. Die Vermittlungsversuche schlugen also fehl, das Ehrengericht blieb aber dabei, daß in diesem Falle eine Forderung nicht erforderlich sei. Als die beiden Gegner den Sitzungssaal des Ehrengerichts verließen, nannte Wöhme den W. B. T. einen „gemeinen Kerker!“ und gab ihm eine Ohrfeige dazu, die W. B. T. prompt erwiderte. Nunmehr fand eine neue Forderung auf Pistolen und ebenso eine neue Ehrengerichtssitzung statt, welcher diesmal Dr. Desterreich präsierte. Wieder fanden Versöhnungsversuche statt, die aber wieder erfolglos blieben, worauf die Forderung gebilligt wurde. Es wurde dreimaliger Augewechsel bei 15 Schritt Distanz ohne Advokaten verabredet. In der Nacht vom 22. Juli zwischen 2 und 3 Uhr morgens fand das Duell im Grunewald in der Nähe von Hundelehe statt, wobei Dr. Desterreich als Unparteiischer fungierte. Das Duell verlief mblutig, es wurden nur sechs Löcher in die milde Morgenluft geschossen. Vor Gericht gaben die Angeklagten den Thatbestand zu. Auf Verlangen des Vorsitzenden, ob man absichtlich in die Luft geschossen habe, erwiderte Wöhme „Ja!“, W. B. T. dagegen lehnte eine Verantwortung der Frage ab. Da Dr. Desterreich nachweisen konnte, daß er in allen Stadien des Prozesses ernstlich bemüht ge-

wesen ist, die Gegner zu versöhnen und den Zweikampf zu verhindern, so erfolgte seine Freisprechung. Die beiden Duellanten wurden ein jeder zu vier Monaten Festungshaft verurteilt.

Die liebe akademische Jugend. Ein Streiflicht auf die Wirkungsbedingungen der Studenten wart am Montag eine Verhandlung vor dem Charlottenburger Schöffengericht. Am 27. September v. J. hielten etwa ein Duzend Kommitonen der Studentenverbindung „Atraria“ einen Aneipabend in dem Lokale des Restaurateurs Sprech in Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 107a, ab. Gegen Witternacht, als sich die jungen Herren bereits in ziemlich animierter Stimmung befanden, gerieten einige von ihnen in Meinungs-differenzen, die zu einem gerade nicht gelinden Tumult ausarteten. Sie schimpften und standalierten in ihrer Aneipbude, und einer warf die Thür derartig ins Schloß, daß der Stall von den Wänden fiel. Durch ein solches Vexmen fühlten sich die übrigen Gäste im Lokal belästigt und ersuchten den Wirt, Ruhe zu schaffen, widrigenfalls sie gehen würden. Wirt und Keller thaten denn auch ihr mögliches, um die Studenten zu befriedigen, doch vergeblich. Erst die kategorische Aufforderung des Wirtes, das Zimmer zu verlassen, schien Eindruck auf sie zu machen, sie rüsteten zum Aufbruch. Hierbei kam es aber infolge von einigen wenig schmeichelhaften Jurzen seitens der anderen Gäste zu einer allgemeinen Meierei, wobei der Wirt und dessen Frau sowie mehrere andre Personen von den Studenten gestoßen, gefoltert und teilweise erheblich verletzt wurden. Ein Gost jedoch, der Privatbeamte J., sagte die Sache ein wenig anders auf. Nach einem Vorworte mit dem Studenten Wolf kam es zwischen beiden zum Handgemenge, und dabei erhielt Wolf von J. einen Schlag mit dem Billardqueue über den Kopf, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Alle diese Vorgänge führten zu einer Untersuchung gegen die Studenten Wolf, Gocke, Schirmer, Priepfe und Paul und Erich Berthold wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung. Des Verfahrens gegen sie wurde jedoch eingestellt. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft den Privatbeamten J. wegen Verleumdung und Körperverletzung des Studenten Wolf in Anklagezustand versetzt. Der Angeklagte behauptete zwar, lediglich in Notwehr gehandelt zu haben, dennoch erfolgte seine Verurteilung, und zwar wegen Verleumdung zu 10 M. und wegen der Körperverletzung zu 30 M. Geldstrafe eventuell acht Tage Haft. In der Urteilsbegründung bezeichnete der Vorsitzende das Verhalten der Studenten als höchst tadelnswert und billigte dem Angeklagten deswegen auch mildernde Umstände zu. Die Verurteilung habe aber erfolgen müssen, weil er über die Grenzen der berechtigten Notwehr hinausgegangen sei.

Polizei gegen Streifposten. Dieses werchöpfliche Kapitel erfährt am Dienstag eine überaus drastische Bereicherung durch eine Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg. Zu verantworten hatte sich der Dreher H. I. D. wegen groben Unfugs und Verkehrsbehinderung, begangen durch Streifpostenstellen. Die Weisungsaufnahme ergab folgenden Thatbestand: Anlässlich des letzten Streifens bei der Firma Jachmann hatte H. I. D. Streifposten gestanden. Am 23. Dezember und 2. Januar ist er dabei ohne jede Ursache von Schülern festgenommen worden. In der Aussage eines Kommissars vernommenen Wachtmeisters heißt es nun wörtlich: „Auf meine Frage nach dem Zweck seines Aufenthaltes vor der Fabrik antwortete mir H. I. D.: „Ich bin Streifposten“; darauf nahm ich ihn fest.“ Ein anderer Schuttmann behauptete, ihm sei der Angeklagte als Streifposten gekennzeichnet worden, deshalb habe er ihn zum Verlassen der betreffenden Straße aufgefordert. H. I. D. sei der Aufforderung damals auch nachgekommen. Nach zwei oder drei Tagen habe er den H. I. D. wieder gesehen und da habe er ihn ohne weiteres fixiert. Die Frage des Vorsitzenden, ob in der Nähe der Jachmannschen Fabrik viel Verkehr sei, verneinte der Schuttmann, trotzdem behauptete er aber, der Angeklagte habe als Einzelperson, auf dem nur schmalen Trottoir stehend, den Verkehr in der fast menschenleeren Straße behindert. Von dem Vertreter des Rechtsanwalts Dr. Heinemann als Verteidiger des Angeklagten wurde das jeder rechtlichen Begründung höhnisprechende Vorgehen der Polizeibehörde gegen den Streifposten gehöhnt charakterisiert. Er beantragte gleich dem Staatsanwalt Freisprechung. Nach einer Beratung von etwa zwei oder drei Minuten Dauer verkündete der Vorsitzende die kostenlose Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung hieß es: Zur Sicherung des H. I. D. habe absolut keine Veranlassung vorgelegen. Das Eintreten in einen Streif sei den Arbeitern gleichgültig, mithin müßte ihnen auch das Postenstellen an sich als Mittel zur Durchführung des Streifens erlaubt sein, soweit dies in dem rechtlich umgrenzten Rahmen ausgeübt werde. Diese Grenzen seien von dem Angeklagten in keiner Weise überschritten worden, vielmehr ist seine Verhaftung lediglich deshalb erfolgt, weil er Streifposten gestanden hat. Dazu sei die Polizei aber nicht berechtigt. Aus der Weisungsaufnahme habe sich ergeben, daß der Angeklagte weder groben Unfug verübt, noch die Straßenreinigung, Verordnungen verletzt habe, weshalb auf Freisprechung erkannt werden mußte. — Ähnliche freisprechende Urteile sind in letzter Zeit nun schon eine ganze Anzahl gefällt worden. Trotz alledem wiederholen sich die völlig unbedingten Verhaftungen von Streifposten fortzusetzen tagtäglich, von der ihnen dabei zu teil werdenden Behandlung ganz zu schweigen. Die Hauptschuld an derartigen Mißgriffen tragen zweifellos die höheren Polizei-Organen, die die Schutleute nicht genügend instruieren. Erst aus den Gerichten merken die Schutleute zu ihrem eignen Erstaunen dann nur zu häufig, daß ihre Auffassung vom Streifpostenwesen mit Recht und Gesetz im kräftigsten Widerspruch steht.

Wegen Verleumdung der Eisenbahndirektion Kassel hatten sich gestern der Schriftsteller Paul Roland und der verantwortliche Redakteur des „Tag“, Dr. Emil Schulz, vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats A. a. e. zu verantworten. Ende Dezember ging durch mehrere Blätter eine Notiz, wonach ein der Opfer des Kaderbörner Eisenbahnunglücks, der Tapezierer Nag aus Berlin, der auf unabsehbare Zeit völlig erwerbslos geworden, u. a. u. a. geäußert, daß der Kaiser auf Nag einen Druck dahin auszuüben suche, daß er sich einer noch ungenügenden Operation unterwerfen möge, die gute Aussichten auf Erfolg habe und die Zahlung einer verminderten Rente ermöglichen würde. Nag, dem bekannt sei, daß es bei der Operation an Tod und Leben gebe, trage er die Bedenken, dem Eisenbahndirektor zu Liebe, sich nochmals der Todesgefahr auszusetzen usw. Diese Thatfachen hatte der Angeklagte Roland in einem Artikel des „Tag“ unter dem Titel „Ich möchte nicht Nag heißen“ in satirischer Weise besprochen und bei dieser Gelegenheit das System des Fiskalismus geohrfeigt. Die Eisenbahndirektion Kassel sandte darauf eine Richtigstellung ein, die der Angeklagte, obgleich sie den Vorschriften des Pressgesetzes nicht entsprach, teilweise zum Abdruck brachte, aber einige satirische Bemerkungen hinzufügte. Die Eisenbahndirektion Kassel stellte darauf den Strafantrag wegen Verleumdung durch Behauptung nicht erwiesener Thatfachen (§ 180). Die Angeklagten bestritten jede Absicht der Verleumdung gegenüber der Eisenbahndirektion Kassel und behaupteten, daß lediglich eine berechtigte Kritik der Fiskalität in dem Artikel zu finden sei. — Der Staatsanwalt beantragte, beide Angeklagte wegen Verleumdung zu je 50 Mark Geldstrafe zu verurteilen. Eine Behörde, die ebenso wie die Interessen des Fiskalismus auch die Interessen des Publikums wahrzunehmen habe, werde beleidigt, wenn ihr vorgeworfen werde, daß sie illoyal handle, indem sie sich in raffinierter Weise ihren Entschuldigungsversuchen zu entziehen suche. — Rechtsanwalt Joseph Sohn beantragte dagegen die Freisprechung, da „Thatfachen“ in dem inkriminierten Artikel nicht zu finden seien, sondern lediglich eine Kritik der Methode des Fiskalismus, durch die sich die Eisenbahndirektion keineswegs beleidigt fühlen könne. Der Gerichtshof erkannte aus denselben Gesichtspunkten auf Freisprechung.

Die Berliner Polizeiverordnung vom 3. Juli 1891 sollte ein Herr Gürtler dadurch übertreten haben, daß er die Sachen aus dem von seinem an Diphtherie erkrankten Sohn benutzten Zimmer nicht in der statischen Desinfektionsanstalt, sondern in einer privaten Anstalt hatte desinfizieren lassen. Das Landgericht Berlin ver-

urteilte ihn zu einer Geldstrafe, worauf G. Revision einlegte und die Rechtsgültigkeit der Verordnung bestritt. Es wäre nicht zulässig, die Benutzung einer bestimmten Desinfektionsanstalt im Falle der beschriebenen Desinfektion vorzuschreiben, denn darin läge ein Verstoß gegen die Gewerbebefreiung. Im übrigen entspräche die vom Angeklagten benutzte Anstalt der kontinentalen Gesellschaft für Desinfektion und Hygiene allen modernen Anforderungen.

Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Begründung wurde ausgeführt: Es könne dahingestellt bleiben, ob die Verordnung der Gewerbeordnung widerspreche. Die Freisprechung müsse schon deshalb erfolgen, weil die Kabinettsorder und das Regulativ von 1835, betreffend die ansteckenden Krankheiten, diese Materie ersöpfend regelten. Von Diphtherie habe darin noch keine Rede sein können, weil man diese Krankheit damals noch nicht erkannt hatte. Die Verordnung vom 3. Juli 1891 sei aus diesen Gründen nicht anwendbar. Daß die in neuerer Zeit erlassenen Polizeiverordnungen mit Bezug auf Diphtherie ungenügend seien, erkenne die Regierung dadurch an, daß sie durch das preussische Einfuhrverbotsgesetz zum Reichs-Weichenscheuch-Gesetz jetzt diese Materie regeln wolle. Das Gesetz habe aber noch keine Rechtskraft.

Versammlungen.

Die Frage der Homosexualität beschäftigte am 21. April eine imposante öffentliche Versammlung, die im großen Saal von Suggenbogen stattfand. Herr v. Oppell, ehemals Diphtheriearzt in der Kapelle, hielt das Referat. Nach allgemeinen Ausführungen kulturgeschichtlicher und naturwissenschaftlicher Art über das Geschlechtsleben kam der Redner auf den Fall Krupp zu sprechen und meinte, daß man nach allem, was über Krupps Persönlichkeit bekannt geworden sei, mit mathematischer Gewißheit folgern könne, daß er zum sogenannten dritten Geschlecht gehöre. Ohne Zweifel sei Krupp ein Opfer des § 175 des Strafgesetzbuches mit seinem Verbot der Verhütung homosexueller Reizung zwischen Männern und dem weit verbreiteten ungerechtfertigten Vorurteil gegen die Homosexuellen. Der Referent, der sich auf viele wissenschaftliche Autoritäten berufen konnte, kam zu dem Schluß, daß es höchste Zeit sei, den § 175, der schon so viel Unheil angerichtet, so viel Blut geflossen habe, zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.) — Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Herren Licht und Kervencarz Dr. Burghardt beteiligten sich daran im Sinne des Referats, während Herr Cam die Homosexualität als krankhaft empfand und den § 175 aufrecht erhalten wünscht. Dr. jur. Herbert meinte, der Staat müsse der Verbreitung von Vorurteilen, müsse einer geistigen Epidemie entgegenwirken, die den homosexuellen Verkehr fördern könnte. Allerdings wäre § 175 in seiner heutigen Fassung aufzuheben, denn die geborenen Homosexuellen, die er als Kranke, als nicht gemeingefährliche Jure betrachte, müsse man ihren Weg gehen lassen. Dagegen müßte unter Strafe gestellt werden die Verleitung zu homosexuellem Verkehr. — Herr Kemke hält vom religiösen Standpunkte aus weitgehendes Mißleid mit den Homosexuellen für angebracht. — Herr v. Oppell und Dr. Burghardt, der den Vorstoß hatte, ermahnten die Versammelten zum Schluß, sich mit der behandelten Frage näher zu beschäftigen und den anders veranlagten Mitrednern gerecht zu werden.

Vermischtes.

Zahlreiche Menschenleben hat, wie die inzwischen eingegangenen Nachrichten melden, der in ganz Deutschland herrschende Dürre gefordert. Ueber das Lutwetter am 19. und 20. d. M. und seine Folgen wird heute noch gemeldet:

Feuersbrünste. Lemberg, 22. April. In dem Vorort Zastacie der Stadt Grodel wurden gestern durch eine Feuersbrunst über 60 Häuser eingäschert.

In Lanczyn (Bez. Radwornia) wütete gestern ebenfalls ein großes Schandfeuer, bei welchem über 300 Häuser niederbrannten.

Erdbeben. Petersburg, 21. April. Im Gebiete von Semiretschen (Gouvernement Turkestan) fand am 19. d. M. ein Erdbeben statt, dem ein starkes Getöse voranging.

Übige. 22. April. In den Stürmen der letzten Tage sind, wie die „Stegl. Ztg.“ berichtet, an der pommerschen Küste fünf Tollenmiller Schoner geknackt, die von Pillau nach Rügen und Vornholm in See gegangen waren, wobei die aus drei Personen bestehende Besatzung eines derselben u. a. m. Zwei andre gleichzeitig von Pillau abgegangene Tollenmiller Schoner werden noch vermisst.

Breslau. 22. April. Bisher wurden in Schlesien fünfzehn im Schneesturm erdrossene Personen aufgefunden. Mehrere andre werden noch vermisst.

Gleiwitz. 22. April. Der Oberstleutnant Wanderer meldet: In den Nachbardörfern wurden vier bei den letzten Schneestürmen erdrossene Personen unter Schneewochen aufgefunden.

Friedland i. Westph. 21. April. Am Sonntagabend wurde der Arbeiter Bendi, als er sich auf dem Heimwege von dem Dorfe Köln hierher befand, von dem starken Schneesturm überfallen. Er wird sich dann an der Böschung des Bahndamms hingehängt haben, und von dem Marste in dem Unwetter ermüdet, eingeklappt sein. Dies sollte ihm zum Verberben gereichen, denn am Sonntagmorgen wurde er erdrossen aufgefunden. Die Kälte im Verein mit dem furchtbaren Unwetter hatte ihm den Tod gebracht.

Ueber noch immer andauernde Verkehrsstörungen infolge des Schneesturmes teilt die königliche Eisenbahndirektion Berlin mit: Die Strecke Neu-Brandenburg—Friedland i. N. ist gesperrt. Auf den Strecken Arnswalde—Kallies—Hallenburg und Kallies—Dankow (Bezirk Bromberg) ist der Personen- und Güterverkehr infolge Schneeverwehungen unterbrochen.

Von allen Hauptstädten der Länder des Kontinents hat Berlin die bedeutendste Entwicklung erfahren. Im Jahre 1803 zählte die Hauptstadt 170 000 Einwohner, ihre Bevölkerung hat sich also in den hundert Jahren verdreifacht. In demselben Zeitraum ist die Bevölkerungszahl von Paris von 714 000 auf 2 744 000, von Wien von 240 000 auf 1 675 000 und London von 870 000 auf 5 000 000 gestiegen. Während Berlin in seiner Entwicklung sich an der Spitze der Hauptstädte befindet, ist es doch bei andern Großstädten des Deutschen Reiches überflügelt worden. So hat sich die Einwohnerzahl von Düsseldorf verdreifacht, sie ist seit 1803 von 10 000 auf 215 000 gestiegen. Es folgen dann Leipzig mit 33 000 auf 460 000, München mit 38 000 auf 500 000, Danzig „Stadt“, welches 1808 120 000 Einwohner hatte, Dresden und Köln, die je 50 000 und Frankfurt a. M., welches 1803 43 000 Einwohner aufzuweisen hatte. Noch viel bedeutender ist die Entwicklung, welche die Vororte Berlins erfahren haben. An deren Spitze steht Oberschönebeck, dessen Einwohnerzahl in den 40 Jahren seines Bestehens auf nahezu 8000 gestiegen ist.

Witterungsbericht vom 22. April 1903, morgens 4 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Tag u. Nacht)	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Tag u. Nacht)
Emmerke	—	—	—	—	—	Haparanda	745 R	—	—	2 bedeckt	—
Danzburg	750 R	SW	2	wolkig	3	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	750 R	SW	1	bedeckt	5	Cott	754 R	—	—	3 wolkig	6
Kranz a. H.	748 R	SW	2	wolkig	7	Übersee	—	—	—	—	—
München	748 R	SW	2	wolkig	6	Paris	745 O	—	—	1 bedeckt	—
Wien	752 R	SW	1	wolkig	6	—	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. April 1903.
Himmlich trübe und regnerisch, zunächst etwas wärmer bei schwachen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Veid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.